

DIE WELTWOCHEN



Hildebrands Fall: Chronik des Versagens

Der Ex-Präsident gibt alles zu. Die Nationalbank wird zur Staatsaffäre.

Von Urs Paul Engeler

«Absolut unzulässig»

Der frühere Nationalbank-Chefökonom Kurt Schiltknecht über Hildebrands Verfehlungen und die Lehren aus der Krise. *Von Roger Köppel*

Wunder des Lebens

Der grosse Biochemiker Gottfried Schatz im Gespräch. *Von Alex Reichmuth*



Bis Besucher aus aller Welt die Schweiz entdecken können, will Jürg Schmid nicht ruhen.



Unterstützt Ihre Bank Sie ebenso *unermüdlich* wie Jürg Schmid den Tourismus-Standort Schweiz?

Als Direktor von Schweiz Tourismus weiss Jürg Schmid, dass der Standort Schweiz viele einzigartige Vorteile mit sich bringt.

Dass die Schweizer Qualität und das Pflichtbewusstsein überall auf der Welt hohes Ansehen geniessen.

Aber auch, dass für eine erfolgreiche Positionierung im internationalen Wettbewerb eine zielgerichtete Marktbearbeitung unabdingbar ist.

Bei UBS sehen wir das genauso und unterstützen Schweiz Tourismus darum tatkräftig und mit Begeisterung.

Es ist dieselbe Art Engagement, mit der wir Sie in sämtlichen finanziellen Angelegenheiten umfassend und kompetent beraten.

Und bis wir Sie davon überzeugt haben, dürfen Sie sich auf uns verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen

Intern

Mit dem Rücktritt des SNB-Präsidenten am Montag nahm die Affäre Hildebrand eine überraschende Wende. Vorbei ist sie damit nicht. Neue Dokumente bestätigen sämtliche Vorwürfe, die die *Weltwoche* in ihrer letzten Ausgabe erhoben hatte. Bundeshaus-Chef Urs Paul Engeler, der die privaten Devisen- und Aktiengeschäfte des Nationalbank-Chefs offen-



Versuch gescheitert: Philipp Hildebrand.

gelegt hatte, schreibt die Chronologie des Versagens fort. Hildebrands Versuche, die entscheidende Transaktion auf seine Frau abzuschieben, scheiterten grandios. Die Kontrollmechanismen offenbarten dabei erstaunliche Mängel. Die Behörden erwiesen sich als virtuose Weisswäscher. Nun müssen Bankrat, Revisoren, Chefbeamte und die Bundespräsidentin Rechenschaft ablegen. Irritierend bleibt, wie unkritisch viele Medien über die Vorgänge berichtet hatten. Bis zum Ende liessen sie sich vom gefeierten SNB-Magier verzaubern. Die ausländischen Journalisten sahen meist klarer. Renommiertere internationale Blätter stellten sofort fest, dass die Deals des SNB-Chefs unvereinbar waren mit seinem Amt. Selten war das internationale Interesse grösser. Fernsehteams und Radioreporter aus aller Welt meldeten sich auf der Redaktion. Am schnellsten war die BBC. Drei Minuten nachdem Hildebrands Rücktritt bekanntgegeben worden war, baten die britischen Kollegen per Telefon um eine Stellungnahme. **Seite 5, 9, 14, 16 und 18 bis 29**

Gottfried Schatz gehört mit seinen Arbeiten zu den Atmungsorganen von Zellen zu den erfolgreichsten Biochemikern Europas. Jahrzehntlang forschte er am Biozentrum der

Universität Basel. In der Öffentlichkeit fällt Schatz vor allem durch gutverständliche Artikel und Bücher zu Wissenschaftsthemen auf. Alex Reichmuth lernte anlässlich des Interviews mit ihm einen vielseitig interessierten Mann kennen, der trotz gütiger Ausstrahlung nicht vor klarer Kritik an der Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft zurückschreckt. Es brauche Forscher, die als glaubwürdige Persönlichkeiten die Wissenschaft repräsentierten, fordert der gebürtige Österreicher. Eine solche Person gibt es allerdings bereits. Sie heisst Gottfried Schatz. **Seite 46**

Vor einigen Jahren war Patrick Frey noch drei Mal pro Woche am Schweizer Fernsehen zu sehen: als Experte Stolte-Benrath an der Seite von Viktor Jacobbo, in der Soap «Lüthi und Blanc» sowie in seiner eigenen Sendung «C'est la vie». Seither ist es ruhiger geworden um den schlaksigen Kabarettisten. Untätig war er keineswegs. Kulturredaktor Rico Bandle hat ihn getroffen und mit ihm über seinen grossen TV-Skandal gesprochen, seinen ererbten Reichtum und seinen Hang, Gegner mit Hass-Mails einzudecken. **Seite 52**

Auf ungewöhnliche Weise erreichte uns die neuste Kolumne von Andreas Thiel, der zur-



Screenshots aus Indien: Satiriker Thiel.

zeit in Indien weilt. Da die Internetverbindung im Süden des Landes, wo der Satiriker stationiert ist, zusammengebrochen war, musste Thiel seinen Text («Kommen Insider in den Himmel?») ironischerweise als Screenshots in fünf SMS – zuerst von seinem Schweizer Handy aus, dann von einem Mobiltelefon mit geheimnisvoller indischer Nummer – übermitteln. Wir haben den Beitrag abgetippt und abgedruckt. **Seite 63** *Ihre Weltwoche*

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: aboservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 218.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehriger, Carmen Schirm-Gasser, Pierre Heumann, Andreas Kunz, Peter Keller, Christoph Landolt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Markus Gisler, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Wolfram Knorr, René Lüchinger, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Pia Reinacher, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Jost Fetzter (*Leitung*), Adam Schwarz, Patrick Kull (*Assistent*)
Layout: Tobias Schär (*Leitung*), Silvia Ramsay

Infografik: Helmut Germer

Korrektur: Cornelia Bernegger und Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Geschäftsführer: Sandro Rüeegg

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Jean-Claude Plüss (*Leitung*), Christine Lesnik (*Leitung Stilausgaben*), Marco Chini, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50, info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Paperboy: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/paperboy





KODO: The Art of the Japanese Drum

Hochästhetische Trommelkunst, atemberaubende Präzision, energiegeladene Dynamik, die Kraft der japanischen Tradition: KODO – die Essenz des Trommelns!

KODO – die Philharmoniker der authentischen japanischen Trommelkunst – sind zurück. In sieben Auftritten in den beiden schönsten Konzertsälen der Schweiz – dem KKL Luzern und dem Auditorium Stravinski in Montreux – werden sie das Publikum mit ihren grossartigen Darbietungen begeistern.

Am Anfang stand die geniale Idee der Gründer von KODO, die japanische Trommeltradition so aufzuarbeiten, dass sie als Kunstform auf den Bühnen der Welt gezeigt werden kann. Seither hat die Taiko (dieser Name steht für alle japanischen Trommeln) einen beispiellosen Siegeszug um die Welt angetreten und zu einem Boom von Taiko-Gruppen geführt. Doch auch heute noch ist KODO das Mass aller Dinge, wenn es um authentische japanische Trommelkunst geht.

Seit 1981 ist KODO in mehr als 3400 Konzerten in 46 Ländern vor ausverkauften Häusern aufgetreten und hat sich als eines der eindrucklichsten und nachhaltigsten Bühnenergebnisse unserer Zeit etabliert.

Dies war nur möglich, weil KODO das fast Unmögliche geschafft hat: sich stets zu wandeln und gleichzeitig ihrer Kunst treu zu bleiben.

Jetzt wurde die dreissigjährige Bühnenerfahrung an eine neue Generation weitergegeben. Diese jungen, dynamischen Artisten erfüllen die grossartige KODO-Tradition mit frischem Schwung und pulsierendem Leben. Wie bei ihren Vorgängern wurzelt ihr Spiel in der musikalischen Volkskunst Japans, zu der sie ihren eigenen Zugang finden und die sie in die heutige Zeit tragen.

So wird das Publikum in Luzern und Montreux wiederum ein Gesamtkunstwerk als ein Fest der Sinne erleben: Virtuosität, kommunikative Freude, energiegeladene Präzision und ein Hauch der Stille verweben sich kraftvoll im Fluss eines choreografischen Meisterwerks. Das Spiel der Männer und Frauen von KODO ist eine Augenweide und trotz aller Kraft und Dynamik immer höchstästhetisch und atemberaubend schön. KODO – die reine Essenz des Trommelns!

Weltwoche-Spezialangebot

KODO – One Earth Tour 2012
The Art of the Japanese Drum
KKL Luzern: 22.–26. Februar 2012
Montreux Auditorium Stravinski:
2. und 3. März 2012

20 x 2 Gratistickets
Die Weltwoche verlost unter ihren Abonnenten/-innen 20 x 2 Gratis-Tickets in der 1. Kategorie, Fr. 140.–, für die Premiere im KKL Luzern am Mittwoch, 22. Februar 2012.

Anmeldungen
www.weltwoche.ch/platinclub
Bitte senden Sie ein E-Mail mit ihrer Adresse und Tel.-Nr. bis Freitag, 3. Februar an verlag@weltwoche.ch

Hinweis
Dank der Zusammenarbeit mit Railaway besteht die Möglichkeit, günstig und bequem mit dem Zug an die Konzerte zu reisen.

Veranstalter
www.kodo.ch

DIE WELTWOCH

ticketportal
0900 101 102 CHF 1.19/Min. ab Festnetz

KKL
luzern

SBB CFF FFS
RailAway-Kombi



Transparenz

Die *Weltwoche* und der Fall des ehemaligen SNB-Präsidenten Philipp Hildebrand.

Von Roger Köppel

Um ein Haar wäre der Skandal unter den Teppich gekehrt worden. Wäre es nach dem Bundesrat, dem Bankrat, dem Rechtsdienst der Notenbank, der Revisionsgesellschaft, der Eidgenössischen Finanzkontrolle und allen Medien ausser der *Weltwoche* gegangen, hätten wir nach wie vor einen Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand, der es unbedenklich findet, nicht nur Devisen- und Aktiengeschäfte in Millionenhöhe auf seinem Privatkonto zu tätigen, sondern diese Transaktionen auch noch im unmittelbaren Vorfeld von gravierenden währungspolitischen Entscheidungen durchzuführen, die er selber trifft.

Es hat etwas Skurriles, wie seit unseren Enthüllungen vor einer Woche der krampfhafteste Versuch unternommen wird, eine ganz schlichte Tatsache von der Bildfläche zu wischen: Ein Notenbank-Präsident darf keine privaten Aktien- und Devisengeschäfte tätigen, prinzipiell nicht, und erst recht nicht, wie in diesem Fall, jeweils wenige Tage vor geldpolitischen Massnahmen der Schweizerischen Nationalbank. Ein Notenbank-Präsident, der selber oder über vorgeschobene Drittpersonen private Aktien- und Währungsgeschäfte abwickelt, untergräbt die Glaubwürdigkeit der mächtigsten und unabhängigsten Institution des Landes. Das ist nicht eine Frage der Reglemente, sondern eine Frage der Integrität. Ein spekulierender Notenbank-Chef ist fehl am Platz.

Noch immer versuchen die Behörden und seine Unterstützer Philipp Hildebrand als Opfer politischer und/oder medialer Intrigen darzustellen. Man klammert sich an die Illusion, dass der rasante Rücktritt eines bis dahin von allen Zeitungsverlagen und Fernsehstationen, von den meisten Politikern und Parteien bis hinauf in den Bundesrat als «Rockstar» (*Tages-Anzeiger*) gefeierten Spitzenfunktionärs durch Falschmeldungen und Verleumdungen, durch finstere Winkelzüge aus dem politischen Hinterhalt verursacht worden sei.

Das ist Unsinn. Ein unbescholtener Notenbank-Präsident muss nicht innerhalb einer halben Woche nach Veröffentlichung eines Artikels zurücktreten, nur weil ein Politiker und nur weil zwei Zeitungen gegen alle andern seinen Rücktritt fordern. Das ganze Gerede über Politik und Medien ist ein Ablenkungsmanöver, das einen für die Schweiz nicht nur peinlichen, sondern insgesamt



Formalistische Zaubertricks.

schädlichen Vorgang bemänteln soll. Hildebrand hat durch seine privaten Devisengeschäfte die Glaubwürdigkeit der Nationalbank beschädigt und damit auch die Integrität unseres Finanzplatzes.

Schlimmer noch: Die Aufsichtsbehörden Bankrat und Bundesrat haben bis ganz zuletzt zu Hildebrand gehalten, ihm nicht einmal eine Rüge erteilt, sondern ihn vorbehaltlos gegen Kritik in Schutz genommen, um noch heute an ihren Dolchstosslegenden zu stricken. Die Aufsicht stellte sich nicht unabhängig über den Notenbank-Chef, sie war vielmehr Teil seiner Charme-Offensive, von der sich auch die Zeitungen einlullen liessen. Die Behörden zogen sich ins Réduit unwahrer Behauptungen und Gutachten zurück, um erst unter dem Druck von Recherchen scheinungsweise die Wirklichkeit nachzureichen.

Das Verwirrspiel erreichte einen weiteren Höhepunkt, als Philipp Hildebrand am letzten Montag völlig überraschend seinen angeblich freiwilligen Rücktritt bekanntgab, was landesweit – «Hut ab» (*NZZ*) – als Zeichen persönlicher Grösse gewertet wurde. Dann kam heraus, dass Hildebrand gar nicht gehen wollte, sondern gehen musste, weil sein letztes «Absicherungskonstrukt» (Urs Paul Engeler) der ohne sein Wissen spekulierenden Ehefrau, von der *Weltwoche* schon in der Vorwoche widerlegt, unter neuen Indizien endgültig zusammenfiel.

Es stimmt nicht, dass Hildebrand, wie er zum Abschied sagte, den Hut nehmen musste,

weil er seine Unschuld nicht beweisen konnte. Der schlaue Satz soll den Eindruck ungerechter Verfolgung erwecken und passt perfekt in die mustergültige Selbstinszenierung eines Notenbank-Präsidenten, der sich mit der Virtuosität eines Bill Clinton («Ich habe nicht inhaliert») durch formalistische Zaubertricks aus der Bredouille hieven wollte. Stets unter Beifall seiner Kontrolleure, die ihn jetzt alle mit windigen Ausreden fallenlassen.

Tatsache ist: Hildebrand hat nicht nur die Öffentlichkeit belogen mit immer neuen Abwicklungsvarianten seiner Finanzgeschäfte. Er hat sich untragbar gemacht, weil es nicht geht, dass sich ein Notenbank-Präsident oder seine Familie, die immer unter dem Verdacht steht, über privilegiertes Wissen zu verfügen, auf den Aktien- und Devisenmärkten spekulierend betätigt. Nicht seine Kritiker sind schuld. Hildebrand hat es sich selber zuzuschreiben, dass wir heute eine Diskussion führen müssen über Sitten und Gebräuche unserer Notenbank, die sich in den letzten hundert Jahren einen Ruf der Unbestechlichkeit erarbeitet hat, der durch solches Fehlverhalten ramponiert wird.

Gefordert ist jetzt die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit. Das geschieht nicht über neue Reglemente, sondern über integre Persönlichkeiten. Wenn ein SNB-Präsident ein Reglement braucht, um zu wissen, dass private Devisen- und Aktiengeschäfte tabu sind, hat er von Beginn weg den Beruf verfehlt. Aufzuarbeiten ist zudem, wie von dieser Zeitung seit Monaten gefordert, eine Klärung der Aufsicht. Die Notenbank muss unabhängig sein, keine Frage. Aber es braucht eine Kontrolle, die im Notfall eingreift und nicht einfach Persilscheine aus der Wagenburg verteilt.

Das fragwürdigste Argument der letzten Tage lieferte im Kampf gegen die Kritiker ausgerechnet Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf. Mahnend auch an die Adresse der *Weltwoche* drohte sie mit der rücksichtslosen Verfolgung jener Leute, die das Bankgeheimnis gebrochen haben, um aus ehrlicher Entrüstung die Machenschaften innerhalb der SNB-Spitze zu enthüllen. Die Finanzministerin wäre daran zu erinnern, dass unser Bankgeheimnis, hinter dem diese Zeitung mit unerschütterlicher Überzeugung steht, nicht dafür erfunden wurde, um unzulässige Geschäfte zuzudecken.

Wer das Bankgeheimnis beschwört zur Vertuschung unlauterer Praktiken, darf sich nicht beklagen, wenn die Schweiz im Ausland als Bananenrepublik gesehen wird, deren Gesetze dem internationalen Steuerbetrug und den hauseigenen Machenschaften hoher Funktionäre dienen. Die Umdeutung des Bankgeheimnisses in einen Gesetzesartikel zur Verheimlichung von Machtmissbrauch ist im Gang. Wer solches aufdeckt, schadet nicht der Schweiz, sondern stellt Transparenz her, weil die Behörden versagt haben.



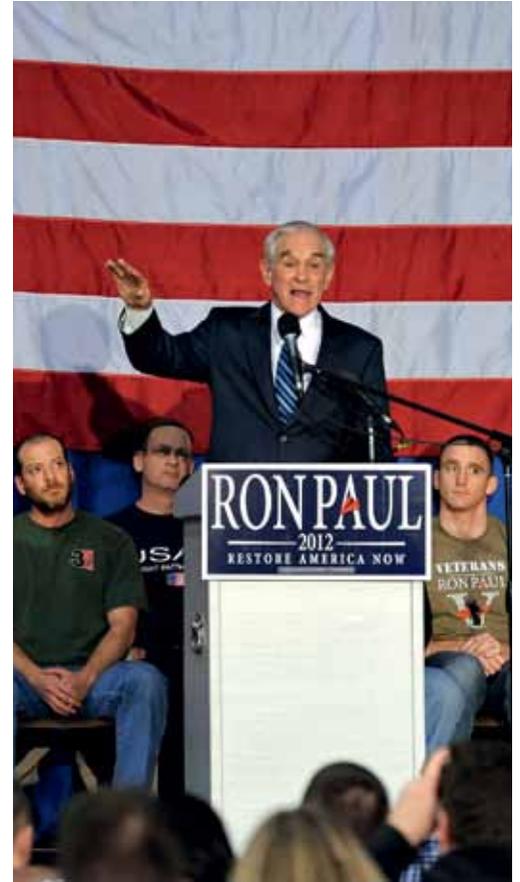
Abgang: Ex-SNB-Chief Hildebrand. Seite 18



Auf zur Eroberung: Frauen. Seite 60



Überfordert: EJPD-Chefin Sommaruga. Seite 30



«Antikandidat»: Republikaner Paul. Seite 44

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar Zur Schieflage der Nation**
- 9 **Im Auge George Becali, EU-Parlamentarier**
- 10 **EU Merkozys Machiavellismus**
- 11 **Personenkontrolle Hildebrand, Torelli, Portmann, Chavaz, Huber, Müller, Noser, Rentsch**
- 11 **Nachruf Eve Arnold, Fotografin**
- 12 **Die Deutschen Peinlichkeiten in der Causa Wulff**
- 12 **Wirtschaft War früher alles besser?**
- 13 **Ausland Obama will die Friedensdividende**
- 14 **Mörgeli Jetzt aufräumen statt zudecken**
- 14 **Bodenmann Wer ist das schwärzeste Schaf?**
- 15 **Medien Konkurrenz unter Kollegen**
- 15 **Kostenkontrolle 800 000 für «Rookie», «Pepino» und Co**
- 16 **Leserbriefe/ Darf man das?**

Hintergrund

18 Von Hildebrand zum Flächenbrand

Haben Bankrat, Revisoren, Chefbeamte und die Bundespräsidentin versagt – oder spielten sie mit?

21 Die Chronologie des Versagens

Die spektakulären Wendungen im Fall Hildebrand, die seit Weihnachten die Schlagzeilen dominieren

23 «Absolut unzulässig»

Kurt Schiltknecht, ehemaliger Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank, zum Fall Hildebrand

26 Realist mit Weitblick

Worin unterscheidet sich Thomas Jordan, der neue Chef der Notenbank, von seinem Vorgänger?

28 Ehrenhafte Verräter

Sarasin-Informatiker Reto T., der Philipp Hildebrand zu Fall brachte, ist ein klassischer Whistleblower

30 Ausgetrickst und vorgeführt

Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) ist den Trickereien der afrikanischen Staaten nicht gewachsen

32 Pilotprozess gegen Kindesentführer

Werden die Täter künftig zur Rechenschaft gezogen?

34 Wohneigentum Der Bundesrat erschwert die Finanzierung

35 Essay Plädoyer für die Wehrpflicht

36 Die Profiteure

Das Geschäft mit der Personenfreizügigkeit

38 Schafft SF 2 ab!

Mit SF 2 hintertreibt die SRG den Service-public-Gedanken

40 Die Kinder zuerst

Adolfo Kaminsky rettete während des Zweiten Weltkriegs und Jahrzehnte danach Tausenden von Menschen das Leben

43 Energiepolitik Job-Fiasko in der Solarbranche

44 Der Unwählbare

Die Chancen des republikanischen Aussenseiters Ron Paul



«Ich weiss nur, dass wir nicht so bleiben werden, wie wir heute sind»: Biochemiker Schatz. Seite 46

Interview

46 «Politische Korrektheit ist gefährlich»

Der Biochemiker Gottfried Schatz erforschte die Wunder des Lebens. Besonders zu schaffen macht ihm die zunehmende Wissenschaftsskepsis unserer Gesellschaft

Stil & Kultur

50 Stil & Kultur Blonde Röstung

52 Bestseller

52 Heilsame Rache

Parallelen zum Fall Hildebrand im neuen Stück des Kabarettisten Patrick Frey

54 Top 10

54 Kino «Die Höhle der vergessenen Träume»

55 Fernseh-Kritik «Sternstunde Philosophie»

56 Hollywood Ricky Gervais moderiert die Golden Globes 2012

57 Literatur Kino mit Geschmack

57 Jazz Phall Fatale

58 Namen «Kronenhalle» bricht mit Traditionen

59 MvH Ich, der Soziale

59 Gesellschaft Film-Eltern

60 Im romantischen Wahnsinn

Was Männer bei Frauen erfolgreich macht – eine Eroberungsanleitung

62 Die Besten Dunkelblau bis rabenschwarz

63 Thiel An der Himmelstür

63 Wein Tenuta di Biserno

65 Auto Toyota Yaris Style 1.33

66 Hochzeit Renata Juras und Ervin Unterlechner

Autoren in dieser Ausgabe

Peter Ruch



Peter Ruch ist Pfarrer der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde von Küssnacht am Rigi. In seinem Essay begründet er, warum es aus theologisch-ethischer Sicht höchste Zeit sei, den Zivildienst abzuschaffen und die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Seite 35

Claudia Langenegger



Die Bernerin hat Kunstgeschichte und Philosophie studiert und ist heute als freie Journalistin tätig. In ihrem Beitrag sagt sie, welche Sorte Mann das weibliche Geschlecht immer wieder in den romantischen Wahnsinn treibt. Seite 40

KRISEN KANN MAN ÜBERLEBEN. ODER MEISTERN.

Das MAZ Luzern hat in Partnerschaft mit der HWZ Hochschule für Wirtschaft Zürich den Weiterbildungs-Studiengang CAS Krisenkommunikation 2011 entwickelt. In den Modulen Krisengrundlagen, Krisenvorbereitung, Krisenbewältigung und Krisennachbearbeitung wird alles vermittelt, was ein Kommunikationsprofi kennen und wissen muss: die richtigen Instrumente und das korrekte Verhalten in Krisensituationen. Jetzt informieren. Und anmelden.

maz

DIE SCHWEIZER JOURNALISTENSCHULE

Murbacherstrasse 3, 6003 Luzern, 041 226 33 33
office@maz.ch, www.maz.ch

Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick, mehr Recherche, mehr Vielfalt.



Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement à 10 Ausgaben für nur Fr. 40.–.

Telefon 043 444 57 01, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch oder unter www.weltwoche.ch/abo.

DIE WELTWOCHEN

Zur Schieflage der Nation

Von Philipp Gut — Die Hildebrand-Affäre offenbart einen überraschenden Grad an Realitätsverweigerung im Land. Politiker und Journalisten standen bis zuletzt im Bann des SNB-Magiers.



Abschieds-Show: der ehemalige Nationalbank-Präsident Hildebrand.

Mit seinem Abgang verzauberte er noch einmal alle. Der letzte Auftritt als Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB) brachte Philipp Hildebrand in den Kommentarspalten der einheimischen Presse beinahe flächendeckend Lob ein. Es war, als habe der gefeierte Notenbank-Magier ein letztes Mal seine hypnotischen Fähigkeiten ausgespielt – so sehr glichen sich die Formulierungen der Leitartikler.

«Hut ab!», verneigte sich der Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ). Hildebrands Rücktritt zeuge «von hohem Verantwortungsbewusstsein und charakterlichem Format»: «Wer so handelt, verdient Respekt.»

«Was für ein Abgang!», schwärmte der Chefredaktor des *St. Galler Tagblatts*, das ebenfalls zur NZZ-Gruppe gehört. Hildebrand sei «souverän, mit Stil und Würde» abgetreten. Und wieder fiel der Satz: «Das verdient Respekt.»

Hat da jemand Konzernjournalismus gesagt? Diese Deutung wäre verkürzt und würde dem Phänomen nicht gerecht.

Die *Südostschweiz*, die nicht unter dem Regime der NZZ steht, schrieb wortidentisch, die Art, wie sich Hildebrand «von der Öffentlichkeit verabschiedet hat, war souverän und verdient Respekt».

Respekt, Respekt, Respekt, souverän, souverän, souverän: Die Liste der klonhaften Hym-

nen liesse sich verlängern. Dass es Hildebrand scheinbar mühelos gelang, noch im freien Fall den vereinigten Chefredaktoren raunende Bewunderung abzurufen, ist weder überraschend noch ein Zufall. In den Lobgesängen zum Abschied verdichtet sich zum Symbol, was die ganze Affäre prägte: Journalisten, Politiker, Aufsichts- und Untersuchungsgremien liessen sich von Hildebrand mit fast schon schwärmerischer Hingabe in Bann ziehen. Und täuschen. Sie verklärten ihn, kritische Nachforschungen blieben aus. Die Welt will betrogen sein.

In Echtzeit widerlegt

Der angeblich souveräne Abgang war in Wirklichkeit das Gegenteil. Noch während Hildebrand seine Abschiedsshow hinlegte, veröffentlichte die Nationalbank Dokumente, die sein «Ehrenwort» Lügen strafte, er habe nichts mit der umstrittenen Dollar-Transaktion vom 15. August 2011 zu tun gehabt. Mehr noch: Der zum heroischen Akt verklärte Rücktritt erfolgte nicht freiwillig. Der Bankrat hatte Hildebrand bereits am Samstag fallengelassen und zum raschestmöglichen Abgang am nächsten Arbeitstag gezwungen. Der blendende Schauspieler liess es sich nicht anmerken und narrete die Öffentlichkeit ein letztes Mal.

>>> Fortsetzung auf Seite 10

Der Faulste



George Becali, EU-Parlamentarier

Manche Rumänen glauben, Prinz Charles werde ihr neuer König. Aber schon Graf Dracula war bloss eine Romanfigur. Seltsames Rumänien. Nicht einmal auf Statistiken ist Verlass. Gerade hat die *Bild*-Zeitung das Ranking der faulsten Europapolitiker enthüllt, und an der Spitze thront ein Rumäne namens George Becali, 53, Vertreter der Grossrumänienpartei. Er hat 100 von 137 Sitzungen in Brüssel geschwänzt. Seltsamerweise ist diese Faulheits-Pyramide schon einmal, mit dem genau gleichen Ergebnis, im Sommer 2010, veröffentlicht worden. Es handelt sich um die gleiche Statistik – die dadurch nicht wahrer wird. Sie diente jetzt zwei US-Ökonomen als Basis einer Untersuchung, die zum Schluss kommt, dass die EU-Abgeordneten mehr fehlen, seit sie einheitlich 90 000 Euro kassieren und nicht mehr die gleichen Löhne wie in den Heimatparlamenten. So verdient der Drückeberger aus Rumänien plötzlich das Neunfache.

Für George «Gigi» Becali unerheblich. Er blieb zu Hause, weil er nicht anders konnte. Zuerst sass er mit vier seiner Leibwächter in Untersuchungshaft, dann verweigerte ihm die Justiz monatelang die Ausreise, ihm, dem angeblich reichsten Rumänen und Wohltäter der Armen. Dem Autonarren wurde der wunderschöne Maybach gestohlen, auf die Erpressungsversuche der Diebe ging er nicht ein, sondern liess sie von seinen Gorillas in einem finsternen Dracula-Keller vermöbeln. Darauf schalteten die übel zugerichteten Gangster den Staatsanwalt ein. Die Selbstjustiz des hemdsärmlichen «Gigi» gefiel den Rumänen, und sie schickten ihn nach Brüssel. Sein Vermögen in Immobilien baute er mit der Hinterlassenschaft seines Vaters auf, der sich im Kommunismus als schlauer Schaffhirte Ländereien im heutigen Industriegürtel von Bukarest unter den Nagel gerissen hatte. Becali besitzt auch den Fussballklub Steaua. Als Mannschaftsbild liess er Leonardo da Vincis «Abendmahl» kopieren mit ihm als Jesus, umgeben von seinen Spielern als Jüngern, und für jeden Sieg in der Champions League stiftete er eine Kirche. Amen.

Peter Hartmann

Offensichtlich hatte er alle in der Tasche. Vom Bankrat über den Bundesrat bis zum Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle und den professionellen Prüfern von PwC, die sich mittlerweile von ihren eigenen entlastenden Gutachten distanzieren: Die Kontrolle versagte. Die Schludrigkeit der Problembehandlung nimmt kuriose Züge an. Dass Christoph Blocher (SVP) die damalige Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) über den Fall informiert hatte, interessierte die Zeitungen mehr als die Aufklärung dessen, was Hildebrand tatsächlich getan hatte. Politische Abneigungen bremsen die Recherchen und lenkten sie auf Nebengeleise um.

Politiker drückten die Fakten virtuos weg. Nicht der Verursacher des Skandals wurde angegriffen, sondern die Überbringer der schlechten Botschaft. Die BDP, die Partei von Hildebrand-Protektorin Eveline Widmer-Schlumpf, zeigte sich am Montag «entsetzt» über die «Kampagne» gegen den gestrauchelten Notenbank-Chef. Nicht er habe mit seinem Fehlverhalten dem «Ansehen» der Schweiz geschadet, sondern diejenigen, die den Skandal aufgedeckt hatten. Verkehrte Welt. Eine Nation in Schiefelage.

Grünliberalen-Chef Martin Bäumle haute, wie andere prominente Politiker, in dieselbe Kerbe. Er bezichtigte die Aufklärer, die SNB zu destabilisieren. Der Schaffhauser SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr liess sich von den Fakten bis zum Ende nicht beeinflussen («Ich glaube an ein Komplott»). Denselben Glauben huldigt nach eigener Aussage Pirmin Bischof (CVP). Offensichtlich wollen viele Politiker nicht wahrhaben, dass es solche Missstände in der Schweiz gibt. Was nicht sein darf, kann nicht sein. Die allgemeine Realitätsverweigerung droht in eine Komödie abzugleiten.

Auf Anfrage der *Weltwoche* behauptete Bankrats-Präsident Hansueli Raggenbass noch am Tag nach Hildebrands Rücktritt allen Ernstes: «Der Bankrat hat seine Aufsichtspflicht vollumfänglich wahrgenommen.» Auch die haus-eigene Revisionsfirma PwC sei keinem «Interessenskonflikt» ausgesetzt gewesen.

«Schlimm wird es immer erst dann, wenn das Fehlverhalten keine Konsequenzen zeitigt», hält der ehemalige SNB-Chefökonom Kurt Schiltknecht entgegen (s. Interview, S. 23). Hildebrands zurückhaltender Vorgänger Jean-Pierre Roth äusserte sich am Dienstag ungewöhnlich laut. In einem bemerkenswerten Interview in *Le Temps* liess er keinen Zweifel daran, wer die Glaubwürdigkeit der Nationalbank beschädigt hatte: Hildebrand selber. «Er machte eine schwerwiegende Fehleinschätzung, und dafür muss er jetzt die Konsequenzen tragen», sagte Roth.

Mehr zum Thema: Seite 11, 14, 15, 16 und 18 bis 29

EU

Merkozys Machiavellismus

Von Florian Schwab — Merkel und Sarkozy wollen um jeden Preis eine Steuer auf Finanztransaktionen. Die Investoren sollen als Sündenbock für die Euro-Versager herhalten.

Angela Merkel und Nicolas Sarkozy haben das alte machiavellistische Prinzip verinnerlicht, dass man von internen Problemen am besten ablenkt, indem man in den Krieg zieht. Das europäische Spitzenduo hat sich die Finanzmärkte und Investoren als modernen Feind ausgesucht. Sie sollen mit einer Finanzmarkt-Transaktionssteuer für ihre angeblich zentrale Rolle in der Finanzkrise bestraft werden. Da die gierigen Banker sich seit jeher gut als Sündenbock eignen, können sich die beiden Kapitalismuskritiker über Zuspruch aus der Öffentlichkeit freuen.

Motiv: Staatliche Geldgier

Zu Recht? Nein. Zunächst ist festzustellen, dass die Finanzmärkte weder für die Entstehung der US-Immobilienblase noch für die exzessive Staatsverschuldung im Euro-Raum verantwortlich sind. Die amerikanische Immobilienblase wurde durch staatliche Förderung von Wohneigentum seit vielen Jahrzehnten befeuert, dazu durch die tiefen Zinsen der US-Notenbank (Federal Reserve). Die europäische Währungs- und Staatsschuldenkrise geht auf die Fehlkonstruktion der Euro-Zone zurück und die jahrelange Schuldenmacherei der Regierungen. Es steht also den Regierungen nicht zu, sich moralisch über die Akteure an den Finanzmärkten zu erheben.

Eine zweite Begründung für die Besteuerung von Finanztransaktionen lautet, dass dadurch die Anzahl von Finanztransaktionen verringert würde und damit auch die in letzter Zeit sehr hohen Ausschläge an den Märkten, wo ganze Aktienindizes an einem Tag um fünf Prozent und mehr schwanken. Doch auch diese Begründung steht auf schwachen Beinen. Mit gutem Grund argumentieren Finanzmarktspezialisten, dass es gerade die Vielzahl der Transaktionen ist, die dafür sorgt, dass immer alle verfügbaren Informationen in einem Preis enthalten sind, und darum die Schwankungen sogar geringer sind, wenn es mehr Transaktionen gibt.

Aus ökonomischer Sicht gibt es keine Argumente für die Steuer. Das Motiv für die Idee ist staatliche Geldgier. Da an den Finanzmärkten mit enormen Summen gehandelt wird, versprechen sich die Finanzminister auch von einem kleinen Teil des «Kuchens» hohe Einnahmen.

Der erste Haken: Kapital ist mobil und würde ohne Zweifel an Marktplätze abfliessen, wo keine solche Steuer erhoben wird.



Keine Argumente: Merkel, Sarkozy.

Grossbritannien, ein Hort der Vernunft in finanzpolitischer Hinsicht, hat bereits angekündigt, sich den Plänen zu widersetzen. Der zweite Haken: Ein Grossteil des Geldes, das an den Kapitalmärkten investiert wird, wurde zuvor verdient und bereits einmal versteuert. Anleger, die ihr Geld in die Wirtschaft investieren, anstatt es sofort zu konsumieren, leisten einen Beitrag an den zukünftigen Wohlstand.

Die Euro-Krise ist zurück

Der Grund für den Eifer, mit dem die Finanzmärkte «gezähmt» werden sollen, ist wohl, dass die Währungs- und Staatsschuldenkrise die EU weiter fest im Griff hat. Die Beruhigung über Weihnachten war trügerisch, mittlerweile ist die feiertagsbedingte Verschnaufpause in der Euro-Krise vorbei. Die Zinsen für italienische Anleihen liegen wieder bei 7 Prozent, und es wird immer wahrscheinlicher, dass der griechische Schuldenschnitt von 50 Prozent nicht ausreicht. Griechenland tanzt seinen Gläubigern auf der Nase herum, während eine Herabstufung der Bonität grosser Euro-Mitgliedsländer weiter im Raum steht.

Die Besteuerung von Finanztransaktionen bringt den benötigten Geldsegen nur in Verbindung mit Kapitalverkehrskontrollen. Kein schöner Ausblick auf das neue Jahr.

Personenkontrolle

Hildebrand, Torelli, Portmann, Chavaz, Huber, Müller, Noser, Rentsch

Landauf, landab war zu hören, der einzige Profiteur der Causa Hildebrand sei die Schweizer Berghilfe. Seinen angeblich gar nicht existierenden Spekulationsgewinn von 75 000 Franken habe er bereits vor Weihnachten der Organisation gespendet, liess **Philipp Hildebrand** die Öffentlichkeit wissen. Das war naheliegend, denn erstens hegt Hildebrand eine Vorliebe für Häuser in den Alpen, und zweitens ist er bis zum heutigen Tag Mitglied des Berghilferats. Bei der gemeinnützigen Organisation, welche «die Selbsthilfe der Bergbevölkerung» fördert und dabei hilft, «Wirtschafts- und Lebensräume zu entwickeln, die regionale Kultur zu erhalten, die Kulturlandschaft zu



Wann kommt das Geld? Berghilfe.

pflegen und der Abwanderung entgegenzuwirken», will man den Eingang der Spende weder dementieren noch bestätigen. Der Mediensprecher **Ivo Torelli** sagt gegenüber der *Weltwoche*, er gehe davon aus, «dass das kommt». (fsc)

Was machen eigentlich die Freisinnigen? Seitdem sie ihren zweiten Bundesratsplatz im Trockenen hat, ist es um die FDP ruhig geworden. In der Affäre Hildebrand, die neben den Verfehlungen des SNB-Präsidenten auch erschreckend lockere Regeln ans Licht brachte, meldete sich als einziger FDPler der Zürcher Kantonsrat **Hans-Peter Portmann** zu Wort. Die Bundeshausgraktion blieb stumm. Den Freisinnigen hat es nicht die Sprache verschlagen, sie halten sich nur an die Linie des Parteisekretariats. Am 4. Januar, als die *Weltwoche* ihre Recherchen zum Fall Hildebrand veröffentlichte, verordnete Fraktionssekretär **Julien Chavaz** eine «passive Sprachregelung», die in Absprache mit Fraktionspräsidentin **Gabi Huber** sowie **Philipp Müller** und **Ruedi Noser** erstellt wurde: «Wir vertrauen in die Institution SNB. [...] Für die Politik besteht in der Sache kein Handlungsbedarf.» Nicht



«Passive Sprachregelung»: FDP-Frau Huber.

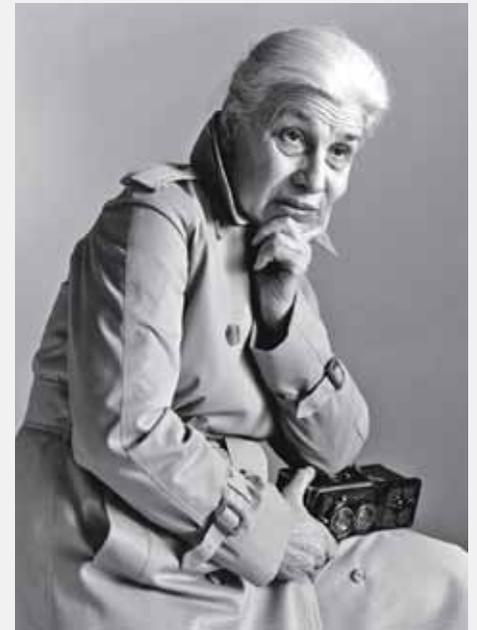
einmal das unter Verschluss gehaltene SNB-Reglement wollte die FDP-Spitze sehen, so gross ist ihr Vertrauen in die Tüchtigkeit aller Staatsorgane: «Zu der in den Medien mehrfach vorgebrachten Forderung, dass das interne Reglement über Eigengeschäfte der SNB-Direktionsmitglieder offenzulegen ist, äussern wir uns wie folgt: Der Bankrat hat sicherzustellen, dass die Compliance-Regeln der Nationalbank den international gebräuchlichen Normen entsprechen.» (cal)

Als Wirtschaftsjournalisten gesucht sind in der Medienbranche Ökonomen, die schreiben oder reden können. Wer wie **Manuel Rentsch** dann auch noch das Talent hat, komplexe Sachverhalte simpel zu erklären, ist für eine Lebensstelle beim staatlichen Radio DRS bestens qualifiziert. Eine Kostprobe seines journalistischen Könnens gab Rentsch am 4. Januar, nachdem die Nationalbank ihr Geschäftsreglement und den Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers (PwC) veröffentlicht hatte (nachhörbar unter www.tiny.cc/raivd). Auf die Frage der Moderatorin, was von der Staatsaffäre übrigbleibt, sagte Wirtschaftsredaktor Rentsch: «Man kann sagen, da bleibt nichts übrig, aber auch wirklich gar nichts.» Und weiter: «Das Konto gehört effektiv Philipp Hildebrand, aber seine Frau hatte die Vollmacht. Das ist normal, das mache ich auch so: Wenn meine Frau in der Migros etwas kaufen geht, dann läuft das zum Teil auch über mein Konto, da wir das Konto zusammen haben. Das ist also nichts Aussergewöhnliches.» (cal)



«Da bleibt nichts übrig»: Journalist Rentsch.

Nachruf



Vorder- und Rückseite: Fotografin Arnold.

Eve Arnold — Zwischen den Beinen von Marlene Dietrich und Wanderarbeitern bei der Kartoffelernte liegt ihr Gesamtwerk, so fasste es Robert Capa zusammen, Mitbegründer von Magnum Photos. Eve Arnold, Tochter eines ukrainischen Rabbis in Philadelphia, schien zu Höherem geboren, als 1957 die erste Frau der legendären Agentur zu werden. Die Fotografie war eine Männerdomäne, doch Arnolds Fähigkeit, das Vertrauen von Stars zu gewinnen, führte zu Bildern, die ohne weibliche Empathie der Welt nicht geschenkt worden wären: Joan Crawford, Anthony Quinn, Malcolm X zeigten sich ihr privat wie sonst vor wenig anderen Kameras. Doch Arnolds grösste Leistung war die Verfertigung des Gegenbildes zur öffentlichen Marilyn Monroe. Sie porträtierte die Schauspielerin lesend, versunken in «Ulysses» von James Joyce, sie dokumentierte, inszenierte die ernsthafte Seite der vermeintlich Naiven, des Oberflächen-Wunders. Arnold begleitete Marilyn ein Jahrzehnt, sie war von allen Fotografen diejenige, der die Monroe am meisten vertraute.

Glamour, die Stars zum einen – Sozialreportagen, Krieg, Rassenunruhen, Elend zum anderen. Arnold fotografierte in kubanischen Bordellen, afrikanischen Slums, in China, als eine der ersten Fotografinnen überhaupt die Bauern und Öl-arbeiter. Vielfach ausgezeichnet und geehrt, ist Eve Arnold mit 99 Jahren in London gestorben. Sie hinterlässt mehr als eine Dreiviertelmillion Bilder und zahllose Geschichten, von der Vorder- und von der Rückseite Hollywoods.

Daniele Muscionico

Auf hoher See

Von Henryk M. Broder — Täglich kommen in der Causa Wulff neue Peinlichkeiten ans Licht.



Die Causa Wulff zieht sich hin wie eine Havarie auf Raten. Erst knallt das Schiff beim Manövrieren gegen die Kaimauer, legt sich schief und läuft voll. Bei dem Versuch, es

wiederaufzurichten, kippt es völlig und treibt nun kieloben im flachen Wasser. Derweil versichert die Reederei, der Kapitän leiste «hervorragende Arbeit», niemand denke daran, ihn abzulösen, während hinter den Kulissen bereits nach einem Ersatz gesucht wird.

Die Bundesrepublik hatte schon einige skandalumwitterte Präsidenten, aber noch nie einen Präsidenten, der dermassen einen Skandal verkörperte wie Christian Wulff, der jetzige Amtsinhaber. Um in der Welt der christlichen Seefahrt zu bleiben: Auf der «Bounty» findet eine Meuterei statt, und der Einzige, der es nicht merkt, ist Captain Bligh.

Die Welt nennt Wulff einen «Parvenü», der seiner Aufgabe nicht gewachsen sei, die Schriftstellerin Monika Maron kritisiert den «Einbruch des Halbseidenen in die Politik», die Deutschen machen sich über ihren obersten Repräsentanten lustig, als wäre er die Hauptfigur einer Daily Soap im Nachmittagsprogramm. Der aber gibt sich ungerührt, erklärt das «Übernachten bei guten Freunden» zu einem Menschenrecht, auf das er nicht verzichten möchte, und rettet sich in den literarischen Schützengraben. Das «Stahlgewitter», soll er beim Neujahrsempfang für seine Mitarbeiter gesagt haben, das «Stahlgewitter» werde bald vorbei sein.

Im Ersten Weltkrieg hat es vier Jahre gedauert, was etwa die Zeit ist, die Wulff noch vor sich hat, wenn er nicht doch vorher sein Amt aufgibt oder von seinen Freunden aufgegeben wird. Die freilich wissen sich nicht anders zu helfen, als ein Ende der Debatte zu fordern, als ob man in einer demokratischen Gesellschaft eine Debatte par ordre du mufti beenden könnte und wie wenn nicht jede Forderung nach einem Ende der Debatte diese nur weiter anfachen würde.

Derweil kommen täglich neue Peinlichkeiten und Ungereimtheiten zutage. Wulff will alles aussitzen. Seine Ehre heisst Treue, Treue zu sich selbst. Und was ihn nicht umwirft, das macht ihn nur stärker. Ein echter Wulff im falschen Schafspelz.

War früher alles besser?

Von Silvio Borner — Wir unternehmen eine Reise ins Jahr 1800, als eine siebenköpfige Familie noch keinen Strom verbrauchte und so biologisch lebte, dass es tödlich sein konnte.

Ja, früher war alles einfacher, ruhiger, zwi-schenmenschlicher, aber auch spiritueller und idealistischer als heute. Keine Hektik, wenig Stress und viel Zeit für Kontemplation. So argumentieren heute vor allem Reiche, die für die 2000-Watt-Gesellschaft eintreten und generell den Verzicht predigen, obwohl sie selber wohl das Zehnfache an Watt verwöhnen, verfliegen und erleben.

Aber stellen wir uns kurz das Leben in Europa so um 1800 vor. Eine siebenköpfige Familie ist an einem Wintertag um den Tisch in einem einfachen, ungeheizten Holzhaus versammelt. Der Vater liest ehrfürchtig aus der Bibel, während die Mutter am offenen Feuer eine Mahlzeit aus Rind, Kohl und Zwiebeln dämpft. Der kleinste Junge spielt mit den beiden grösseren Schwestern, die ihn trösten, wenn er weint. Der älteste Bub schenkt Wasser aus einer Karaffe in die tonerdigen Kacheln auf dem Tisch. Die älteste Schwester füttert draussen im Stall das Pferd. Dieses Idyll wird nicht gestört – weder durch Fluglärm noch Strassengeräusche. Draussen lungern weder Drogendealer herum, noch paradieren johlende Fussball-Hooligans vorbei. Keine laute Musik stört den Frieden. Nur ein kleiner Vogel singt auf dem Fensterbrett. Die Milch ist nicht dioxinverseucht, und der Kohl enthält nicht die geringsten radioaktiven Spuren. Überhaupt ist die ganze Nahrung hundertprozentig biologisch.



Am meisten haben die Armen profitiert

Das alles können wir uns gut in einem nostalgischen Film so vorstellen. Doch schauen wir etwas genauer hin – auch hinter die Kulissen. Der bibellesende Vater wird von einer chronischen Bronchitis geschüttelt, die ein Vorbote der bald einsetzenden Lungenentzündung ist. Bronchitis und Lungenentzündung werden durch den Feinstaub des offenen Küchenfeuers noch verstärkt, so dass unser bibelkundiger Vater kurz darauf mit gut fünfzig Jahren vor der Himmelstüre anklopfen wird. Dabei hat er noch Glück, weil er seine statistische Lebenserwartung um etwa zehn Jahre übertrifft. Der von den Schwestern getröstete Kleine weint, weil er Masern hat, an denen er bald sterben wird. Das Mädchen selber wird in wenigen Jahren die faktische Sklavin eines gewalttätigen Trunkenbolds und verkommt zur Gebärmuttermaschine. Das vom ältesten Sohn kre-

denzte Wasser ist in der Tat extrem biologisch: Es riecht nach Kuhmist und ist bakteriell angereichert durch die Kühe, die am selben Wasserlauf trinken und entsorgen. Die Mutter leidet unter nimmer endenden Zahnschmerzen und vereiterten Kieferhöhlen. Das grösste Mädchen wird kurz nach dem Pferdefüttern von einem gewalttätigen Nachbarn geschwängert. Das Kind landet in einem tristen Waisenhaus. Das Essen ist übrigens eine Sonntagsabwechslung, denn Fleisch kommt nur selten auf den Tisch. Graue Grütze muss für den Alltag reichen. Salat oder Frischgemüse gibt es im Winter ohnehin nicht. Kerzen sind zu teuer, so dass nur das offene Feuer Licht spendet.

Niemand hat je einen Film gesehen, einen Roman gelesen oder ein Musikinstrument gehört. In der Schule wird primär religiöser Quatsch und erst noch auf Lateinisch eingetrichtert. Der Vater ist einmal etwa hundert Kilometer weit in die Stadt gereist, kann sich

eine solche Reise aber kein zweites Mal leisten. Der Radius des Rests der Familie ist auf Fussdistanzen begrenzt.

Jede der drei Töchter besitzt zwei Wollkleider, zwei Leinenhemden und ein Paar Schuhe. Vaters Jackett kostete einen Monat Arbeit, ist aber von Läusen bewohnt und zerfressen. Alle Kinder schlafen zu zweit auf Strohm-

matratzen auf dem Fussboden. Und der singende Vogel schliesslich wird schon bald vom grössten Buben eingefangen und gegessen.

Also vergessen wir nicht, dass sich seit 1800 die Lebenserwartung mehr als verdoppelt und das Pro-Kopf-Einkommen fast verzehnfacht hat. Die Reichen sind reicher geworden, aber das Niveau der Armen hat sich viel stärker entwickelt. Allein in den letzten fünfzig Jahren verdreifachte sich das inflationsbereinigte Realeinkommen eines Durchschnitts-Erdenbürgers. Er konnte einen Drittel mehr Kalorien zu sich nehmen und musste einen Drittel weniger Kleinkinder begraben und konnte seine Lebenserwartung ebenfalls um einen Drittel verlängern.

Es ist heute noch vieles auf der Welt schlimmer genug, aber früher war alles definitiv viel schlimmer. Für einmal verdanke ich diese Kolumne nicht meiner eigenen Eingebung, sondern einem Buchautor, den ich hiermit allen empfehlen möchte: Matt Ridley, «The Rational Optimist» (Paperback, 2011).

Obama will die Friedensdividende

Von Hansrudolf Kamer — Obama will das Verteidigungsbudget kürzen. Die Friedensdividende lockt als Ausweg aus dem Finanzschlamassel. Strategisch könnte sie teuer zu stehen kommen.



Die Flut des Krieges zieht sich zurück.» Präsident Obama verwendete wieder seine beliebte Redewendung. Ebbe wird allerdings eher im Verteidigungsbudget herrschen, denn dort soll gespart

werden. Die neue Strategie, die dazu passt, umfasst: Abzug aus dem Irak und aus Afghanistan, Truppenreduktion in Europa, doch mehr Präsenz in Asien und Wachsamkeit im Mittleren Osten.

Ob die Neuausrichtung zustande kommt, steht in den Sternen. Die Wirklichkeit überumpelt regelmässig die besten Strategien. Immerhin ist erst gerade ein Waffengang in Libyen beendet worden, ein Krieg, den die Planer in ihren *spreadsheets* nicht aufgeführt hatten.

Doch bevor wieder Waffengeklirr diese Weltregion erschüttert und Amerika herausfordert, wird in Washington Vergangenheitsbewältigung betrieben. Was genau waren die Motive, Strategien und Ergebnisse der Kriege in den letzten zwanzig Jahren – seit dem Zerfall der Sowjetunion?

Was ist die richtige Seite?

Diese Fragen spielen im Wahlkampf eine Rolle und auch im Ringen um das Verteidigungsbudget. Nach 9/11 sind zwar die Verteidigungsausgaben in absoluten Zahlen deutlich gestiegen. Eine Reduktion wäre angesagt, wenn man die Auffassung pflegt, die globale Bedrohung durch den Terrorismus sei zurückgegangen. Und die desolante Lage der öffentlichen Finanzen ist ein schwer zu widerlegendes Argument. Nur: Das Finanzschlamassel ist nicht die Folge exzessiver Militärausgaben, sondern der Giesskannenprogramme im Sozialbereich.

Das belegen Vergleichswerte. Obama zitierte im Pentagon Eisenhower mit der Bemerkung, die Militärausgaben müssten so festgesetzt werden, dass ein Gleichgewicht mit andern nationalen Anliegen gewahrt bleibe. Doch Eisenhower lebte in glücklichen Zeiten. Er gab die Hälfte des gesamten Staatsbudgets für die Verteidigung aus – heute ist es ein Fünftel. Gemessen am Bruttosozialprodukt, waren es unter «Ike» 9,5 Prozent – heute sind es vier Prozent und bald weniger als drei Prozent, wenn Oba-

mas Pläne verwirklicht werden. Überall auf der Welt beteuern demokratische Regierungen, die Militärausgaben orientierten sich an der Bedrohungslage. In Wirklichkeit richten sie sich nach der politischen Bequemlichkeit, mit der die Ausgaben reduziert werden können. Sicherheitsstrategie spielt kaum eine Rolle. Verteidigung ist ein Steinbruch, in dem man sich bedient.

Ein Militär für welche Kriege? Libyen gehört in die Kategorie humanitäre Interventionen, zumindest was die offizielle Begründung angeht. Die Zivilbevölkerung sollte geschützt werden. Das Ergebnis war allerdings eine Verlängerung des Bürgerkriegs, wodurch wohl mehr Zivilisten umkamen. Der Sturz Gaddafis war das eigentliche Ziel und der Versuch, sich «auf die richtige Seite der Geschichte» zu stellen.

Doch was ist die richtige Seite? Vor Ablauf der Geschichte ist das kaum festzustellen. Das Modell ist der Iran, ein Umsturz, der im Zeichen von Demokratie und Liberalisierung begann und deshalb die Amerikaner bewog, den Schah zu opfern. Das war ein strategischer Fehler. Der Iran wechselte vom Freund zum Feind, und die innere Verfassung des Landes ist unfreier als vor der Revolution.

Die Amerikaner zogen daraus die Lehre, dass man in diesen heissblütigen Landstrichen besser mit ihnen freundlich gesinnten Auto-

kraten paktiert und sie allenfalls intern dazu anleitet, ihre Herrschaftsmethoden zu mässigen – eine kontrollierte, sehr langfristige Entwicklung.

Der zweite Krieg gegen Saddam Hussein wurde auch mit Demokratie-Motiven begründet. Doch die wirklichen Beweggründe waren andere. Saddam war ein Feind, hatte Expansionsgelüste bewiesen, war eine Gefahr für die Umwelt, sperrte sich gegen die Uno-Auflagen, ganz unabhängig von den berühmten Massenvernichtungswaffen.

Wieder anders die sogenannte Zedern-Revolution im Libanon. Sie brachte zunächst eine prowestliche Koalition an die Macht, doch schliesslich setzte sich die Hisbollah durch, die heute das Land dominiert. Die palästinensischen Wahlen 2006 katapultierten die Hamas an die Macht und bewirkten die palästinensische Spaltung. Die Demokratie-Förderung hatte Kehrseiten.

So setzte sich noch unter Bush die alte Erkenntnis durch, dass Regime-Destabilisierung kontraproduktiv sein kann. Obama predigte nach seinem Amtsantritt Demokratie, praktizierte aber aussenpolitischen Realismus. Erst die Ereignisse in Ägypten und Libyen bewogen ihn zum Umdenken. Signalisiert das eine grundsätzlich neue Haltung?

Wohl nicht ganz. Die Welt und der Mittlere Osten sind zu kompliziert für saubere Strategien. Die Verteidigung und die Förderung amerikanischer Werte sind eine schöne Sache. Doch es brodelt genau dort am stärksten, wo sich die ideologischen und geostrategischen Interessen Amerikas überschneiden. Es ist keineswegs klar erkennbar, mit welchen Mitteln diese am besten gewahrt werden. Mit reduzierten Streitkräften jedenfalls nicht.



Ebbe im Budget: Obama bei der Präsentation der neuen Militärstrategie am 5. Januar.

Jetzt aufräumen statt zudecken

Von Christoph Mörgeli

Man wähte sich im Gerichtssaal statt in der «Arena» des Schweizer Fernsehens. Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf persönlich hat Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand einen Freispruch beschert. Er habe sich «keine vorwerfbaren rechtlichen Verfehlungen» zuschulden kommen lassen. So ihr Urteil vor der gesamten Fernsehnation. Die Exekutive spielt Judikative. Ein Angriff auf die Gewaltenteilung. Eine krasse Schwächung der Institutionen. Würde Frau Widmer-Schlumpf bei andern sagen.

Ist sich die Juristin Widmer-Schlumpf bei ihrem voreiligen Freispruch sicher? Wie jetzt feststeht, hat sich Hildebrand am 15. August 2011 mit folgenden Aktien eingedeckt: Roche, Nestlé, Weatherford, Zurich Financial. Zwei Tage später intervenierte die Nationalbank am Devisenmarkt – mit Folgen für den Aktienwert. Seit einer Woche planten Arbeitsgruppen der Nationalbank die Anbindung des Frankens an den Euro. Diese sollte am 6. September 2011 verkündet werden. Was prompt das erwartete Aktien-Feuerwerk auslöste. Hildebrand war Aktien-Insider. Ein Offizialdelikt. Wenn die Zürcher Staatsanwaltschaft III nicht handelt, erfüllt sie den Tatbestand der Begünstigung.

Bankratspräsident Hansueli Raggenbass (CVP) muss jetzt, wie alle übrigen Bankrats-Mitglieder, eine einfache Frage beantworten: War er an Sitzungen der Nationalbank zwecks Währungsanbindung anwesend? Und hat er in dieser Periode aktiv oder passiv mit Devisen oder Wertschriften gehandelt? Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf hat die Devisen- und Aktienspekulationen des Nationalbank-Chefs rechtlich voll gedeckt. Sie sass im Bankrat, als dieser 2004 sein löchriges Eigenhandelsreglement erliess. Deshalb schmückt sie den Insider mit dem Heiligenschein. Sie verantwortet den Bericht der Finanzkontrolle, der angesichts der jetzt bekannten Insidergeschäfte und unwahren Aussagen Hildebrands von nichts als skandalöser Vertuschung zeugt.

«If you want to make enemies, change something.» So hat Hildebrand bei seinem öffentlichen Abgang den US-Präsidenten Woodrow Wilson zitiert. Besser hätte er sich den Satz eingepägt, der als Holztafel auf dem Schreibtisch von US-Präsident Harry S. Truman stand: «The buck stops here.» – «Hier hört das Abwälzen der Verantwortung auf.» Das gilt auch fürs Abwälzen der Schuld auf Gattin Kashya Hildebrand.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Wer ist das schwärzeste Schaf?

Von Peter Bodenmann — Erste Bewährungsprobe für den neuen Bundesrat Alain Berset: Ist wenigstens er ein Politiker?



Ruhigstellung der SVP: SP-Innenminister Berset.

Überakkumulation und Überproduktion sind die siamesischen Zwillinge der Krise des Kapitals. Kapital muss deshalb zerstört werden. Oder wie es die *Wirtschaftswoche* voll Bedauern für ihre Leser feststellt: «Was bleibt, ist der Zugriff auf die Konten der Sparer durch Regulierung, niedrige Zinsen und Inflation.» In dieser Krise können kleine, produktive Länder mit eigener Währung unterschiedliche und unterschiedlich erfolgreiche Wege gehen.

Dänemark hat eine eigene Währung. Dänemark hat – im Gegensatz zur Schweiz – die Krone an den Euro gebunden. Erfolgreich. Weil niemand gegen die Nationalbank eines kleinen, erfolgreichen Landes eine Chance hat, wenn die Notenbankchefs nur entschlossen genug sind. Steigen in Dänemark die Zinsen? Der dänische Staat konnte in den letzten Wochen Geld zu negativen Zinsen aufnehmen.

Bis 2009 verteidigte die Schweizer Nationalbank einen festen unteren Wechselkurs. Höchst erfolgreich. Sie gab aus bis heute unerklärten Gründen dieses erfolgreiche Konzept auf.

Zuerst kauften Hildebrand und Co. konzeptlos fremde Währungen, um dann – unter dem Druck der SVP – die Hände in die Hosentaschen zu stecken. Im Gegensatz zu Dänemark wurde die eigene Währung ein Spielball der weltweit tätigen Devisenspekulanten jener Schweizer Grossbanken, die der Staat Schweiz eben erst vor dem Konkurs gerettet hatte.

Wer hat der Schweiz mehr geschadet, Christoph Blocher oder Philipp Hildebrand?

Erst bei der Parität von Franken und Euro handelte die Nationalbank. Und setzte eine explizite, wenn auch zu tiefe Untergrenze fest. Erst bei der Parität von Franken und Euro forderte Christoph Blocher einen Euro-Kurs von Fr. 1.30. Weil Krieg sei. Beide sind schwärzeste schwarze Schafe.

Im Bundesrat sassen Ende 2011 keine Politiker. Deshalb liess der Bundesrat den Fall Hildebrand nicht korrekt durchleuchten. Und tappte unbeholfen in die Blocher-Falle.

Der Bundesrat müsste schnell das folgende tun: Erstens: Wahl von Thomas Jordan zum SNB-Präsidenten. Zweitens: Wahl von Klaus W. Wellershoff zum Nachfolger von Thomas Jordan mit dem impliziten Auftrag, den Euro-Kurs auf mindestens Fr. 1.35 anzuheben. Drittens: Wahl des SVP-Mannes und Bundesratskandidaten Jean-François Rime zum Nachfolger des unfähigen Hansueli Raggenbass. Zwecks Ruhigstellung der SVP. Viertens: Wahl von Dick Marty zum eidgenössischen Whistleblower-Ombudsmann mit weitgehenden Kompetenzen.

Haben wir mit Alain Berset wieder einen Politiker im Bundesrat? Die nächsten Tage werden es zeigen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Konkurrenz unter Kollegen

Von Kurt W. Zimmermann — Unsere Journalisten wollten Philipp Hildebrand schonen. Die Wahrheit interessierte darum weniger.

Um die Entwicklung um Philipp Hildebrand zu verstehen, müssen wir etwa vier Monate zurückblenden. Die UBS hatte damals ihren Betrugsfall in London. UBS-Chef Oswald Grübel konnte nichts dafür. Dennoch fordernten die Journalisten heftig seinen Rücktritt.

Nationalbank-Chef Hildebrand konnte viel dafür. Auf seinem Konto wurden Dollarspekulationen getätigt. Er kaufte Aktien von Roche, Nestlé und vom Erdöl-Zulieferer Weatherford, also nur Aktien von Firmen, die enorm dollarsensitiv sind. Mit Ausnahme von *Berner Zeitung* und *Weltwoche* forderten die Journalisten keinen Rücktritt.

Die zwei Fälle führen uns zur Frage, wann Journalisten aggressiv werden und wann nicht.

Wichtig ist zuerst einmal der Sympathiewert des potenziellen Abschussopfers. Bei Oswald Grübel, der «Verkörperung des Casino-Kapitalismus» (*Blick*), war dieser Wert tief. Also drohten sie auf ihn ein. Ähnlich aversiv motiviert waren die Rücktrittskampagnen gegen Post-Präsident Claude Bégli, Armeechef Roland Nef und Bundesanwalt Erwin Beyeler.

Hildebrand hingegen war auf den Redaktionen beliebt. Seine Popularität war primär darin begründet, dass er von der SVP mehrfach angegriffen worden war.

Darum wollten die Medien Hildebrand schonen. Sie gingen nicht in die Tiefe. Sie recherchierten nicht, dass es rund um unsere Währung unfassliche Ungereimtheiten gab. Seit Anfang 2011 spekulierten die Hedge-Funds von London bis New York massiv in Schweizer Franken. Sie waren *short*, spekulierten also auf einen schwächeren Euro und Dollar und einen stärkeren Franken. Vor der Franken-Anbindung durch die Nationalbank haben Hunderte von Hedge-Funds ihre Short-Positionen auf einen Schlag glattgestellt und ihre Franken-Depots abgebaut. Einen solch unglaublichen Zufall gibt es in der Finanzindustrie nicht. Der Markt hat womöglich gewusst, dass selbst die Familie des Schweizer Nationalbank-Chef Dollars gekauft hatte.

Wer war das Leck? Wir wissen es nicht, sondern weisen nur darauf hin, dass viele Hedge-Funds-Manager Kunstsammler sind.

Damit wären wir beim Thema der Konkurrenz in den Medien. Im Grunde gibt es unter unseren Zeitungen keine Konkurrenz im kaufmännischen Sinne. Leser wechseln kaum je vom *Tages-Anzeiger* zur *NZZ* oder von der *Berner Zeitung* zum *Bund*. Darum geht es beim Wettbewerb um Leser nicht primär um Marktanteile. Es geht um Inhalte. Man will besser



Antireflex: Hildebrand.

sein als die Konkurrenz. Der Konkurrenzkampf findet weniger in den Kassen als in den Köpfen statt. Dadurch ist er stark emotionalisiert und von Animositäten geprägt.

Damit kommen wir zur *Weltwoche*. Ich bin hier ein freier Mitarbeiter und in keiner Weise angestellt. Ich kann das Blatt also nüchtern von aussen betrachten.

Die *Weltwoche* ist bei vielen Journalisten verhasst. Der Grund liegt einmal darin, dass sich hier ein früherer, gewöhnlicher Journalistenkollege zum Besitzer aufschwingen konnte. Zum Zweiten ist die *Weltwoche* das einzige Blatt des Landes, das seit Jahren auch SVP-Positionen bezieht. Nur sechs Prozent der Journalisten schätzen die SVP.

Aus diesem Grund hatte es die *Weltwoche* immer schwer, den Sukkurs der Medienkollegen zu bekommen. Gegen die Missstände im Zürcher Sozialwesen kämpfte sie jahrelang allein, bis Stadträtin Monika Stocker endlich zurücktreten musste. Ihr Angriff gegen die St. Galler Neo-Ständerätin Karin Keller-Sutter fand keine Resonanz, obschon die Story reizvoll war. Bei Hildebrand zeigte sich derselbe Antireflex.

Eine Kolumne darf auch mal mit einem naiven Wunsch enden. Hört auf, Kollegen, mit diesen idiotischen Rivalitäten. Geht der reinen Wahrheit nach, bei Blocher genauso wie bei Hildebrand.

800 000 Franken für «Rookie» und Co

Von Florian Schwab

Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes feiert ihr zehnjähriges Bestehen mit einer schönen Sause: 800 000 Franken möchte die Behörde anlässlich des «Internationalen Tags der Eliminierung jeder Rassendiskriminierung» verschenken, der 1966 von der Uno ausgerufen wurde und jährlich am 21. März stattfindet. 300 000 Franken sollen für Schulprojekte und 500 000 für nichtschulische Projekte verteilt werden.



Sieht man die von der Kommission im vergangenen Jahr geförderten Projekte an, dann stösst man beispielsweise auf Ausgaben von 33 000 Franken für «Rookie». So heisst das «Forumtheater Programm zur Förderung der Integration und zur Vorbeugung von Diskriminierung und Rassismus unter Berufsfachschülern/-innen». (Auch die befreundete Fachstelle für Gleichstellung dürfte sich über das «-innen» im Namen des Projektes besonders freuen.) «Rookie» wird von der Theatergruppe Maralam aufgeführt, die «selber multikulturell zusammengesetzt» ist. Sie spielt alltägliche Szenen aus dem Schulleben, in denen Konflikte zwischen den Kulturen sichtbar werden. Neben dem Erheben des moralischen Zeigefingers wird aber auch Heiteres unterstützt. So wurden 400 Franken an die Volksschule Lenk ausgeschüttet, für die «Aufführung des Kindermusicals «Pepino» als Abschluss des Schuljahres».

Mit etwas Kreativität, einem fetzigen Namen («Rookie» und «Pepino» sind der Masstab) ist der Geldsegen so gut wie gewiss. Um die «Expertenkommission» zu beeindrucken, müssen nur noch «die Teilnehmer veranlasst werden, sich mit den eigenen Werten und Verhaltensmustern gegenüber dem «Anderen» und «Fremden» auseinanderzusetzen». Ebenfalls sollen die «Machtbeziehungen, die Rassismus und Diskriminierung zugrunde liegen, sichtbar gemacht und hinterfragt werden». Es kann also vermutlich nicht schaden, sich im Antrag betont links zu geben.

Der Nutzen solch moralisch aufgeladener Aktionen auf Kindergartenniveau ist fraglich. Ausser den «Pepino»- und «Rookie»-Darstellern und der Anti-Rassismus-Industrie selbst lässt sich wohl niemand davon beeindrucken. Insbesondere kein angehender Rassist, sofern es ihn denn gibt.

«Der *Weltwoche* ist zu gratulieren, dass sie die Devisengeschäfte im SNB-Direktorium aufs Tapet gebracht hat.» *Christian Walther*



«Unter keinen Umständen solche Geschäfte betreiben»: der abgetretene SNB-Präsident Hildebrand.

Wichtiger Schritt in die richtige Richtung
Nr. 1 – «Spekulant Hildebrand»; Urs Paul Engeler über den Präsidenten der Nationalbank

Bei Einbezug der Moral kann man nicht «den Fünfer und das Weggli» haben. Einerseits das Renommee des Präsidenten der SNB-Geschäftsleitung – mit absolut grosszügigem Salär – und andererseits die doch latent vorhandene Absicht, eine weitere Einnahmefähigkeit aus der Ausübung der staatlichen Tätigkeit bzw. durch den exklusiven Informationsbesitz zu erschliessen. Herr Hildebrand war als *benral banker* nicht unentbehrlich, sondern ersetzbar. Der *Weltwoche* ist zu gratulieren, dass sie die Devisengeschäfte im SNB-Direktorium aufs Tapet gebracht hat, damit der Bankrat gezwungen wurde, die organisatorischen Schwachstellen zu beheben.

Christian Walther, Dornach

«Der Feind meines Feindes ist mein Freund» bestätigt sich für den Grossteil der Presselandschaft im Fall Hildebrand. Und da Nationalrat Blocher diesen Skandal ins Rollen brachte, gibt's gar kein Halten mehr. Nach Hildebrands Pressekonferenz wird dessen Frau ihren Mann kaum mehr wiedererkannt haben, so weiss wurde dieser von den Medien gewaschen. Sie selber wurde vermutlich auch ziemlich bloss, als sie die Mail ihres Mannes an den Bankberater und sie erhielt: «Lieber Felix, liebe Kashya, aus Gründen der Compliance (interne Kontrolle) seid ihr künftig nicht mehr berechtigt,

Devisentransaktionen auszuführen...» Devisengeschäfte des Nationalbankpräsidenten, der den Wert der Devisen selber direkt beeinflussen kann, sind sicher das Allerletzte, was dieser tun sollte, ob (geheim-)reglements-konform oder nicht. Und sofort fragt man sich, wie seine Direktionskollegen ihr Insiderwissen unter Kontrolle hielten. Mit welcher Intensität die Überbringer der schlechten Nachricht nun über Wochen geprügelt werden, erstaunt und weckt Misstrauen. *Stephan Amacker, Neftenbach*

Die Schweiz hätte gut daran getan, einen solch fähigen Nationalbankpräsidenten nicht zu verlieren. Philipp Hildebrand ist international sehr gut vernetzt und führte die Nationalbank solide durch die schwierige Zeit der Frankenstärke. Doch auch er ist schlussendlich nur ein Mensch, der Geschehnisse besser hätte machen können. Aber er ist hingestanden und hat das Missverständnis zwischen ihm und seiner Frau erklärt und einen Fehler zugegeben.

Jann Kessler, Felben-Wellhausen

Seit Tagen hört und liest man immer wieder von Hildebrand und seinen Insidergeschäften. Nicht nur Hildebrand ist ein Beispiel dafür, wie man aus einer privilegierten Position persönliche Vorteile ziehen kann. Auch Guttenberg, Zuppiger oder Wulff haben uns gezeigt, wie man trotz (oder gerade wegen) Täuschungen und Lügen Karriere machen oder finanziellen Nutzen erzielen kann. Wenn diese Herren kein Unrechtsbewusstsein für ihr Ver-

halten entwickeln, wie soll das denn der einfache Schüler tun, der beim Abschreiben erwischt wird? Sie bekleiden höchste Ämter im Staat und in der Wirtschaft und sollten daher als Vorbilder dienen, erlauben sich aber immer wieder ungeheuerliche oder zumindest höchst fragwürdige Taten. Trotzdem würden sie aus eigenem Antrieb ihren Sessel niemals räumen. Gut, dass es in diesen Fällen eine aufmerksame Presse gibt, die dieses Tun aufdeckt, beharrlich nachhakt und Druck ausübt, bis alle Fakten auf dem Tisch liegen. Ich als junge Gymnasiastin frage mich, welchen Führungspersonen oder Institutionen man noch trauen kann. Es bleibt nur die Hoffnung, dass durch diese Beispiele ein Lernprozess in Gang gesetzt wird.

Davia Breitenmoser, Frauenfeld

Natürlich ist das Blocher-Köppel-*Weltwoche*-Bashing eine bequeme Ablenkung. Aber der wahre Grund, warum Blocher und die *Weltwoche* so verhasst sind, liegt tiefer. Die Oberschicht hält fest zusammen. Blocher, als Milliardär, hat seine Kaste verraten. Zwar hätte er zu Wahlkampfzeiten den *Polteri* markieren dürfen, aber wie bei all den andern Oberschichtlern, Aufgestiegenen und Möchtegernaufsteigern sollte sich dies auf Wahlkampftheater beschränken. Die direkte Demokratie verteidigen, das geht den Oberkreisen zu weit. Wo kommen wir hin, wenn das Volk, nach braver Stimmabgabe, sich dann noch einmischt! Und die *Weltwoche* lässt die Stocker, Keller-Sutter... und jetzt Hildebrand nicht einfach gewähren. Einmal oben, will niemand zurück. Und auf die grünen und roten Revoluzzer zu setzen, ist verlorene Mühe. Alle Revolutionen haben gezeigt, dass die neuen Machthaber es sich sofort auf den bequemen Sesseln der eben Gestürzten recht bequem machen. Bleibt nur die Hoffnung, dass genug Menschen Publikationen wie die *Weltwoche* stützen, damit die Bäume der allzu Ehrgeizigen nicht in den Himmel wachsen. *N. Frantz, L-Bergem*

Es ist eine ausgemachte Katastrophe. Ein Notenbank-Chef darf doch unter gar keinen Umständen Devisengeschäfte in diesem Umfang betreiben. Ein klarer Insiderfall. Schwerwiegend. Eigentümliche Reglemente, Kniffe und Ausreden, Abwälzen auf die Ehefrau (ganz mies) hin oder her. So etwas macht man nicht. *Dr. Erwin Mächler, Rebstein*

Jedem, der über gesunden Menschenverstand verfügt, sollte klar sein, dass die Devisengeschäfte der Familie Hildebrand ein Skandal sind. Die *Weltwoche* sah es richtig. Leider geht es den anderen Medien hierzulande nur darum, die SVP fertigzumachen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Hildebrand hat gegen die geltenden Richtlinien verstossen. 0,5 Millionen Dollar zu kaufen, hatte nichts mit Bestreitung des Lebensunterhalts zu tun.

Auch hätte Herr Hildebrand noch vor seinem Entscheid die Möglichkeit gehabt, die Transaktion rück abzuwickeln. Wie das immer ist, muss man einen allfälligen Gewinn einfach abgeben. Ich habe zwanzig Jahre bei der Credit Suisse gearbeitet und weiss, wie das läuft.

Michael Koller, per E-Mail

Die seltsame Verlagerung der Schuldfrage vom Täter auf das Nebengleis des Informanten kann nur mit politischer Befangenheit begründet werden. Das ist doch etwa so, als wenn ein Täter einen Freispruch erhielte und dafür der Hersteller des Revolvers verurteilt würde. Die fast rührende Eintracht des Ehepaars Hildebrand machte die angebliche Verweigerung der gewinnbringenden Insiderinformation zur blossen Schutzbehauptung. Das war, als hätte ein Bankfachmann seine Ausgangskleidung selbst zurechtgeschneidert, ohne dabei den Rat seiner Frau, einer gelernten Damenschneiderin, einzuholen. *Hansueli Bleiker, Morschach*

Seit vielen Jahren geht von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) Unrecht aus. Als ich es wagte, die unzumutbare und fehlerhafte Anlagepolitik der SNB zu kritisieren, kostete mich das meine langjährige Stelle bei der UBS als Strategie-Analyst. Vor einem Jahr lancierte ich die Volksinitiative «Unsere Nationalbank gehört uns allen!». Ich wollte die Öffentlichkeit aufrütteln. Ich zeigte auch, dass das Notenbank-Direktorium Eigenkapital und Fremdkapital der SNB miteinander verwechselt und nur so die Euro-Untergrenze rechtfertigen kann (siehe Vortrag von SNB-Direktionsmitglied Jordan vor der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel). Die Druckpresse mauerte – ein unglaublicher Filz! Ich informierte den Bundesrat und den SNB-Bankrat – erfolglos. Ich sprach diesbezüglich auch auf Tele Basel. Zuletzt blieb nur noch eines: Ich betete: «Lieber Gott – bitte zertrümmere diese Nationalbank – lasse keinen Stein auf dem andern – nicht aus Rache, sondern aus dem Wunsch heraus, dass die SNB endlich einsichtig werde und Platz für Neues entstehen kann – zum Segen für die Schweiz und Europa.» Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist jetzt auch dank der *Weltwoche* geschehen! *Marc Meyer, Riehen*

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass nicht das hildebrandsche Konstrukt als solches lähmt, sondern die Art und Weise, wie Bürgern der Verfall ethischer Normen geradezu schmackhaft gemacht werden soll. Es bedürfte eigentlich keines Kommentars mehr, wären da nicht die Urteile jener Politiker, die von einem Defizit an genauer Beobachtung und Analyse zeugen. *Guido Nussbaumer, Basel*

Die Medien haben ein trauriges Spektakel abgeliefert. Sie haben ihren Erzfeind Christoph Blocher als massgeblichen Informanten verur-

teilt und die hochbrisante Staatsaffäre Hildebrand vorerst zu einer politischen Affäre Blocher umfunktioniert. *Urs Amrein, Küttigen*

Mit dem Rücktrittsentcheid von Philipp Hildebrand kann ich sehr gut leben. Denn sein Gewissen konnte nicht mehr mit den umstrittenen Devisentransaktionen in Einklang gebracht werden. Es ist gut so! Sonst wäre dieser Mann für 2012 noch als «Schweizer des Jahres» nominiert worden! Dann wäre Hildebrand auf der gleichen Tafel wie unsere Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf 2008 – am Mittelpunkt der Schweiz auf der Aelggi Alp in Obwalden Danke den Leuten, die diesen Fall gelöst haben! *Johann Lütolf 6330 Cham*

Ich habe kein Verständnis für Ihre Artikel betreffend Herrn Hildebrand. Es befremdet mich, wie heute die Presse mit Personen umgeht, und in diesem Fall nicht nur mit der Person Hildebrand, sondern auch mit dem Ansehen der Schweiz. Sie und nicht Herr Hildebrand schaden dem Image unseres Landes. *Evelyne Walder, Wil*

Der Rücktritt von SNB-Präsident Hildebrand ist bedauerlich, aber wurde wohl unvermeidlich. Was ich nicht begreifen kann: Warum hat er als versierter Bank- und Finanzprofi nicht schon früher veranlasst, dass die privaten Bankkonten von ihm und seiner im Kunsthandel tätigen Gattin klar getrennt wurden? Für mich unverständlich. *Karl Schaer, Küssnacht*

Korrigenda

Wir bedauern, dass uns im Artikel «Spekulant Hildebrand» zwei Fehler unterlaufen sind. Durch ein Versehen wurden aus den 1,173 Millionen US-Dollar (wie aus der Tabelle korrekt zu ersehen ist) 1,733 Millionen US-Dollar. Und der Name des Direktors des Bundesamtes für Justiz, Michael Leupold, wurde leider zu Lüpold verkürzt. Wir entschuldigen uns für die beiden Unachtsamkeiten. *Die Redaktion*

Gegendarstellung

«Der hl. Philipp», Medienkolumne von Kurt W. Zimmermann vom 5.01.2012.

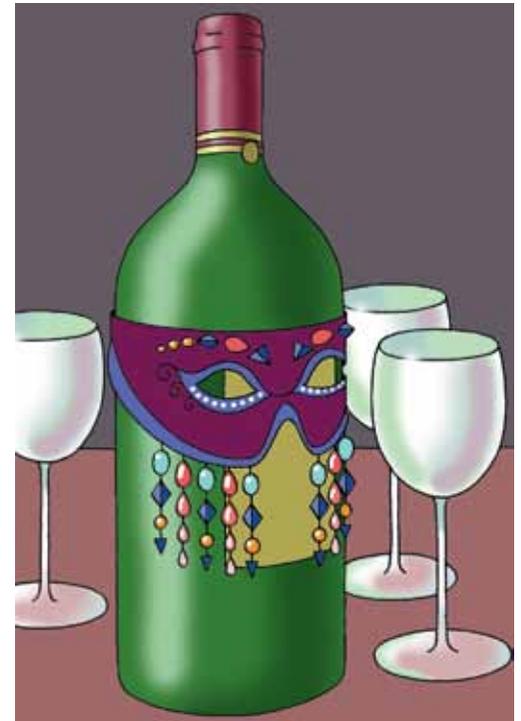
Blick hat vor Veröffentlichung der unbewiesenen Behauptungen des anonymen Whistleblowers in der Dollar-Affäre weiterrecherchiert. *Blick*-Reporter haben zu keiner Zeit Arbeitsverweigerung betrieben. Die gegenteiligen Behauptungen der *Weltwoche* treffen nicht zu.

Ralph Grosse-Bley, Chefredaktor Blick

Die *Weltwoche*-Redaktion hält an ihrer Darstellung fest.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man für ein feines Nachtessen mit eingeladenen Gästen einen guten, aber günstigen Aktionswein von Denner auftischen?

Walter Bieri, Bärswil

Grundsätzlich dürfen Sie alles! Sie können Ihren Gästen auch einen billigen Lambrusco auftischen und eine abenteuerliche Geschichte von Ihrem letzten Ferienaufenthalt in der Emilia-Romagna mit dem Hobby-Winzer Giovanni Ravioli erzählen, der die Trauben dieses Weines mit seinen Füßen gestampft und den schäumenden Fusel eigenhändig verkorkt hat. Wenn Ihnen Ihre Gäste allerdings etwas bedeuten, würde ich von solchen Ideen Abstand nehmen. Selbst wenn der Tropfen wirklich gut ist, könnte der Denner-Aktionswein doch sehr missverstanden werden. Schliesslich geht es bei Einladungen auch um die Wertschätzung, die Sie einem Gast entgegenbringen. Deshalb schlage ich vor: Kredenzen Sie einen noblen Roten aus einem klassischen Weinbaugebiet, oder lassen Sie sich bei einer renommierten Weinhandlung ein preiswertes, aber schmackhaftes Gewächs empfehlen.

Philipp Schwander, Master of Wine

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Von Hildebrand zum Flächenbrand

Nach der letzten Verteidigungsrede hat Philipp Hildebrand alles zugegeben, was ihm vorgeworfen wird. Nun müssen Bankrat, Revisoren, Chefbeamte und die Bundespräsidentin Rechenschaft ablegen. Haben sie versagt, oder spielten sie mit? *Von Urs Paul Engeler*



Lächelnd abgetaucht: Ex-SNB-Präsident Hildebrand bei der Medienkonferenz letzten Donnerstag.

Philipp Hildebrand, bis Montagmittag Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB), hat den Ausgang doch noch erwischt. Bedauerlich ist einzig, dass er erst nach seinem letzten Auftritt und dem lächelnden Abtauchen mit der Wahrheit herausrückte. Die E-Mails, die er – wohl um einer Publikation auf anderem Wege zuvorzukommen – auf dem Portal der SNB schliesslich veröffentlichte, bestätigen alles, was die *Weltwoche* ihm vorgeworfen hat: Es war Hildebrand selbst, der mit seinem Kundenberater Felix Scheuber, Vizedirektor der Bank Sarasin & Cie, am 15. August 2011 eine ausführliche Lagebesprechung führte. Sie sprachen nicht nur über private Anlagemöglichkeiten, sondern (was mindestens so brisant ist) auch explizit über die Entwicklung der Devisenmärkte («world financial markets in general and the equity/currency markets in particular»).

Kundenberater Scheuber, der das Reglement über die Eigengeschäfte der SNB-Direktoren kennt und Hildebrand aus Gründen eines Interessenkonflikts vor Investitionen in Versicherungen warnt, hält nach dieser Aussprache gleichentags schriftlich fest:

— Philipp Hildebrand verzichtet weiterhin darauf, ein von der Bank nach eigenem Ermessen geführtes Portfolio zu eröffnen. Der SNB-Chef hat einen Management-Vertrag, der seit längerem vorliegt, nicht unterschrieben; er will seine Transaktionen selbst vornehmen.

— Frau Hildebrand interessiert sich für den Kauf von Put-Optionen auf Gold.

— Philipp Hildebrand möchte 20 000 Dollar auf das Konto seiner Tochter überweisen.

— Philipp Hildebrand beabsichtigt («consider»), seine Dollar-Position bei der Bank zu erhöhen; den genauen Betrag werde dann seine Frau festlegen.

— Kashya Hildebrand legt anschliessend die Summe von 400 000 Franken fest – das entspricht knapp einem halben Jahreslohn Hildebrands. So weit nehmen die Geschäfte – Hildebrand kauft nebenbei auch noch fünf Aktienpakete – ihren üblichen Verlauf (siehe Dokument-Ausriss, S. 20).

Hildebrands Absicherungs-Konstrukt

Am 16. August erkennt Hildebrand die Brisanz der Geschäfte. Er entwickelt ein Absicherungs-konstrukt, spielt den Erstaunten und schreibt seinem Berater, er habe nie mit ihm über eine Erhöhung des Dollar-Kaufes gesprochen («we never discussed any dollar purchases yesterday»).

Dies wiederum bringt Scheuber sichtlich in Rage. Er hält in seinem Rückmail unmissverständlich fest, er habe mit Hildebrand persönlich am Vortag über die Dollarkäufe gesprochen, und zwar in dem Sinne, dass dieser sie

ausdrücklich gutheisse («I also remember you saying in our yesterday's conversation that if Kashya wants to increase the dollar exposure it is fine with you»).

Hildebrand selbst präsentiert den Kauf dem Leiter des internen Rechtsdienstes, Hans Kuhn. Der Untergebene Hildebrands sieht zwar keinen «Handlungsbedarf», hält aber kritisch fest, dass es keine Wiederholung eines solchen Deals geben dürfe.

Rechtlich ist zwar unerheblich, wer letztlich den Auftrag erteilt hat. Verantwortlich ist und

Beide Instanzen wollten das lästige Problem unter den Teppich kehren.

bleibt Hildebrand. Doch die Fakten widersprechen allen Versionen, die er den Medien im Verlauf der letzten Tage aufgetischt hat: Er billigte den Kauf vor und nach der Ausführung.

Die Persilscheine der Behörden

Welche Konsequenzen die Offenlegung des Mail-Verkehrs für die Bank Sarasin haben wird, die am Freitag Hildebrands falsche Darstellung des Sachverhalts in einer Mitteilung bekräftigte und dessen in sich zusammenstürzendes Konstrukt weiter stützte, wird die angelaufene Untersuchung der Finanzmarktaufsicht (Finma) zeigen. Immerhin wurde Vize-Direktor Scheuber durch diese verfehlte Strategie gezwungen, seine Aussage am 9. Januar nachträglich zu dementieren und zu «bestätigen», dass Kashya Hildebrand den Dollar-Kauf «aus eigener Initiative» getätigt habe.

Philipp Hildebrand ist Geschichte. Erstaunlich bleibt allein, dass sein Rücktritt erst am 9. Januar 2012 erfolgt ist und nicht bereits am 23. Dezember 2011. Denn bereits zu diesem Zeitpunkt, als die Aufsichtsgremien der Medienmitteilung (alles «Gerüchte», alles «haltlos») versandten, lagen derart viele, ernstzunehmende Indizien vor, dass eine peinlich genaue und wirklich unabhängige Untersuchung sich aufdrängte. Entweder wollten der Bankrat, das Aufsichtsgremium der SNB-Direktoren, und der Bundesrat, die Wahlbehörde, der Sache nicht auf den Grund gehen und sie verwedeln (das wäre eine Pflichtverletzung); oder sie liessen sich durch rasch gefertigte Berichte abspeisen (das wäre Fahrlässigkeit). Auf jeden Fall erweckt das Communiqué den Eindruck, dass beide Instanzen das lästige Problem unter den Teppich kehren wollten. Auskünfte wurden verweigert.

Den ersten Persilschein, auf den die Aufseher sich ebenso leichtfertig wie gerne abstützten, stellten zwei Wirtschaftsprüfer der Revisionsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers (PwC) aus. Gemäss Bericht hatten sie Einblick in den Mail-Verkehr, den die SNB nun publiziert hat; Kundenberater Scheuber wurde nicht befragt.



Verschleierung: Hansueli Raggenbass.



Unbedingtes Vertrauen: Widmer-Schlumpf.



Persilschein: PwC Schweiz-CEO Neuhaus.

Obwohl aus den Dokumenten hervorgeht, dass der SNB-Chef die Verantwortung für den Kauf der Dollars trägt, schreibt das Revisoren-Duo: «Die Transaktionen unter No. 2 [Kauf vom 15. August, die Red.] wurden direkt durch die Ehefrau bei der Bank veranlasst. Davon hatte PMH [Philipp Michael Hildebrand, die Red.] gemäss den uns vorliegenden Unterlagen einen Tag nach der Durchführung Kenntnis erhalten. Aus dem uns vorliegenden E-Mail-Verkehr geht hervor, dass PMH keine Kenntnis von dieser Transaktion hatte.» Dass dies falsch ist, kann nun auch mit offiziellen Belegen nachgewiesen werden. Inzwischen allerdings distanziert sich PwC von der eigenen Vollständigkeitserklärung und macht damit das entlastende Gutachten selbst zur Makulatur.

Unwahrheiten bis zuletzt

Die Glaubwürdigkeit von PwC, deren Chef Markus R. Neuhaus den ehemaligen SNB-Präsidenten vom noblen Rotary-Club Zürich her bestens kennt, ist erschüttert. Aus diesem Grund hat der Bankrat als erste Korrekturmassnahme beschlossen, weitere Überprüfungen nicht mehr PwC, sondern andern Firmen anzuvertrauen. Gleichwohl droht die Gefahr, dass die Branche der Wirtschaftsprüfer Schaden nimmt oder bereits Schaden genommen hat.

Selig bis süffisant lächelnd, sass am Donners-

Raggenbass beteiligte sich an der Fortsetzung dieser Manöver.

tagabend Hansueli Raggenbass, der Präsident des Bankrats, neben Hildebrand, als dieser seine grosse Selbstverteidigungsshow abzog. Er hörte sich dessen neuste (unzutreffende) Erklärung an, die der (ebenfalls falschen) PwC-Version diametral widersprach. Er duldet also einen offensichtlichen Widerspruch.

Wörtlich und wider besseres Wissen erklärte Hildebrand: «Es erscheinen auf dem Bankauszug zwei Geschäfte zum gleichen Kurs (484 477.24 US-Dollar gegen 384 142 Franken sowie 20 000 US-Dollar gegen 15 858 Franken; insgesamt 400 000 Franken), weil ich ein Unterkonto für unsere Tochter eingerichtet habe; dieses wurde aufgrund meiner Instruktion mit 20 000 US-Dollar alimentiert. [...] Die grosse Transaktion hat meine Frau, die für meine Konten stets eine Vollmacht hatte, am 15. August 2011 ohne mein Wissen um 13.20 Uhr mit E-Mail an unseren Kundenberater bei der Bank Sarasin in Auftrag gegeben [Hervorhebungen durch die Redaktion].»

Diese eklatante Widersprüchlichkeit zwischen dem PwC-Bericht (beide Transaktionen durch die Frau) und Hildebrands Konstruktion (nur eine Transaktion durch die Frau) hat jedem, der den Fall studierte, die Augen geöffnet, dass die in munterer Abfolge wechselnden

Versionen und Varianten nur Elemente einer Taktik der Verschleierung sein konnten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Alt-CVP-Nationalrat aus dem Thurgau die Reissleine ziehen und das unwürdige Versteckspiel beenden müssen. Statt dieser seiner Pflicht nachzukommen, beteiligte sich Raggenbass an der Fortsetzung dieser Manöver. Wer die Mitteilung vom 23. Dezember (verantwortet von Raggenbass und seinen zehn Mitaufsehern nochmals in aller Ruhe durchliest, wird gewahr, dass er vom Bankrat während mehr als zwei Wochen systematisch in die Irre geführt wurde.

Bankrat zwingt Hildebrand zum Abgang

Die gleiche Schuld tragen Bundesrat und Chefbeamte des Bundes. Kurt Grüter, der Chef der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), und dessen Vize Michel Huissoud wurden von der damaligen Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) beauftragt, die den brisanten Vorwürfen auf den Grund gehen wollte. Die beiden Beamten hatten gemäss eigenen Angaben ebenfalls Einblick in den Mail-Verkehr und stellten Persilschein Nummer zwei aus. Nach der Publikation der Originaldokumente erweist sich auch dieser amtliche Bericht als selektives Papier ohne Wert. Der Befund, dass der oberste Finanzprüfer des Bundes vernebelnde Erklärungen unterzeichnet, ist noch gravierender als das Versagen der privaten

Hildebrand erwiderte kühl, er werde von Widmer-Schlumpf protegiert.

PwC. Die Firma kann man auswechseln, die Institution EFK nicht.

Eveline Widmer-Schlumpf (BDP), Finanzministerin, Bundespräsidentin und während Jahren Bankrätin, hat Philipp Hildebrand noch am Freitagabend, als all die präsentierten Widersprüche bereits zum Himmel dampften und honorige Persönlichkeiten den Notenbank zur Abdankung drängten, in der «Arena» des Schweizer Fernsehens ihr unbedingtes Vertrauen ausgesprochen. Selbst als am Samstag der Bankrat Hildebrand zum Rücktritt zwingen wollte, erwiderte dieser kühl, er werde von Widmer-Schlumpf protegiert. Erst als die elf Räte dem Bundesrat mitteilen liessen, er stehe vor der Entscheidung, einen neuen Präsidenten oder elf neue Aufsichtsmitglieder wählen zu müssen, gab das Gespann Hildebrand/Bundespräsidentin auf. Widmer-Schlumpf war Mitspieler bis zuletzt.

Im Internet

Hildebrands E-Mails: <http://www.snb.ch/de/mmr/reference/pre.20120109.3/source/pre.20120109.3.de.pdf>
 SNB-Mitteilung vom 23.12.: <http://www.snb.ch/de/mmr/reference/pre.20111223/source/pre.20111223.de.pdf>

Dokumente

«Wir sprachen über die Finanzmärkte»

E-Mails und Notizen, die am Montag veröffentlicht wurden, beweisen, dass Hildebrand alles wusste und die Fäden zog.

Hildebrand, Philipp	Contact Date	15.08.2011 14:51:33
geScheuber Felix 2730265	Contact type	Visit Out
	Attendee	
Review - update		

– review of accounts / portfolio

– we discussed world financial markets in general and the equity/currency markets in particular; there is still no desire to implement a discretionary managed portfolio (signed PM mandate to be still kept on hold)

– instead, and in order to benefit from the current low prices, he wants me to

a) buy the following equities: Roche, Nestle & Weatherford (for CHF25k each) for his main account and CHF10k each of Nestle and Weatherford for his daughter Natalia's new sub-acc.

b) buy USD20k from his CHF-acc. and transfer it to also to the new Natalia sub-acc.

c) consider increasing his USD-exposure but he would leave it up to his wife Kashya to so decide.

Later on I visited Kashya at her office and she was very keen to do this. We eventually agreed that she e-mails me her wish (see below)

– I brought to his attention

a) the current attraction of subordinated insurance bonds and for which we are going to launch a new fund which is being managed by Twelve Capital AG, their CEO used to be head of ILS at Horizon21, the owner (R.M.Fray) of which he used to know very well. I left him with a research paper "Credit Focus" for his perusal but he said that he has no time whatsoever to deal with this and asked me to speak to Kashya on this in more detail (which I then did & I left her some literature on it which she promised to read....., but did not seem to like the idea)

– I also left him fact sheet & flyer of one of our flagship fund Sarasin Global Sar-III D A which is also available in CHF and which may well fit into the new "Natalia pension portfolio". Despite the recent market turbulence this fund has done reasonably well.

– Kashya mentioned that she may look at buying Put options on Gold soon, i.e. when the time is right.....

– I invited him to "Christie's Dinner" at the Dolder Grand on 24th November 2011 and asked him to

Ausführliche Lagebesprechung am 15.8.2011: Notizen von Hildebrands Bankberater.

Scheuber Felix	BEILAGE NR. 3
From: Scheuber Felix	INGERICHT VON NOBEL & HUG
Sent: Dienstag, 16. August 2011 08:00	
To: Hildebrand Philipp M.	
Cc: Kashya Hildebrand (kashya@kashyahildebrand.org)	
Subject: RE: dollar exposure.....	

Dear Philipp,

I have taken due note of what you say below. Also I am and will be very observant of the current SNB trading rules, a copy of which you handed to me earlier this year.

As regards the actual dollar purchase order: Yes, Kashya yesterday gave me the verbal order, followed by the e-mail later on. I also remember you saying in our yesterday's conversation that if Kashya wants to increase the USD exposure then it is fine with you.

From: Hildebrand Philipp M. (mailto:pmh@snb.ch)
Sent: Dienstag, 16. August 2011 07:36
To: Scheuber Felix
Cc: 'Kashya Hildebrand'; Kuhn Hans
Subject: RE: dollar exposure.....

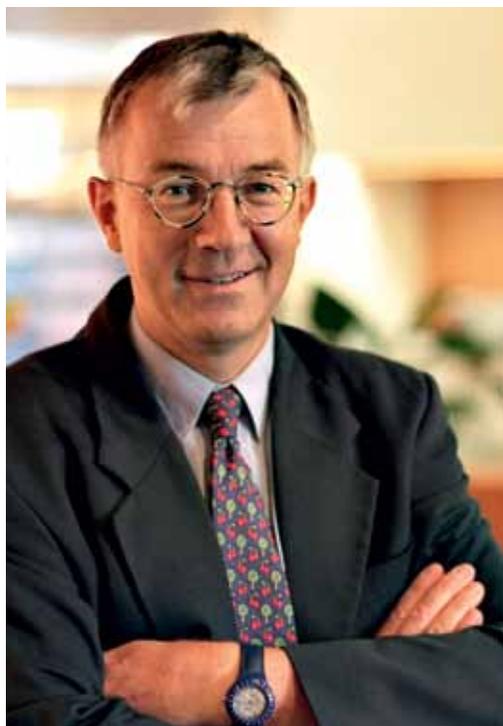
Dear Felix, Dear Kashya

Thank you for the equity orders and the opening of Natalia's sub account as well as the transfers into that account. However, I am surprised reference to a dollar transaction in your email. We never discussed any dollar purchases yesterday. Given Kashya's email response and copy to me, I assume she gave you the order. Please confirm that. I will obviously speak to her as well today. Needless to say, Kashya has full authority on our account. Nonetheless, in the future, for compliance reasons, you are not authorized to execute any currency transactions unless the order

«It is fine with you»: Der E-Mail-Verkehr zwischen Hildebrand und seinem Bankberater beweist, dass der damalige SNB-Präsident von der Dollar-Transaktion gewusst hat.

«Gerüchte erweisen sich als haltlos»

Seit Weihnachten dominiert der Fall Hildebrand die Schlagzeilen. Die Geschichte nimmt wundersame Wendungen. Bis zuletzt bedauern die meisten Zeitungen die Vorwürfe gegen den Nationalbank-Präsidenten und halten ihm die Stange. *Von Christoph Landolt und Andreas Kunz*



«Konto der Frau»: Chefredaktor Müller.

23. Dezember 2011 — Die Pressestelle der SNB veröffentlicht ein rätselhaftes Communiqué: Philipp Hildebrand sei am 15. Dezember über «Gerüchte aus unbekannter Quelle» informiert worden, nach denen er im Zusammenhang mit der Einführung des Franken-Mindestkurses in unzulässiger Weise persönliche Vermögensvorteile erlangt haben soll. Man habe alle Transaktionen der Familie Hildebrand «vertieft» geprüft. Die Mitteilung titelt: «Gerüchte gegen den Präsidenten des Direktoriums erweisen sich als haltlos.»

24. Dezember — Die Zeitungen schreiben die Informationen der Nationalbank fast unverändert ab: «Gerüchte um Hildebrand waren haltlos» (*Basler Zeitung*), «Gerüchte gegen Hildebrand haltlos» (*NZZ*), «Transaktionen Hildebrands waren rechters» (*Tages-Anzeiger*). Einzig der *Blick* fragt: «Stolpert SNB-Chef Hildebrand über seine schöne Frau?» Mitten in der Währungskrise habe Kashya Hildebrand Dollars gekauft, das sei «höchst brisant». Die *Blick*-Journalisten hegen Zweifel an der offiziellen Version des Bankrats, wonach die Angelegenheit abgeschlossen sei: «Wirklich? Ist alles nur dumm gelaufen?»

25. Dezember 2011 — Es ist Weihnachten, der Medienbetrieb ruht, viele Redaktionsstuben

sind leer. Vereinzelt Anfragen zur Höhe von Hildebrands Transaktionen wiegelt die SNB-Pressestelle ab.

In seinem Editorial spurt *Sonntagszeitungs*-Chefredaktor Martin Spieler vor, wie mit dem Fall Hildebrand umzugehen sei. Es sei «eine Tatsache, dass sowohl interne als auch externe Prüfungen ergaben, dass Hildebrand keine Fehler gemacht hat», weiss Spieler.

Auch die *NZZ am Sonntag* hat nichts zu den Gerüchten herausgefunden. Es sei davon auszugehen, dass eine gezielte Attacke auf den

Ein «smarter Macher» mit souveräner Distanz «zur Welt der ungeliebten Bonus-Banker».

SNB-Präsidenten lanciert worden sei, um seine Glaubwürdigkeit zu unterminieren. Zu rätseln gebe der «hohe Detaillierungsgrad an Informationen». Einzige neue Erkenntnis: An seiner ausserordentlichen Sitzung habe der Bankrat Hildebrand das Vertrauen einstimmig ausgesprochen.

31. Dezember 2011 — Seit Weihnachten sind keine weiteren Artikel zum Thema erschienen. Die Journalisten, die nicht in den Ferien sind, kümmern sich um ihre Jahresrückblicke und Prognosen. Der *Tages-Anzeiger* porträtiert Hildebrand fast verliebt als «Rockstar der Euro-Krise». Er wirke «erhaben, seriös und cool» und sei «kein Showman, kein Medien-Zampano, sondern ein smarter Macher, der souverän Distanz markiert zur Welt der ungeliebten Bonus-Banker».

1. Januar 2012 — Zwei Sonntagsblätter verblüffen mit identischen Recherchen: Es sei Blocher gewesen, der den Bundesrat über die Dollar-Deals des SNB-Präsidenten informiert habe. Für die *NZZ am Sonntag* greift Chefredaktor Felix E. Müller persönlich in die Tasten. Es habe zwei Treffen zwischen Blocher und Bundespräsidentin Calmy-Rey gegeben. Auf welchem Weg die Unterlagen über die privaten Konten von Kashya Hildebrand zu Blocher gelangt sind, sei unklar, schreibt Müller. Auf welchem Weg die Informationen zur *NZZ am Sonntag* gelangt sind, schreibt Müller nicht. Weitere Recherchen sind für ihn unnötig, schliesslich gehe es «nur» um einen mittleren fünfstelligen Betrag: «Dafür riskiert kein Zentralbanker der Welt seinen Job.»

Bei der *Sonntagszeitung* sind es «Recherchen», die ergeben hätten, dass Blocher im Besitz von gestohlenen Dokumenten der Bank Sarasin sei. Die Informationen stammen ganz offensichtlich aus Nationalbank-Kreisen. Wirtschafts-Chefin Alice Chalupny zündet eine Nebelpetarde: «Bundesrat und SNB verschweigen brav, dass die SVP die Auslöserin der Hildebrand-Affäre ist.» Ab sofort brauche es «volle Transparenz». Wie die Wahrheit auszusehen hat, ist für das Tamedia-Blatt klar: «Die SVP schlägt jetzt unter die Gürtellinie, um die Institution weiter zu schwächen.»

Beide Sonntagszeitungen berichten übereinstimmend ohne Quelle, dass die fraglichen Transaktionen auf dem Konto von Hildebrands Frau stattgefunden hätten.

2. Januar 2012 — Der Name Blocher stellt alles auf den Kopf. Die Hauptsache – die Hintergründe von Hildebrands Devisengeschäften – rückt aus dem Blick. Nicht mehr der Fall selbst, sondern der Überbringer der Botschaft steht im Fokus. Der SVP-Vizepräsident hält an diesem Montag im zürcherischen Glattbrugg eine Neujahrsrede. Nach den Enthüllungen der Sonntagspresse ist das Medieninteresse riesig. Blocher lässt sich zur Hildebrand-Affäre kaum ein Wort entlocken und zitiert die Bibel: «Es gibt eine Zeit zum Reden und eine Zeit zum



«Keine Fehler»: Chefredaktor Spieler.

Schweigen. Und jetzt ist die Zeit zum Schweigen.» Die *Basler Zeitung* stellt fest: «Statt auf den Devisenkäufen von Hildebrands Frau liegt der Fokus derzeit auf der Rolle Blochers.»

3. Januar 2012 — Jetzt, da Blocher mit im Spiel ist, nimmt die Geschichte wieder Fahrt auf. Am Dienstag erscheinen in der Presse nicht weniger als 65 Artikel mit dem Stichwort Hildebrand. Auch Zeitungen wie der Winterthurer *Landbote* oder das *St. Galler Tagblatt*, die bisher keinen Satz zu den Dollar-Geschäften des SNB-Präsidenten verloren haben, springen auf. Der *Blick* bringt eine Geschichte, die an Weihnachten nicht für wichtig genug erachtet wurde: «*Blick*-Reporter trafen Whistleblower auf «Hilton»-Parkplatz.» An Heiligabend habe sich ein Informant bei einem Journalisten gemeldet und ein Treffen mit

«Die Konsequenzen eines Rücktritts wären in der jetzigen Situation gravierend.»

dem Whistleblower in Aussicht gestellt. Die Reporter trafen die beiden Männer auf dem Parkplatz des Hotel «Hilton» beim Flughafen Kloten. Aber: In der «Dollar-Affäre» seien immer noch «zu viele Fragen offen», schreibt der *Blick* und verzichtet auf weitere Recherchen.

Die Sendung «10 vor 10» sendet eine Stellungnahme von Kashya Hildebrand. Die weltläufige Galeristin stützt die Version ihres Mannes und betont: «Das Konto ist, ganz im Sinne der Transparenz, unter dem richtigen Namen geführt worden.» Unter welchem Namen sagt sie nicht.

4. Januar 2012 — Die Vorabmeldung der *Weltwoche* erscheint. Erstmals ist davon die Rede, dass nicht die Frau, sondern Hildebrand selber für die mysteriösen Transaktionen verantwortlich sei. Das Blatt kündigt eine lückenlose Dokumentation unzulässiger Privatgeschäfte des Nationalbank-Präsidenten an. Hildebrands Kontoauszüge seien die Grundlage der Enthüllungen.

Die zehnzeilige Notiz löst eine Lawine an weiteren Berichten aus. Die Nationalbank gibt auf einmal die zuvor unter Verschluss gehaltenen Reglemente und PwC-Prüfberichte frei. An einer Pressekonferenz wolle sich der Präsident erstmals den Vorwürfen stellen. Lange vor der Schweizer Konkurrenz erkundigen sich ausländische Medien wie die *New York Times*, das *Wall Street Journal*, die *Herald Tribune* und die BBC auf der *Weltwoche*-Redaktion.

5. Januar 2012 — Der Bericht erscheint. Die Pressekonferenz findet statt. Gegen 150 Journalisten sind versammelt, als der Nationalbank-Präsident in Zürich vor die Medien tritt. Er habe gegen kein Reglement verstossen, nie

gelogen und werde nicht zurücktreten, bezeugt Hildebrand. Auf Wunsch werde er die E-Mails veröffentlichen, aus denen klar hervorgehe, dass nicht er, sondern seine Frau den Dollar-Auftrag erteilt habe. In der Fragerunde werden die *Weltwoche*-Vertreter trotz sichtbaren Handaufstreckens von Hildebrand und Bankrat-Präsident Hansueli Raggenbass übergangen.

6. Januar 2012 — Die Kommentatoren sind sich einig: Der SNB-Präsident habe einen souveränen Auftritt hingelegt. Ob das reicht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Der *Blick* kommentiert: «Mit seinem Auftritt gestern hat Hildebrand die zweite Blocher-Attacke innert zwölf Monaten überstanden. Die nächste wird folgen.» Gemäss dem *Bund* ist es schwer zu glauben, dass Hildebrand nichts von der Transaktion seiner Frau auf seinem Konto gewusst hat. «Es ist stossend, dass ein Mann wie Hildebrand, der fast eine Million im Jahr verdient, offenbar nicht genug Stil hat, freiwillig auf solche heiklen Geschäfte zu verzichten.»

Die «Arena» des Schweizer Fernsehens ist der neuen Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) gewidmet. Der Fall Hildebrand prägt die Diskussion. «Die Konsequenzen eines Rücktritts Hildebrands wären in der jetzigen Situation gravierend», sagt Widmer-Schlumpf. «Wir würden einen Präsidenten verlieren, der unbestritten einen hervorragenden Job gemacht hat, der ein gutes Netz hat und der der Schweiz auch sehr viel nützen kann.» Ausführlich und scharf kritisiert die Bundespräsidentin das Vorgehen des Whistleblowers und der Hildebrand-Kritiker.



Zieht den Hut: Chefredaktor Spillmann.

7. Januar 2012 — Am Abend kündigt der Bankrat per Communiqué an, das Reglement zu verschärfen sowie die Transaktionen der letzten drei Jahre von Direktoriumsmitgliedern überprüfen zu lassen. Ausserdem soll die Auswechslung der Revisionsstelle neue, noch glaubwürdigere Entlastungsgutachten bringen.



«Einsicht, Selbstkritik»: Chefredaktor Strehle.

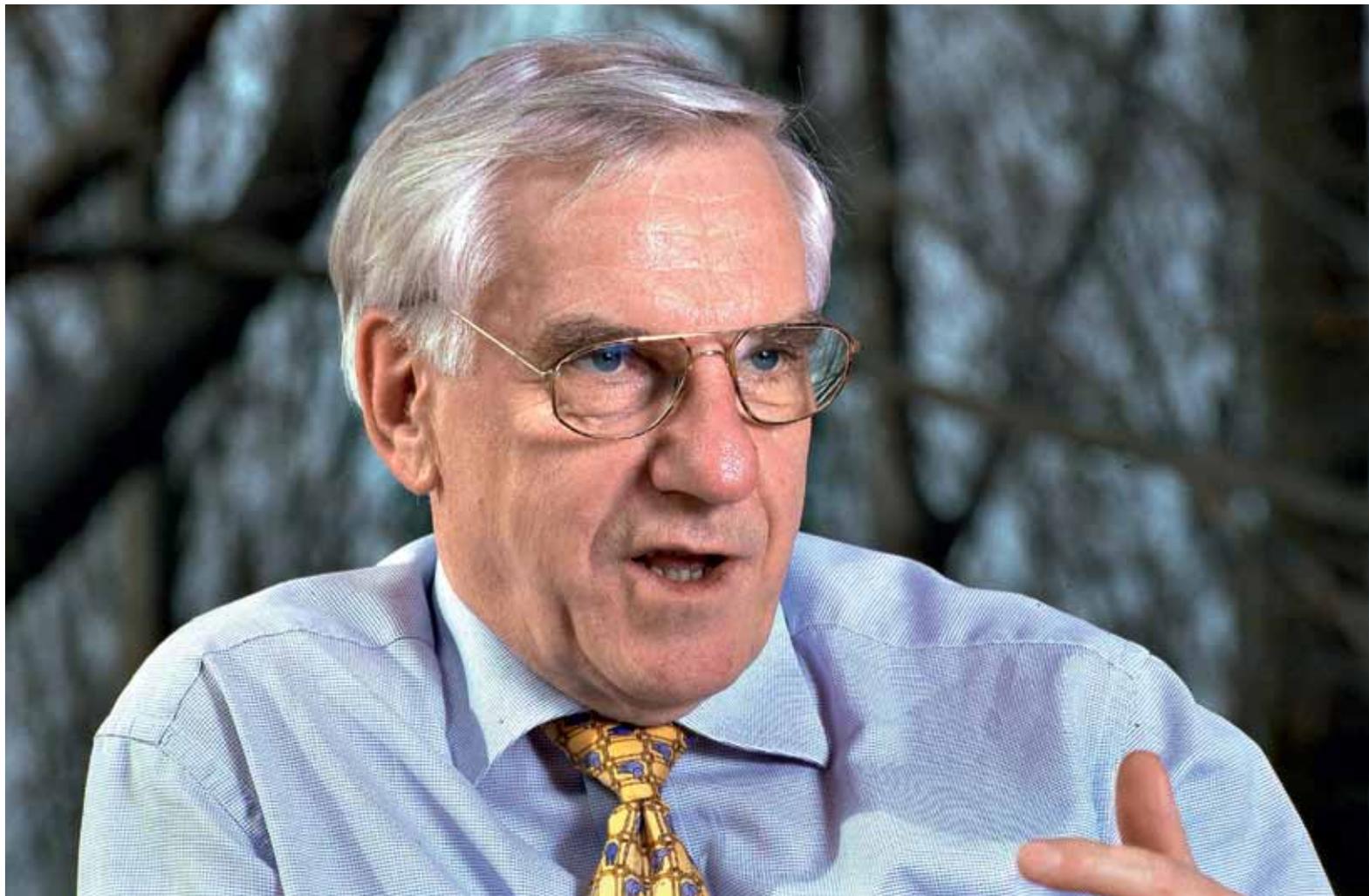
8. Januar 2012 — Die *Sonntagszeitung* hält eisern zur Nationalbank und zitiert aus einem unveröffentlichten E-Mail von Hildebrands Frau Kashya, an dem für die Zeitung die ganze Glaubwürdigkeit des Notenbank-Chefs hängen soll.

9. Januar 2012 — Am Nachmittag gibt Philipp Hildebrand seinen Rücktritt bekannt. Er äussert sein Bedauern und behauptet, er habe in dieser Sache «nie gelogen» und sei aus eigenem Entschluss zurückgetreten.

10. Januar 2012 — Der *Blick* enthüllt, dass alle elf Bankräte Hildebrand zum Abgang gezwungen haben. Der Chefredaktor des *Tages-Anzeigers*, Res Strehle, vergleicht Hildebrand mit der deutschen Bischöfin Margot Kässmann, die betrunken Auto fuhr, zurücktrat und zur Heldin wurde. Präsident Hildebrand trete «aufrecht» ab und habe «Einsicht und Selbstkritik» gezeigt, behauptet Strehle. Die NZZ widmet dem Zwangsrücktritt fundierte Berichte über neue belastende Details. Unabhängig davon lobt in seinem Leitartikel Chefredaktor Spillmann das «hohe Verantwortungsbewusstsein» und das «charakterliche Format» des Gescheiterten, der sich laut *Blick* bis zuletzt an seinen Sessel klammerte. ○

«Schatten auf der Nationalbank»

Private Devisen- und Aktiengeschäfte seien für Notenbank-Direktoren und ihre Familien tabu: Das sagt Kurt Schiltknecht, ehemaliger Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank. Hildebrands Rücktritt sei überfällig gewesen, die Glaubwürdigkeit der Institution beschädigt. *Von Roger Köppel*



«Das Vertrauen verschwindet»: Notenbank-Kenner Schiltknecht.

Herr Schiltknecht, was war Ihr erster Gedanke, als Sie in der *Weltwoche* lasen, dass Ex-Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand auf seinem Privatkonto Währungs- und Aktiengeschäfte tätigte, parallel zu oder unmittelbar vor brisanten Entscheidungen der SNB?

Die Nachricht überraschte mich in Neuseeland. Ich war bestürzt. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass so etwas überhaupt stattfinden kann. Es ist eine alte Regel der Notenbanken, dass Leute, die über Inside-Informationen verfügen, einfach keine Transaktionen im Währungsbereich oder in anderen Finanzmärkten tätigen dürfen. Diese Bereiche stehen in direkter Abhängigkeit der Nationalbankpolitik.

Noch immer gibt es viele Leute in der Schweiz, die die Vorwürfe an Hildebrand als Bagatelle empfinden. Sie sehen ihn als

politisches oder mediales Opfer. Wie erklären Sie Skeptikern, warum Hildebrand aufgrund seiner Devisen- und Aktiengeschäfte zu Recht zurücktreten musste?

Geldpolitik beruht auf Integrität und Vertrauen. Eine Notenbank verfügt über machtvolle Instrumente, um die Märkte entscheidend zu beeinflussen. Wenn ein Notenbank-Direktor oder seine Familie private Transaktionen tätigen, die von den Notenbankentscheidungen betroffen werden, dann ist am Ende nicht mehr klar, ob bei der Schweizer Geldpolitik neben den öffentlichen auch private Interessen im Spiel sind. Das Vertrauen verschwindet. Die Transaktionen, die Philipp Hildebrand tätigte, haben die Glaubwürdigkeit der Notenbank beschädigt.

Hildebrand-Befürworter sagen, es seien nur geringfügige Beträge gewesen, dafür riskiere kein Notenbankchef seinen Job.

An der Spitze einer Notenbank muss Nulltoleranz herrschen. Integrität ist unteilbar. Man ist integer, oder man ist es nicht.

Herr Hildebrand betonte bis zuletzt, nicht er, sondern seine Frau habe die Transaktionen auf seinem Konto durchgeführt. Nun wurde auch offiziell bestätigt, dass Herr Hildebrand die beiden umstrittensten Transaktionen selber anordnete. In einem Fall, indem er seinen Kundenberater anwies, er möge sich zur Geschäftsabwicklung an die Frau wenden. Spielte es überhaupt eine Rolle, wer die Transaktionen anordnete?

Nein. Es ist unerheblich, wer den Auftrag gab. Kein Familienmitglied eines Notenbank-Chefs darf auf irgendeinem Konto Währungstransaktionen und Aktienkäufe durchführen. Da wurde offenbar ein gezieltes Ablenkungsmanöver gestartet. Notenbank-Direktoren können kraft ihres Amtes die



Kursuntergrenze: SNB-Präsident Leutwiler, 1978.

Finanzmärkte beeinflussen, und zwar kurz- und langfristig. Sobald ein Notenbanker oder seine Familie in die Märkte eingreift, entsteht sofort der Verdacht, es würden vertrauliche Informationen verwendet. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit. Wenn die Transaktionen dann auch noch so kurzfristig vor entscheidenden Daten der Nationalbank stattfinden, dann schwindet jedes Vertrauen.

Bundesrat, Bankrat, Revisionsgesellschaft und die grossen Schweizer Medienhäuser betonten stets, alles sei reglementskonform gewesen. Auch Hildebrand scheint sich heute keiner Schuld bewusst, er habe einfach seine Unschuld nicht beweisen können, sagte er zum Abschied.

Der Versuch, die Transaktionen mit Hilfe der internen Regeln zu rechtfertigen, war bemüht. Wer je auf einer Notenbank gearbeitet hat, weiss, dass solche Transaktionen nicht zulässig sind. Dazu braucht man weder ein Gesetz noch ein Reglement.

Als Sie bei der Nationalbank waren, wurde ebenfalls eine Wechselkursuntergrenze festgelegt, 1978 zwischen Franken und D-Mark: Was wäre passiert, hätte man herausgefunden, dass ein Direktoriumsmitglied zwei Wochen vor dem Entscheid auf seinem Konto mit Währungen spekuliert?

Diese Person wäre sofort entlassen worden, oder man hätte dafür gesorgt, dass diese Person sofort selber zurücktritt.

Welche Reglemente gab es zu Ihrer Zeit in der SNB?

Es gab möglicherweise Vorschriften, aber ich kann mich an keine Reglemente erinnern. Es war uns allen klar, dass man keine

Devisen- und Aktientransaktionen tätigen darf.

Der Bankrat stellte sich in seinem ersten Communiqué vor Weihnachten, als alles durchleuchtet worden sein soll, vorbehaltlos hinter Hildebrand. Auch nach dem *Weltwoche*-Artikel und der Pressekonferenz, als Hildebrand plötzlich Fehler einräumte, hielt man zu ihm. Ihr Kommentar?

Der Auslöser der Krise war das Verhalten des Präsidenten. Die Art aber, wie der Bankrat darauf reagierte, war beschämend. Der Bankrat hätte den Fall umgehend analysieren sollen. Hätte man dies getan, wäre es unvermeidlich gewesen, Herrn Hildebrand den Rücktritt sofort nahezu legen.

Der Bankrat verwies auf das Reglement, Direktoriumsmitglieder dürften Aktien und Devisen kaufen, wenn sie sie mindestens sechs Monate halten.

Die von der SNB geplanten Aktionen haben nachhaltigen, langfristigen Einfluss auf die Konjunktur und auf den Wechselkurs. Der formalistische Trick, eine Haltefrist von sechs Monaten für Devisen und Aktien von Direktoriumsmitgliedern festzulegen, ist untauglich. So ein Reglement hätte nie verabschiedet werden dürfen. Geschäfte, wie sie Hildebrand gemacht hat, sind tabu.

Sehen Sie in den Transaktionen Hildebrands ein Muster? Welche Motive steckten dahinter?

Auffällig ist zunächst, dass die grössten Transaktionen wenige Tage vor währungspolitischen Entscheiden zur Schwächung des Frankens getätigt wurden. Das allein macht hellhörig und verdächtig. Im August wurden zudem zwei Tage vor einer weiteren Schwächung des Frankens und rund zwei

«Es ist unerheblich, wer den Auftrag gab. Da wurde ein Ablenkungsmanöver gestartet.»

Wochen vor der Festlegung der Wechselkursuntergrenze nicht nur beträchtliche Dollarbestände gekauft, sondern auch Aktien von Firmen, die wesentlich im Export tätig sind. Es ist bekannt, dass die Kurse dieser Firmen sehr positiv auf die vom Direktorium veranlassten Wechselkursmassnahmen reagieren würden. Ein Notenbankpräsident, der nicht versteht, was solche Transaktionen für Auswirkungen auf seine Integrität und auf die Glaubwürdigkeit der Notenbank haben, disqualifiziert sich selbst. Wer denn sonst als der Präsident ist besser in der Lage zu beurteilen, was zulässige Transaktionen für die Verantwortlichen sind? Sollte der Präsident die Problematik solcher Geschäfte allerdings verstanden haben, dann waren die Transaktionen noch gravierender.

Halten Sie es für möglich, dass Hildebrand die Frau einfach vorschob, um ein Alibi zu schaffen? Im Grunde wäre es ja ebenso fragwürdig, wenn die Frau auf ihrem eigenen Konto Devisengeschäfte und Aktienkäufe getätigt hätte.

Allein die Tatsache, dass wir uns solche Fragen stellen, zeigt doch, dass man den Kreis der Leute, die keine solchen Geschäfte machen dürfen, auf die ganze Familie ausweiten muss. Es gilt auch für die Kinder, die Frau oder die Eltern.

Hildebrand versuchte, durch die Bekanntgabe einer Spende in der Höhe des von der *Weltwoche* errechneten Spekulationsgewinns, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Vertrauen wiederherzustellen.

Das war nur noch peinlich. Wenn man solche Fehler gemacht hat, sollte man dazu stehen, wie er das schliesslich ja auch tun musste.

Hätte sich Hildebrand irgendwie halten können?

Nein. Seine Glaubwürdigkeit war dahin. Er hatte jede Handlungsfähigkeit verloren, gegen innen, aber auch gegen aussen. Stellen Sie sich vor: Wenn ausländische Notenbankpräsidenten erfahren, dass der Schweizer Notenbankpräsident oder seine Familie überhaupt und darüber hinaus auch noch kurz vor der Bekanntgabe wichtiger geldpolitischer Entscheide Aktien und Devisen auf eigene Rechnung kaufte, dann ist die Vertrauensbasis für eine Zusammenarbeit und einen Austausch vertraulicher Informationen nicht mehr gegeben. Auch für die Mitarbeiter der SNB ist ein Chef nicht haltbar, der mit solchen Geschäften Geld verdient.

Für mich war klar, es gibt nur den Rücktritt. **Trotz verhalten kritischen Befunden der Revisionsanstalt PwC, die Hildebrands Transaktionen, die zum Rücktritt führten, immerhin so «heikel» fand, dass sie sich nicht mehr wiederholen dürften, verzichtete die Aufsicht auf jegliche Kritik am Notenbankpräsidenten.**

Es hat Tradition in der Schweiz, dass der Bankrat kein Aufsichtsgremium ist, sondern eine Behörde, die nach politischen Kriterien zusammengesetzt wird. Ich sass selber zwölf Jahre im Bankrat. Die Mitglieder werden handverlesen. Es gibt wohl einzelne kritische Geister, aber insgesamt funktioniert der Bankrat nicht als wirkliches Kontrollorgan. Er ist nicht in der Lage, die Aufsichts- und Führungsverantwortung wahrzunehmen.

Jetzt will man mit neuen Reglementen und Untersuchungen, die wirklich unabhängig sein sollen, das Vertrauen wiederherstellen. Sind die richtigen Massnahmen eingeleitet worden?

Mit Reglementen können sie keine Integrität oder korrektes Verhalten herstellen. Es ist eine Bankrotterklärung in der Beurteilung.



«Die ganze Familie»: Kashya Hildebrand.

lung der Notenbankleitung, wenn man meint, man müsse einem SNB-Direktorium im Detail vorschreiben, welche Transaktionen es vornehmen dürfe. Durch den Rücktritt Hildebrands kann nun die Glaubwürdigkeit wieder einigermaßen zurückerlangt werden. Gleichzeitig muss institutionell sichergestellt werden, dass die Aufsicht funktioniert.

Wie gross ist der Schaden für die Schweiz?

Der kurzfristige Schaden eines solchen Fehlverhaltens hält sich in Grenzen. Schlimm wird es immer erst dann, wenn das Fehlverhalten keine Konsequenzen

«Hätte er die Transaktionen nicht gemacht, gäbe es keine Diskussion.»

zeitigt. Die Schweiz hat der Welt während zweier Wochen vor Augen geführt, dass ein Notenbankpräsident, der unzulässige private Devisen- und Aktientransaktionen durchgeführt hat, noch die Rückendeckung der Aufsichtsbehörden hatte. Unser Finanzplatz beruht letztlich auf dem Vertrauen in die Schweizer Rechtssicherheit, in die Verfahrenstreue und in die Glaubwürdigkeit aller Institutionen. Diesen Aspekten wurde viel zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist ein Armutzeugnis, dass erst auf Druck von Recherchen etwas passiert. Das zeigt, dass unsere Institutionen hier nicht richtig funktionieren haben.

Was bedeutet die Affäre für die übrigen Direktoriumsmitglieder?

Der Fall Hildebrand hat seine Schatten auf das gesamte Nationalbankdirektorium ge-

worfen. Bereits wurden Hildebrands Kollegen ähnlicher Vergehen verdächtigt. Noch immer ist die Integrität der Notenbank nicht vollständig wiederhergestellt, und nicht wenige fragen sich, ob der Fall Hildebrand ein Einzelfall war.

Was halten Sie vom politischen Ruf nach einer parlamentarischen Untersuchungskommission?

Durch seine unstatthafter Transaktionen hat der ehemalige Präsident die Politiker provoziert, sich vermehrt mit der Nationalbank zu beschäftigen und an deren Unabhängigkeit zu rütteln. Das Fehlverhalten hat zu einer Gefährdung der Unabhängigkeit der Nationalbank geführt. Diese ist jedoch das A und O einer erfolgreichen Geldpolitik. Hildebrand hat durch seine Fehler Kräfte entfesselt, die sich nachteilig auf die schweizerische Geldpolitik auswirken können.

Warum tun sich viele Schweizer so schwer, die Fehler Hildebrands zu sehen, um stattdessen politische Faktoren in den Vordergrund zu schieben?

Das hat damit zu tun, dass in den Fall ein Politiker verwickelt ist, der in weiten Teilen der Öffentlichkeit kritisch beurteilt wird. Ich plädiere dafür, die mediale und die politische Komponente scharf zu trennen vom Problem eines aufgrund seiner Spekulationen unhaltbar gewordenen Notenbankpräsidenten und der nicht funktionierenden Aufsicht. Das ist entscheidend, alles andere ist nebensächlich.

Die ganze Affäre liefert Wasser auf die Mühlen aller Schweiz-Kritiker, denen heute vor Augen geführt wird, dass das Bankgeheimnis in der Schweiz von der Bundespräsidentin vor allem dann verteidigt wird, wenn es die unzulässigen Geschäfte eines Notenbankpräsidenten verschleiern soll.

Der Finanzplatz hat durch die Affäre Schaden genommen. Man wird uns den Vorwurf machen, dass das Bankgeheimnis in der Schweiz zur Bemäntelung unsauberer Geschäfte diene, wie anhand des Falls Hildebrand belegt werden könne. Es ist ein Problem, wenn der Bundesrat sagt, Hildebrands Geschäfte hätten nie publik gemacht werden dürfen. Es passt zur allgemeinen Tonalität der Diskussion, wonach Herr Hildebrand behauptet, seine Kritiker würden dem Interesse der Schweiz und ihrem Finanzplatz schaden. Hier gibt es nur eine Antwort: Hätte er die Transaktionen nicht gemacht, gäbe es keine Diskussion. Er trägt die Verantwortung dafür, dass diese Diskussion geführt wird.

Welches Fazit ziehen Sie nach dem bisherigen Stand der Entwicklungen?

Ich war zu Beginn entsetzt darüber, dass zuerst nicht aufgeklärt, sondern bagatellisiert wurde. Man versteckte sich hinter schwächlichen Reglementen und legalistischen Ausflüchten. Dazu ist zu sagen: Wenn der Präsi-

dent einer Notenbank nicht mehr weiss, was sich gehört und was nicht, dann helfen alle Reglemente nicht. Es ist so einfach. In einem solchen Fall geht es um die Integrität und die Glaubwürdigkeit der Führung.

Was bedeutet die Affäre für die Handlungsfähigkeit der Nationalbank, auch und gerade in der Auseinandersetzung mit den Grossbanken?

Sie ist klar geschwächt. Aber ganz grundsätzlich: Die Nationalbank hat in ihren letzten hundert Jahren so viel Glaubwürdigkeit erarbeitet, dass es ihr leichter als anderen Notenbanken fällt, geldpolitische Entscheidungen durchzusetzen. Die Festlegung von Wechselkursuntergrenzen wäre nie möglich gewesen ohne die enorme Glaubwürdigkeit unserer Notenbank. Man wusste: Die Schweizer Notenbank orientiert sich an gesamtwirtschaftlichen Interessen. Wenn dann auf einmal das Signal ausgesendet wird, dass es den Direktoriumsmitgliedern angeblich erlaubt sein soll, private Interessen nebenbei auf den Devisenmärkten zu verwirklichen, ist die Integrität weg, und die Handlungsfähigkeit der Institution nimmt ab.

Was muss bei der Nachfolge Hildebrands beachtet werden?

Integrität und Kompetenz der Person sind entscheidend.

Kurt Schiltknecht ist Volkswirtschaftler und war von 1974 bis 1984 Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank und danach lange im Bankrat der SNB.

KAMPF UM VERTRAUEN



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), weshalb ein Grounding des Finanzsystems um jeden Preis verhindert wird und was das für Sie als Anleger bedeutet.»

Christof Reichmuth
unbeschränkt haftender Gesellschafter

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO

INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 29
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch

Realist mit Weitblick

Seit dem Rücktritt von Philipp Hildebrand ist Thomas Jordan interimistischer Chef der Notenbank. Nur wenige kennen den Mann, der jetzt die Geschicke der Schweizer Wirtschaft leitet. Worin unterscheidet er sich von seinem Vorgänger? *Von Pierre Heumann*



Beachtlicher Leistungsausweis: der interimistische Notenbank-Chef Jordan.

Wer ihn kennt, rühmt ihn in den höchsten Tönen. Thomas Jordan, seit Montag interimistischer Chef der Schweizerischen Nationalbank (SNB), sei ein «klarer Denker» und «sehr glaubwürdig», sagt der Berner Ökonomieprofessor Ernst Baltensperger, bei dem Jordan nicht nur seine Doktorarbeit geschrieben, sondern später auch die Habilitationsschrift eingereicht hat. Jordan sei sehr kompetent, analytisch stark, gründlich und sorgfältig, lobt der Genfer Wirtschaftspräsident Ulrich Kohli, der bei der Nationalbank eng mit Jordan zusammengearbeitet hat. Jordan habe die Gabe, monetäre Theorie und praktische Fragestellungen zu verbinden, sagt Heinz Zimmermann, Geldtheoretiker an der Universität Basel.

Der bisherige SNB-Vize Jordan, der jetzt ins Präsidentenzimmer an der Börsenstrasse 15 in Zürich einzieht, ist eine Antithese zu Philipp Hildebrand, der wegen des Skandals um seine privaten Devisen- und Börsengeschäfte zu-

rückgetreten ist. Hildebrand setzt sich gerne als Sonnyboy in Szene. So holte er zum Beispiel internationale Konferenzen nach Zürich, um sich mit den Berühmten der Finanzszene fotografieren zu lassen. Jordan hingegen gilt als solider Beamter. Er versprüht weniger Charme als Hildebrand, auch ist er weniger charismatisch. Sein Auftreten wirkt langweilig, etwas spröde, leicht introvertiert, also genau so, wie es bei einem guten Zentralbanker sein müsste.

Skepsis bei den Gewerkschaftern

Jordan ist einer, der nur selten mit anderen Bankern ein Bier trinkt. Einer auch, der die Notenbank nicht mit viel heisser Luft ins Gerede bringen will und für den reich werden kein Karriereziel bedeutet. Es sei nie seine Ambition gewesen, viel Geld zu verdienen, sondern zu verstehen, wie Geldtheorie und Geldpolitik funktionierten, sagte er vor fünf Jahren in einem Interview mit der *Handelszeitung*.

Jetzt könnte er definitiv Präsident der Schweizerischen Nationalbank werden. Er würde die Aufgabe übernehmen, wenn der Bundesrat ihn als SNB-Präsidenten wolle, sagte er am Dienstag gegenüber Radio DRS. Seine Wahl an die Spitze der Notenbank ist allerdings noch nicht gesichert. Linke Politiker halten Jordan für gefährlich. In geldpolitischen Fragen traue er ihm nicht über den Weg, sagt der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Strahm: «Jordan ist ein dogmatischer Monetarist.» Das bedeutet so viel wie: Jordan würde Jobs opfern, um die Inflation tief zu halten. Gewerkschafter, die einen Euro-Kurs von 1.40 fordern, befürchten, dass Jordan dazu keine Hand bieten werde. Ihre Angst scheint nicht unbegründet. Jordan werde politischen Druckversuchen auf die Notenbank widerstehen – davon zumindest ist der ehemalige Chefökonom der Nationalbank, Kurt Schiltknecht, überzeugt.

«Erfahrung und Intuition»

Jordan, seit Montag Herr über die wichtigste Schaltstelle der Schweizer Wirtschaft, stand bisher im Schatten Hildebrands. Deshalb ist sein Name erst wenigen geläufig. Aber sein Leistungsausweis ist beachtlich. Jordan war wesentlich an der Rettung des Geldmarktes beteiligt, als dieser im August 2007 zu kollabieren drohte. Weil sich die Banken in der Krise so stark misstrauten, dass sie sich gegenseitig kein Geld mehr ausleihen wollten, führte er Tauschgeschäfte, sogenannte Swaps, mit der Europäischen Zentralbank ein. In kurzer Zeit normalisierten sich die Verhältnisse auf dem Geldmarkt, ein Stillstand der Wirtschaft konnte verhindert werden.

Kurz darauf, im Herbst 2008, half Jordan der UBS, aus der Krisenlage herauszukommen. Zum Schutz der Grossbank und letztlich der ganzen Volkswirtschaft liess er den Plan ausarbeiten, nach dem die SNB gewaltige Mengen an faulen Papieren übernahm, um die UBS von den Schrottpapieren zu befreien.

Im vergangenen Jahr legte Jordan die Grundlage für die Festlegung eines Mindestkurses zum Euro. Der Franken bleibe aber mit 1.20 zum Euro immer noch «hoch bewertet», meinte er vor zwei Monaten in einem Zeitungsinterview. Er gehe deshalb davon aus, dass sich der Franken auf Dauer weiter abschwächen dürfte, sagte er Ende November gegenüber der *Sonntagszeitung*.

Der kräftig gebaute, über 1,90 Meter grosse Jordan hat eine andere Ausbildung als sein

Vorgänger. Hildebrand studierte Politologie und startete seine Berufskarriere als Hedge-Fund-Manager und Private Banker, bevor er zur Nationalbank stiess. Jordan ist ein bestens ausgewiesener Geldtheoretiker, der seit 1997 bei der Nationalbank arbeitet, wo er sich zunächst als Forschungsleiter profilierte. Zehn Jahre später ernannte ihn der Bundesrat zum Mitglied des Direktoriums, im Januar 2010 zum Vizepräsidenten der Notenbank. Er ist, wie Hildebrand, international bestens vernetzt. Gute Beziehungen pflegt der ehemalige Harvard-Student, anders als Hildebrand, vor allem zu Experten und Geldtheoretikern in der EU und in den USA.

Seine geldtheoretische Ausbildung versperrt ihm nicht den Blick auf die politischen Realitäten, wie seine Dissertation über die Verschuldung in der Europäischen Währungsunion aus dem Jahre 1994 zeigt. Was er damals schrieb, liest sich heute wie eine Prophezeiung der Probleme, mit denen jetzt Politiker und Bürger in ganz Europa kämpfen. Staatsschuldenkrise, Bankenpleiten – Jordan sah sie bereits Anfang der neunziger Jahre voraus, und zwar als Resultat der sich abzeichnenden Euro-Zone. Die Europäische Zentralbank werde nicht so unabhängig sein, dass sie den Forderungen der Fiskalpolitik widersprechen könne, warnte er: «Die nationale Verschuldung wird implizit zu einem grossen Ausmass

gemeinschaftliche Verschuldung.» Die im Maastrichter Vertrag vorgesehene No-Bailout-Regel (Nichtbeistands-Klausel) durchschaute er früh als «unglaublich»: Sie widerspreche den konkreten Solidaritätszielen der Gemeinschaft.

Was im vergangenen Jahr in der Euro-Zone eingetreten ist, sah Jordan bereits vor zwei Jahrzehnten voraus: Die Kapitalmärkte würden in der Währungsunion eine nur unzureichende Berücksichtigung der Risiken ermög-

Was in der Euro-Zone eingetreten ist, sah Jordan bereits vor zwei Jahrzehnten voraus.

lichen und der Realzins gebe den Investoren falsche Signale, weil er die Risiken, also die Kreditwürdigkeit des betreffenden Landes, nicht richtig reflektiere. Dadurch entstehe ein Anreiz, die Schuldenwirtschaft auszubauen. Und er sagte damals schon, was den EU-Politikern erst jetzt richtig bewusst wird: dass nämlich eine Währungsunion nicht ohne Fiskalunion auskommen könne, um in Defizitländern mehr Budgetdisziplin durchsetzen zu können.

Jordan ist kein Euro-Turbo. Für eine Währungsunion dürften aus ökonomischen Gründen eigentlich bloss Deutschland, Frankreich,

Grossbritannien und Luxemburg in Frage kommen, wusste er bereits in den neunziger Jahren. Früh, nämlich bereits 1999, wandte er sich gegen eine Anbindung des Frankens an den Euro, die damals diskutiert wurde. Die Anbindung wäre die «Einleitung eines Beitritts zur Europäischen Währungsunion», schrieb er zusammen mit Ernst Baltensperger in der NZZ und kam zum Schluss: «Die Fortführung der bisherigen, autonomen Strategie der SNB bleibt die einzige valable Option in der schweizerischen Geldpolitik.»

Seither hält er offenkundig an dieser Überzeugung fest. Der Euro-Mindestkurs, den die Notenbank seit dem 6. September durchsetzt, dürfe nicht mit einem Wechselkursziel verwechselt werden, sagt Jordan. Mit einem Wechselkursziel sei automatisch stets ein Verlust an geldpolitischer Autonomie verbunden. Mit einem Mindestkurs sei dies nicht der Fall. Sobald die Verwerfungen vorüber sind, könne die Notenbank auf Mindestgarantien verzichten.

Geldpolitik, hielt Jordan im letzten August gegenüber der *Weltwoche* fest, müsse «immer auf das bestehende Risiko-Umfeld reagieren». Dazu reiche eine gute wissenschaftliche Grundlage allein nicht aus. Wichtig seien auch «Erfahrung und Intuition». Beides zusammen sei die Grundlage einer erfolgreichen Geldpolitik. ○

A B C D E F G

Weitsichtig anlegen. Unser Nachhaltigkeitsindikator hilft Ihnen dabei.

Besuchen Sie uns auf www.zkb.ch/nachhaltigkeitsindikator

Nachhaltigkeit sollte keine Vertrauensfrage sein. Deshalb haben wir als Branchenneuheit den Nachhaltigkeitsindikator entwickelt: Er schafft Transparenz bezüglich der Nachhaltigkeit von rund 500 Aktien- & Obligationenfonds des Fondsanlageuniversums der Zürcher Kantonalbank. Damit Sie genau wissen, in was Sie investieren.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank

Ausgetrickst und vorgeführt

Die Schweiz zahlt ihren «Migrationspartnern» Millionen Franken Entwicklungshilfe – und wird bei den Rückführungen von Asylanten trotzdem ständig zum Narren gehalten. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) ist den Trickereien der afrikanischen Staaten nicht gewachsen. *Von Andreas Kunz*



«Migrationsdialog aufnehmen»: tunesische Flüchtlinge in Chiasso.

Als die Vereinbarung stand, war die Freude in der tunesischen Hauptstadt Tunis gross. Nachdem die Schweiz bereits 2011 über 12 Millionen Franken Entwicklungshilfe an das Land überwiesen hat, wird sie den Etat für das kommende Jahr verdoppeln. Die tunesischen Behörden können sich über neue sanitäre Einrichtungen freuen, über 12 000 Wahlurnen, Tourismusförderung, Projekte zur Wirtschafts- und Exportförderung und vieles mehr. Insgesamt 21 Hilfeleistungen hat die Schweiz versprochen. Über 24 Millionen Franken wird sie dafür bezahlen.

Auf der Gegenseite versprach Tunis «einen Migrationsdialog aufzunehmen», der letztlich zu einem «Migrationsabkommen» führen soll. Spätestens nach den ersten demokratischen Wahlen im Juli sollen abgewiesene Flüchtlinge zurückgenommen werden. In den ersten elf Monaten 2011 hatten

2292 Tunesier in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. Praktisch ausschliesslich handelte es sich dabei um Wirtschaftsmigranten; viele von ihnen wurden in der Schweiz kriminell.

Oft verweigern die ausländischen Behörden im letzten Moment die Landeerlaubnis.

Sie verübten Einbrüche, handelten mit Drogen, begingen Diebstähle, nicht selten alles davon mehrfach. Am 24. November versprach Tunis, eine Anzahl abgewiesener Asylbewerber zurückzunehmen. Die Kantone schickten ihre straffälligsten Tunesier zum Flughafen, wo sie einen vom Bundesamt für Migration organisierten Sonderflug antreten sollten. Unmittelbar vor dem Abflug wurden die Schweizer Behörden darüber informiert, dass

Tunis die Landeerlaubnis kurzfristig wieder verweigert hatte.

Die Schweiz hält ihr Versprechen und bezahlt. Tunesien bricht sein Versprechen und lässt die helvetischen Behörden ins Leere laufen. Konsequenzen muss Tunis keine befürchten. Die meisten Entwicklungshilfeprojekte sind bereits angelaufen. Nie würde das hochkorrekte Alpenland einen solchen Vorfall zum Anlass nehmen, um den afrikanischen «Migrationspartner» zu sanktionieren.

Vier von zehn Ausschaffungen misslingen

Genau darin liegt das Problem. Seit Jahrzehnten bezahlt die Schweiz Millionen Entwicklungsgelder an Staaten, die in der Migration und auch in anderen Gebieten keine verlässlichen Partner sind. Erfolgreiche Rückführungen in die Ursprungsländer der Migranten werden immer seltener: Mussten 2008 nach Angaben des Bundesamts für Migration (BfM) noch 22 Prozent aller Rückschaffungen annulliert werden, waren es 2010 bereits 41 Prozent. Von 5699 geplanten Flügen wurden 3975 storniert. Mit anderen Worten: Vier von zehn Ausschaffungen aus der Schweiz misslingen (*Weltwoche* Nr. 45/11). Und dies längst nicht nur deswegen, weil sich die Asylanten auf dem Flughafen renitent verhalten. Oft verweigern die ausländischen Behörden wie im Fall Tunis im letzten Moment die Landeerlaubnis. Nicht selten sogar erst beim Anflug auf den Flughafen, wie BfM-Mitarbeiter erzählen. Regelmässig weigerten die Behörden vor Ort sich auch entgegen allen Absprachen, die Migranten ins Land zu lassen, so dass die Flugbegleiter sie mit dem nächsten Flug wieder zurück in die Schweiz nehmen mussten.

Die Schweiz zahlt Millionen und lässt sich an der Nase herumführen. Mehr noch: Der Misserfolg bei den Rückschaffungen ist mit weiteren Kosten verbunden. Jeder abgewiesene Asylbewerber, der per Sonderflug in sein Heimatland zurückverfrachtet werden soll, verursacht der Schweiz reine Flugkosten von durchschnittlich 15 661 Franken. Für die fast 4000 Flugannullierungen im Jahr 2010 betrugen die Kosten und Spesen 440 662 Franken.

Mit insgesamt 47 Ländern hat die Schweiz offizielle Rückübernahmeabkommen abgeschlossen. Trotzdem funktionieren diese nur sehr mühsam bis gar nicht. Auch wenn ein solches Abkommen bestehe, gingen die «Hinhaltetaktik» und die «Trickereien» der Länder weiter, erzählen Beamte. Manchmal

fehlen die nötigen «Umsetzungsabkommen», in denen die Modalitäten der Rückschaffungen geregelt werden, in anderen Fällen ist man seit Jahren erfolglos darüber am Verhandeln – vielfach aber sind alle Modalitäten längst ausgehandelt, und trotzdem halten sich die Länder nicht an ihre Zusagen. Ob mit oder ohne Vertrag: In jedem Fall verletzen die Staaten internationales Recht, wenn sie sich weigern, illegale Auswanderer zurückzunehmen.

Unzuverlässige Partnerschaften

Zu den Staaten, die sich bei den Rückschaffungen unkooperativ verhalten und Entwicklungsgelder in Millionenhöhe kassieren, gehören beispielsweise Bosnien (22,15 Millionen Franken Entwicklungshilfe jährlich), Albanien (27,7 Millionen) oder Afghanistan (18,9 Millionen). Weitere sogenannte Migrationsabkommen oder Arrangements, die regelmässig nicht eingehalten werden, existieren mit Staaten wie Benin, Kongo oder Namibia. Auch diese Länder kassieren jedes Jahr Gelder in Millionenhöhe.

Warum werden die Zahlungen nicht an ein Entgegenkommen in Migrationsfragen gekoppelt? Warum bezahlt die Schweiz pflichtbewusst – während sie selbst von den Partnerländern seit Jahren vorgeführt wird?

Erste Bemühungen, die Rückführungen mit der Entwicklungshilfe zu koppeln, gab es bereits Anfang der neunziger Jahre. Ein langjähriger Migrationsfachmann, der damals schon im Business tätig war, erzählt, dass man «interdepartementale Arbeitsgruppen» gegründet hatte, in denen das damalige Bundesamt für Flüchtlinge mit dem Aussendepartement und dem Wirtschaftsdepartement das Thema besprechen und allfällige Massnahmen erörtern sollte. Wichtiger Funktionär sei damals Urs Ziswiler gewesen, der einstige Schweizer Botschafter in den USA, der von 1995 bis 1999 im Aussendepartement als Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik zuständig war. Zwei BfM-Mitarbeiter, die damals schon im Amt waren, erzählen, dass sich Ziswiler auf den Standpunkt gestellt habe, dass Rückschaffungsprobleme nicht Sache des EDA seien. Eine Bestrafung der unkooperativen Länder sei deshalb «nicht opportun».

Trotz ständigem Druck durch die Kantone, die letztlich die Asylanten beherbergen und für sie sorgen müssen, hat sich an diesem Standpunkt der Schweizer Behörden bis heute nichts geändert. Obwohl die interdepartementalen Arbeitsgruppen noch immer aktiv sind, ist über die ganzen Jahre hinweg nichts passiert. Der Bundesrat sei der Ansicht, «dass eine Konditionalität zwischen Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit im Rückübernahmebereich ein wenig sinnvolles, kontraproduktives und schwer umzusetzendes Element wäre», sagt EDA-Sprecher

Adrian Sollberger. Beim BfM, das wegen der Flüchtlingsproblematik immer wieder der Kritik ausgesetzt ist, klingt die Begründung defensiver: «Gewisse Koppelungen sind ein mögliches Element der Aussenpolitik der Schweiz, dürfen aber nicht einheitlich und systematisch umgesetzt werden, dies würde dem Einzelfall nicht gerecht», sagt BfM-Sprecher Michael Glauser.

Was niemand offiziell bestätigen mag: Es sind oft auch Handelsinteressen und die Angst vor diplomatischem Schaden, die die Schweizer Behörden davon abhalten, die Ursprungsländer der Asylanten zu sanktionieren. Ein Beispiel dafür ist Algerien. Obwohl seit Jahren ein Rückübernahmeabkommen besteht, ist das für eine erfolgreiche Abwicklung nötige Umsetzungsabkommen bis heute nicht



«Humanitärer Aspekt»: Sommaruga.

ausgearbeitet. Algerien weigert sich weiter, Migranten zurückzunehmen, die die Schweiz nicht freiwillig verlassen haben.

Laut verschiedenen gutunterrichteten Quellen versuchte das BfM im Jahr 2006 in interdepartementalen Arbeitsgruppen zu erreichen, dass Druck auf Algerien ausgeübt wird, um für Rückführungen endlich bessere Modalitäten auszuarbeiten. Dem Vorhaben nach scheiterte das Vorhaben ein erstes Mal an einer Intervention des Wirtschaftsdepartements. Die Interessen der Firma Stadler Rail von SVP-Nationalrat Peter Spuhler gingen vor. Die Eisenbahnbauer aus dem Thurgau fürchteten, wegen allfälliger Sanktionen einen 600-Millionen-Auftrag zu verlieren, dank dem sie in Algerien 64 S-Bahn-Züge bauen konnten. Ebenfalls interveniert hatte eine grosse Kaufhauskette aus Genf, die ihr Filialnetz auf Algerien ausweiten wollte.

Vor drei Jahren schliesslich bot sich die Chance für einen erneuten Druckversuch. Algerien wollte in Genf eine neue diplomatische Residenz bauen und ersuchte die Stadt um eine Baubewilligung. Laut verschiedenen Beamten, die damals beteiligt waren, wollten die Genfer Behörden die Bewilligung zurückhalten, um Algerien zum Einlenken bei Rückschaffungen zu bewegen. Die Drohkulisse

Die Beamten, die auf Algerien Druck ausüben wollten, seien vom EDA «in den Senkel» gestellt worden.

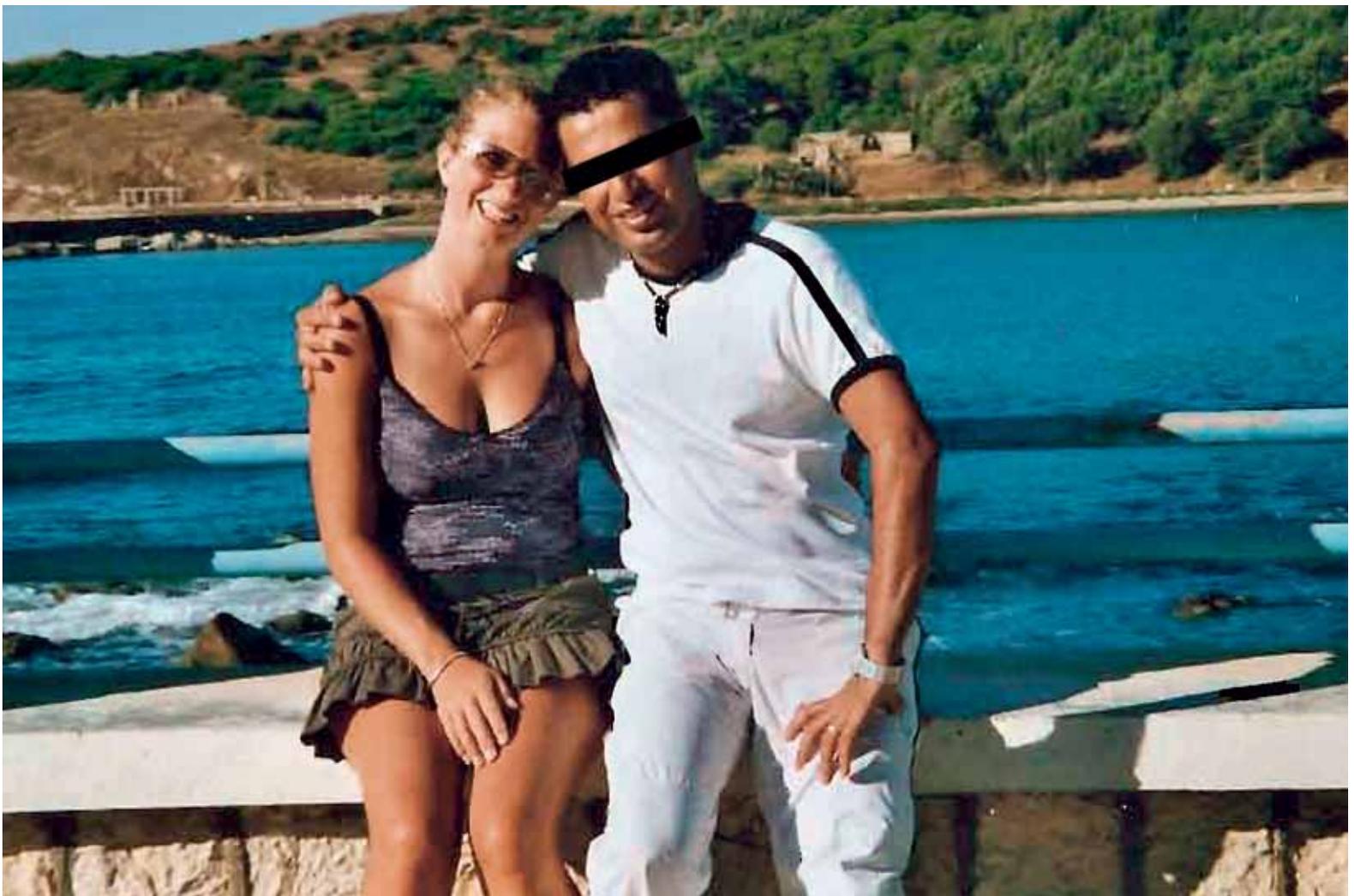
hielt nicht lange. Auf Intervention des EDA durfte Algerien die Residenz schliesslich bauen. «Die Diplomaten hatten Angst, dass allfällige Querelen den Genfer Uno-Sitz gefährdeten», sagt einer der Insider. Die Beamten, die auf Algerien Druck ausüben wollten, seien vom EDA regelrecht «in den Senkel» gestellt worden. «Das kann man doch nicht machen!», habe es geheissen.

«Sprache der Sanktionen»

Ein letztes Druckmittel, das offenbar in den Arbeitsgruppen regelmässig «andiskutiert» werde, sei eine Einschränkung der Visa-Vergabe. «Diese Sanktion hätte wohl den grössten Erfolg, weil sie die Eliten des Landes trifft», sagt ein BfM-Mitarbeiter. Bei Nigeria sei die Massnahme «in Erwägung gezogen» worden, da nigerianische Regierungs- und Behördenmitglieder sich oft in der Schweiz aufhielten, um Einkäufe und Bankgeschäfte zu tätigen. Als vor zwei Jahren aber ein Memorandum of Understanding mit Nigeria abgeschlossen wurde, fiel die Sanktion aus den Traktanden. Auf Anfrage verneint das BfM, dass Visa-Stopps tatsächlich diskutiert worden seien.

Für die Beamten laufe seither wieder «das alte Spiel» mit den Nigerianern, erzählt ein BfM-Mitarbeiter. Erst kürzlich sei erneut ein Treffen mit den zuständigen Behörden geplatzt, bei dem die Modalitäten des Vertrags ausgearbeitet werden sollten. Am Sonntagabend vor dem montäglichen Treffen hätten die Nigerianer kurzfristig und telefonisch «aus fadenscheinigen Gründen» abgesagt, erzählt der Beamte.

Im BfM und in den Kantonen wird bezweifelt, ob Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP), die im Asylwesen stets den «humanitären Aspekt» betone, den Trickserien vor allem der afrikanischen Staaten gewachsen sei. «Die einzige Sprache, die diese Leute verstehen, ist die Sprache des Geldes und der Sanktionen», sagen BfM-Beamte. Werde diese nicht angewandt, seien die zahlreichen unterzeichneten Verträge und Abkommen das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden. ○



Bis zur Geburt der Kinder gab er sich modern und weltlich: Janine Schoch und ihr Ehemann Issam O.

Pilotprozess gegen Kindes-Entführer

Kindesentführungen haben für die Opfer katastrophale Folgen, trotzdem haben die Täter hierzulande nicht mehr als symbolische Warnstrafen zu befürchten. Der Fall von Elias und Jonas könnte die Wende bringen. Der Entführer der Knaben steht nächste Woche in Winterthur vor Gericht. *Von Alex Baur*

Der 22. August 2010 ist ein Datum, das Janine Schoch nie vergessen wird. An jenem Sonntag verlor die heute dreissigjährige Mutter ihre Söhne Jonas (4) und Elias (6), wahrscheinlich für immer. «Allah sagt: Diejenigen die nicht an mich glauben werde ich im jugends Tage in die holle schiken», stand auf einem Zettel geschrieben, den sie anstelle der beiden Knaben zu Hause vorfand. Es war die Schrift von Issam O., dem Vater der Knaben. Heimlich hatte er diese nach Tunesien entführt, in ein Land, das den Buben fremd war, und dort den Grosseltern übergeben, die sie kaum kannten.

Fast eineinhalb Jahre später befinden sich Elias und Jonas immer noch in Gewahrsam ihrer Grosseltern in Jendouba, einer Kleinstadt 160 Kilometer südwestlich von Tunis. Ihr Vater aber sitzt seit über einem halben Jahr im Zürcher Flughafengefängnis. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls wurde er im Herbst

2010 in Marokko verhaftet und im Frühling 2011 an die Schweiz ausgeliefert. Nächste Woche wird sich Issam O. vor dem Bezirksgericht in Winterthur wegen Entführung und Erpressung zu verantworten haben. Nach Angaben des Geschädigtenanwalts Bruno Steiner steht eine langjährige Freiheitsstrafe zur Debatte. Er werde auch fordern, dass der Entführer darüber hinaus erst freikommt, wenn die Kinder wieder bei der Mutter sind.

Das sind völlig neue Töne. Bisläng hatten Kindesentführer in der Schweiz höchstens mit einer Verurteilung wegen Entziehung von Unmündigen zu rechnen. Der Tatbestand sieht zwar theoretisch eine Strafe von bis zu drei Jahren Gefängnis vor. In der Praxis wurde aber kaum je ein Täter zu einer unbedingten Strafe verurteilt. Und selbst wenn sich der Entführer um die Verurteilung focht und die Kinder nicht herausrückt, was in der Regel der Fall ist,

hat das keine Folgen. Uneinsichtige betrunkenen Automobilisten werden im Wiederholungsfall bedeutend härter angefasst.

Im Herbst 2010 etwa stand Abbas E. vor dem Bezirksgericht Dietikon. Der eingebürgerte Teppichhändler aus dem Iran hatte, bevor er sich von seiner Frau trennte, die gemeinsame zweijährige Tochter mit einer List nach Persien entführt und bei seinen Eltern deponiert. Die Mutter wird ihr Kind kaum je wiedersehen. Sie kann nicht in den Iran reisen, wo ihr als Ehebrecherin schwere Strafen drohen. Der Verteidiger von Abbas E. plädierte auf Freispruch. Schliesslich habe die iranische Justiz das entführte Kind dem Vater zugesprochen.

Die Richter in Dietikon stellten fest, dass ein «Dauerdelikt» von «erheblicher Schwere» vorliege. «Die Geschädigte hat ihr Kind de facto verloren, beziehungsweise es besteht keine normale Mutter-Kind-Beziehung mehr», ist in

der Urteilsbegründung zu lesen. Das Mädchen habe, so heisst es weiter, «seine wichtigste Bezugsperson verloren, und es erscheint wahrscheinlich, dass dies negative Folgen auf seine psychische Gesundheit haben wird». Den Richtern erschien dafür eine Strafe von zehn Monaten Gefängnis bedingt und 5000 Franken Schmerzensgeld für die Mutter angemessen. Der Begriff Strafe ist im Fall von Abbas E., der gerade mal zwei Tage in U-Haft sass, allerdings schon fast zynisch: Weil er von der Sozialhilfe lebt, kann er nicht belangt werden; sieht man von zwei Tagen Untersuchungshaft ab, hatte das Verfahren für ihn keinerlei Konsequenzen.

Im Fall Issam O. wurde die Spezialabteilung IV (Kapitalverbrechen) der Staatsanwaltschaft Zürich eingeschaltet. Die Anklage lautet auf mehrfache qualifizierte Freiheitsberaubung und Entführung, Entziehung von Unmündigen, versuchte Erpressung und Drohung. Mit dieser rechtlichen Qualifikation betreten die Strafverfolger rechtliches Neuland. Unter Juristen ist umstritten, ob man die eigenen Kinder überhaupt entführen kann. Bei einer Verurteilung drohen Issam O. bis zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis. Zudem muss der inhaftierte Entführer nach einer Verurteilung damit rechnen, dass sogleich ein weiteres Strafverfahren eröffnet wird, wenn er sich der Rückführung der Kinder zur Mutter widersetzt.

Entführungen wie jene von Elias und Jonas sind keine Seltenheit. Jedes Jahr werden etwa vierzig Kinder von einem Elternteil aus der Schweiz ins Ausland entführt, meistens vor dem Hintergrund einer Trennung. Viele Fälle lassen sich gütlich oder aufgrund des sogenannten Haager Abkommens auf dem Weg der internationalen Rechtshilfe regeln. Fatal wird es, wenn Kleinkinder von ihrem Vater in ein islamisches Land verschleppt werden. Denn nach islamischer Rechtsauffassung bestimmt der Vater auch nach einer Trennung allein über die Familie. Die Mütter sehen ihre Kleinen in der Regel erst wieder, wenn sie erwachsen sind.

Der Fall von Jonas und Elias eignet sich insofern für einen Pilotprozess, als er alle Merkmale einer Entführung enthält. Issam O. hatte die Verschleppung seiner Kinder von langer Hand geplant (*Weltwoche* Nr. 47/2010). Obwohl Janine Schoch die Geburtsurkunden ihrer Söhne gesperrt hatte, gelang es ihm bereits im Januar 2009 unter nebulösen Umständen, auf dem tunesischen Konsulat in Bern heimlich Reisepässe für Jonas und Elias zu beschaffen. Nachdem er sich drei Monate später von seiner Frau getrennt hatte, drohte er ihr unter vier Augen mit der Entführung der Kinder. Gegenüber den Behörden gab er sich jedoch geradezu devot. Erfolglos lief Janine Schoch von Pontius zu Pilatus, um die sich abzeichnende Entführung zu verhindern. Die Justiz und die Vormundschaftsbehörde in Frauenfeld stellten sich schützend vor den Tunesier und stellten die Mutter als islamophobe Hysterikerin hin.



Nach Tunesien entführt: Elias (l., 6), Jonas (4).

Als die beiden 2003 geheiratet hatten, gab sich Issam O. modern und weltlich. Erst nach der Geburt der Kinder wandte er sich einem Islam zu, der bald fanatische Züge trug. Zuerst verlangte er von den Kindern und danach auch von seiner Frau, dass sie sich seinem Regime unterwarfen, was schliesslich zur Trennung führte. Doch danach ging der Terror erst recht los. So wies er die Kinder an, zu spucken, wenn sie ein (Schweizer) Kreuz sahen oder Kirchenglocken hörten. Auch verbot er ihnen jeden Kontakt mit den Grosseltern Schoch.

170 000 Franken Lösegeld

Vordergründig spielten weltanschauliche Gründe bei der Entführung eine zentrale Rolle. «Ein Rechtssystem, das die Ehe von Schwulen zulässt, hat für mich keine Gültigkeit», erklärte Issam O. einmal. Doch als die beiden Buben in Tunesien waren, forderte er Janine Schoch schriftlich und ultimativ («mein erstes und letztes Angebot») auf, ihm insgesamt 170 000 Franken zu überweisen. Wenn sie ihm diesen Betrag zur Verfügung stelle, dürfe sie, überwacht von den Grosseltern, mit ihren Buben in Jendouba zusammenleben. Ansonsten würde er mit Jonas und Elias in Libyen untertauchen. Im Falle einer versuchten Rückentführung würde er die Kinder erschliessen.

Geldforderungen sind bei derartigen Kindesentführungen nicht aussergewöhnlich. Dies zeigen auch andere Fälle, über die in diesem Blatt schon berichtet wurde. In ärmeren Ländern sind Kinder Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung in einem. Sie lernen von klein auf, dass sie dereinst für ihren Clan zu sorgen haben. Kinder mit einem Schweizer Pass sind besonders wertvoll. Sobald sie volljährig sind, schickt man sie in ihre alte Heimat

zurück, wo sie, auch als ungelernete Hilfskräfte oder Fürsorgebezüger, der Familie ein Mehrfaches von dem überweisen können, was sie in Nordafrika verdienen würden.

Das Aussendepartement (EDA) rät in solchen Fällen, mit den Entführern zu verhandeln. Wie der Fall von Jonas und Elias zeigt, sitzen die Väter und ihre Sippschaften allerdings am längeren Hebel. Sie haben keinen Anlass, auch nur ein Jota von ihren Maximalforderungen abzurücken. Für sie ist es ohnehin gottgegeben, dass sich die Frau dem Kommando des Mannes unterwirft. Kommt dazu, dass die Angehörigen von Issam O. genau wissen, dass sie die Knaben nie mehr sehen werden, wenn diese in die Schweiz zurückkehren. Dem Tunesier war es von Anfang an klar, dass er sich mit der Entführung die Möglichkeit selber verbaute, weiter in der Schweiz zu leben.

Wie soll eine Mutter auf eine derartige Erpressung reagieren? Geht sie auf die Forderungen ein, kann sie das Leid vielleicht mildern. Allerdings ist jede erfolgreiche Entführung eine Einladung für Nachahmer. In Kolumbien, wo Entführungen epidemische Ausmasse angenommen haben, war das Bezahlen von Lösegeld bis vor kurzem unter Strafandrohung verboten. Das Gesetz wurde gelockert, weil verzweifelte Angehörige meist trotzdem zahlten. Doch im Prinzip ist das Lösegeldverbot konsequent: Wenn sich keiner erpressen lässt, gibt es auch keine Erpressungen mehr.

Die offizielle Schweiz reagiert in der Regel höchstens passiv auf Kindesentführungen in muslimische Länder. Faktisch werden die Entführungsoffer nicht mehr als Schweizer Bürger behandelt. Damit soll verhindert werden, dass die Familien der Erpresser aus dem Status der Kinder auch noch Profit schlagen. Issam O. dürfte allerdings der erste Kindesentführer sein, der aus einem islamischen Land ausgeliefert wurde. Möglich war dies nur, weil er nach Marokko reiste und weil Marokko neben der Türkei als einziges muslimisches Land das Haager Abkommen ratifiziert hat.

Janine Schoch kämpft seit nunmehr über ein- einhalb Jahren mit allen juristischen Mitteln um die Heimkehr ihrer beiden Buben. Nach Jendouba zu ziehen und sich dem Diktat des Entführers zu unterwerfen, war nie eine Option für sie. Wie sie von tunesischen Freunden erfahren hatte, soll Issam O. in Tunesien einen Haftbefehl gegen sie erwirkt haben. Indirekt räumte er diesen Schachzug in der Strafuntersuchung auch ein. Erst nach langwierigen Verhandlungen konnte die verzweifelte Mutter im letzten Sommer für ein paar Tage nach Tunesien reisen. Die beiden kleinen Buben konnten sich kaum noch mit ihrer Mutter verständigen, sie sprechen nur noch arabisch. Der einzige Trost, der ihr noch bleibt: Auch wenn eine langjährige Freiheitsstrafe für Issam O. den Kindern wenig hilft, soll sie künftigen Entführern als Abschreckung dienen. ○

Keine Gnade

Wohneigentum ist in der Schweiz teuer. Nun will der Bundesrat auch noch den Vorbezug von Pensionskassen-Kapital einschränken. Die Argumente der Regierung überzeugen nicht. *Von Peter Keller*



Die Finanzierung bleibt schwierig: Überbauung in Volketswil ZH.

Trotz historisch tiefer Hypothekarzinsen: Nur wenige Schweizerinnen und Schweizer leben in ihren eigenen vier Wänden. Mit 38 Prozent liegt die hiesige Wohneigentumsquote weit unter dem europäischen Durchschnitt. Auch im Vergleich zu den unmittelbaren Nachbarn ist sie tief: In Deutschland beträgt die Quote rund 43 Prozent, in Frankreich 55, in Österreich 56, in Italien sogar 80 Prozent.

Es ist nicht so, dass Herr und Frau Schweizer lieber zur Miete wohnen. Nur ist die Finanzierung eines Eigenheims hierzulande äusserst schwierig. Trotz der guten Löhne. Bauland ist knapp und darum kostspielig, die Nachfrage – auch wegen der ungebremsten Zuwanderung – konstant hoch.

Wer nicht übermässig verdient und sich trotzdem eine eigene Wohnung leisten möchte, konnte bisher die berufliche Vorsorge anzapfen. Mit der zweiten Säule (Pensionskasse) ist jeder Arbeitnehmer zum Zwangssparen verpflichtet. Bis jetzt durften Versicherte ihr Altersguthaben vorbezahlen und selber anlegen: in selbstbewohnte Immobilien.

Diese Möglichkeit wird intensiv genutzt. Im Jahr 2000 wurden rund 2,11 Milliarden Franken für die Finanzierung von Wohneigentum vorbezogen. 2008 waren es bereits 2,84 Milliarden Franken. Eine Zunahme von dreissig Prozent in wenigen Jahren. Auch wenn die neuesten Zahlen noch nicht vorliegen: Der

Trend hält an, zumal die Pensionskassen magere Gewinne oder sogar Verluste ausweisen und die Renten unter Druck kommen.

Eben hat die öffentlich-rechtliche Luzerner Pensionskasse ihren Zinssatz für Altersguthaben gesenkt: von 1,8 auf 1,3 Prozent. Ähnlich sieht es in der ganzen Schweiz aus. Fast alle Kassen kämpfen mit Unterdeckung. Sie können die Ansprüche nicht mehr finanzieren. Je weniger attraktiv aber die zweite Säule ist, desto grösser der Anreiz, das Geld aus der Vorsorge zu nehmen und in Wohneigentum zu investieren.

Dem Bundesrat ist diese Entwicklung nicht entgangen. Exakt am 24. Dezember veröffentlichte das Bundesamt für Sozialversicherungen seinen «Bericht des Bundesrates zuhanden der Bundesversammlung über die Zukunft der 2. Säule». Obwohl das 176 Seiten starke Papier an Weihnachten erschienen ist, können sich die Betroffenen wenig freuen. Der Bundesrat schlägt mehrere «Lösungsansätze» vor, wie der Vorbezug für Wohneigentum künftig massiv eingeschränkt werden könnte.

Druck auf Eigenmietwert wächst

Pro Jahr beziehen rund 35 000 Versicherte Pensionskassen-Gelder für den Erwerb von Wohneigentum. Durchschnittlich werden dabei 70 000 bis 75 000 Franken ausgelöst. «Diese Fakten werden zunehmend kritisch diskutiert», behauptet der Bundesrat und rügt, dass

die Vorbezüge nur selten zurückbezahlt würden. Tatsächlich erfolgen jährlich bloss um die 4500 Rückzahlungen. Was nicht weiter erstaunt: Schliesslich beziehen vor allem jene Versicherten das Geld, die nicht über einen üppigen Sparbatzen verfügen.

Das wäre nicht weiter schlimm. Wenn durch den Erwerb einer Liegenschaft die Wohnkosten sinken, kann die tiefere Pension kompensiert werden. Aber auch hier hat der Bundesrat seine Einwände: Ob sich die Wohnkosten senken liessen, hänge stark von der Entwicklung des Immobilienmarktes oder der Hypothekarzinsen ab, heisst es im Bericht. «Langfristige Prognosen sind deshalb schwierig.»

Wie wahr – und wie bigott. Auch bei der ordentlichen beruflichen Vorsorge hängt die Rente (unter anderem) von der Entwicklung des Immobilienmarktes oder der Hypothekarzinsen ab. Viele Pensionskassen haben ihr Geld in Wohnungen angelegt – und die Versicherten zahlen als Mieter die «Renditen». Tiefe Zinsen sind gut für Leute mit Schulden, aber schlecht für solche mit Guthaben – dazu zählen auch die Pensionskassen-Gelder.

Nun will der Bundesrat die Kapitalbezüge teilweise radikal einschränken. Einer seiner «Lösungsansätze» ist, dass nur noch das überobligatorische Altersguthaben vorzeitig bezogen werden darf oder nur noch bis zum Alter von vierzig Jahren oder der Bezug ganz abgeschafft werden soll. Das Motiv hinter der Intervention ist ein anderes: Je höher die Wohneigentumsquote ausfällt, desto grösser würde der Druck auf den Eigenmietwert. Diese Einrichtung ist weltweit einmalig: Sie zwingt den Immobilienbesitzer, auf sein selbstbewohntes Wohneigentum eine fiktive Einkommenssteuer zu zahlen. Ein Unding. Aber gut für die Kantone: Der Eigenmietwert drückt manche Steuererklärung in eine höhere Progression.

2004 hätte der Eigenmietwert abgeschafft werden sollen. Die kantonalen Finanzdirektoren bekämpften unter der Führung der damaligen Präsidentin Eveline Widmer-Schlumpf die Vorlage erfolgreich. Nun will der Bundesrat sogar den Kapitalvorbezug einschränken.

Auch die am 11. März zur Abstimmung anstehende «Bauspar-Initiative» findet keine Gnade. Der Bundesrat lehnt das steuerlich privilegierte Bausparen ab – unter anderem mit dem Hinweis, es bestehe ja heute schon die Möglichkeit zum Vorbezug von Kapital aus der beruflichen Vorsorge... Aber nicht mehr lange, wenn es nach dem Willen des gleichen Bundesrates geht. ○



Essay

Plädoyer für die Wehrpflicht

**Die Armee benötigt immer weniger Leute.
Es wird höchste Zeit, den Zivildienst abzuschaffen
und die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen.
Das gebietet die christliche Ethik.**

Von Peter Ruch

Du sollst nicht morden» heisst präzise übersetzt das sechste Gebot. Jesus radikalisiert es in der Bergpredigt mit den Worten: «Ich aber sage euch: Jeder, der seinem Bruder zürnt, sei dem Gericht übergeben. Und wer zu seinem Bruder sagt: «Du Trottel», der sei dem Hohen Rat übergeben. Und wer sagt: «Du Narr», der sei der Feuerhölle übergeben» (Matthäus 5, 22). Diese Bibelstellen sind wegleitend, wenn kirchliche Wortführer gegen den Krieg oder gegen die Armee Stellung nehmen. Es ist keine Frage, dass aus christlich-theologischer Sicht die Tötung eines Menschen verboten ist. Darauf hat die Kirche zuerst den Finger zu legen.

Wenn Töten erlaubt ist

Sie darf jedoch nicht verschweigen, dass in Extremsituationen das Töten erlaubt oder geboten sein kann. Auch Jesus respektiert den Staat als Ordnungsmacht mit Gewaltmonopol, wenn er sagt, man solle dem Kaiser geben, was des Kaisers sei. Der Apostel Paulus hat es im Römerbrief dargelegt: «Wer sich gegen die Autorität des Staates auflehnt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes [...]. Denn Gottes Dienerin ist die staatliche Autorität [...]. Nicht umsonst trägt sie das Schwert; im Dienst Gottes steht sie, beauftragt, den zu bestrafen, der das Böse tut» (Römer 13, 1–3).

Die Bestrafung, und erst recht die Tötung eines Menschen, ist ein Extremfall. Für solche Extremfälle müssen Polizei und Militär gerüstet sein. Das ist problematisch. Denn bei der Verhaftung und Bestrafung eines Menschen geschieht ein Verbrechen mit umgekehrten Vorzeichen.

Und im Krieg wird in erschreckender Weise fast alles getan, was Gott verboten hat: stehlen, töten und brandschatzen – und in den Dunkelkammern wird womöglich betrogen und misshandelt. Wie kann ein Christ das dulden, wenn es doch die Aufgabe des Staates ist, menschliches Leben zu schützen, Recht zu sprechen und den Frieden zu erhalten?

Es gibt ein Recht, das in Wahrheit Unrecht ist, und es gibt einen Frieden, der bloss eine Friedhofsruhe ist. Bei gebeugtem Recht und gefälschtem Frieden kann der Krieg unvermeidlich werden. Die Pazifisten verschliessen die Augen davor und sind mit den Militaristen darin verbündet, dass sie den Krieg von den

Zusammenhängen lösen. Sie ignorieren die Tatsache, dass ein Staatswesen vor der Frage stehen kann, ob es sich aufgeben oder behaupten muss.

Der Untergang eines Staates allein ist noch kein Kriegsgrund. Aber wenn mit ihm auch gleich Bürgerrechte, Freiheit und Menschenwürde weggeputzt werden, dann ist die Selbstbehauptung geboten. Deshalb kann christliche Ethik auch niemals absolut pazifistisch sein, und ihre Vertreter müssen darüber nachdenken, wie man einen allfälligen Krieg organisiert.



Es gibt keine Alternative: Schweizer Soldaten.

Seit der Französischen Revolution wissen wir, dass nicht ein Herrscher der Staat ist, sondern die Bürger. Er fällt in die Verantwortung jedes Einzelnen. Das gilt auch für den Krieg und die Kriegsprävention. Es gibt deshalb zur allgemeinen Wehrpflicht keine Alternative.

Dass die wenigsten Menschen Lust haben, auf Tod und Leben zu kämpfen, versteht sich von selbst. Aber der Schutz vor Terror und Unterdrückung ist ein höheres Gut als das Lustprinzip. Die Unterscheidung zwischen Individualethik und Sozialethik ist fragwürdig, weil sie das Individuum vom Gemeinwesen entkoppelt.

Angesichts des sinkenden Personalbedarfs ist die Armee versucht, junge Leute bei den geringsten Hindernissen auszumustern oder gar nicht zu rekrutieren. Der Militärdienst wird faktisch freiwillig. Der Armee stehen mit der Zeit nur noch die Wehrwilligen und Kriegslustigen, längerfristig womöglich die Ungebildeten und Erfolglosen zur Verfügung.

Es braucht pazifistische Soldaten

Daraus ergeben sich zwei Gefahren. Erstens: Die Armee könnte sich gegenüber den Bürgern verselbständigen. Zweitens: Das Wegbleiben von pazifistisch gesinnten Soldaten raubt ihr das innere Korrektiv, das die Dunkelkammern ein wenig ausleuchtet und menschenverachtende Übergriffe bremst.

In den USA wurde die Wehrpflicht 1973 abgeschafft. Die jungen Männer mussten sich zuerst noch registrieren, doch seit 1986 wird auch diese Registrierung nicht mehr durch-

«Der Schutz vor Terror und Unterdrückung ist ein höheres Gut als das Lustprinzip.»

gesetzt. Der deutsche Kanzler Helmut Schmidt kritisierte dies unverhohlen. Im Irakkrieg wurden schwere Übergriffe von amerikanischen Soldaten gegen Zivil- und Militärpersonen bekannt. Sie stehen mit der Selektion des Berufsheeres vermutlich in einem direkten Zusammenhang.

Braucht eine Armee weniger Leute, so lässt sich das anders regeln: Wehrpflichtig ist zum Beispiel, wer an einem geraden Datum oder in einem ungeraden Monat geboren wurde. Der Code lässt sich von Jahr zu Jahr neu anpassen und auslösen. Die faktische Abschaffung der Wehrpflicht ist ein Rückschritt Richtung Standesgesellschaft und aus theologisch-ethischer Sicht abzulehnen.

Peter Ruch ist Pfarrer der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde von Küssnacht.

Die Profiteure

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit kommen Gewerkschaften, Verbänden und findigen Treuhändern gerade recht. Sie spielen sich als Polizei auf dem Arbeitsmarkt auf und treiben mit überspitztem Formalismus Bussen ein. Jetzt wird sogar im Voraus abkassiert. *Von Florian Schwab*



Die Angst vor Lohndumping ist ein einträgliches Geschäft: Demonstration der Gewerkschaften Unia und Syna in Bern.

Es ist der 4. Februar 2011. In den Büros der Resida Treuhand und Wirtschaftsprüfungs GmbH in Bazenhaid SG marschiert Evi Staubli Nürnberg auf. Das Ziel der Erlenbacher Geschäftsfrau: eine Kontrolle der Lohnbücher der Firma Air Clean AG, die von dem Treuhandunternehmen verwaltet werden. Air Clean ist ein mittelständisches Unternehmen im aargauischen Berikon, das sich auf die Reinigung von Klimaanlage spezialisiert hat.

Für diese in der Branche vergleichsweise qualifizierte Arbeit bezahlt Firmenchef Bruno Armuzzi Löhne, die mit rund 25 Franken weit über dem im Gesamtarbeitsvertrag für das Reinigungsgewerbe festgelegten Mindestlohn von 17 Franken liegen. Er gestattet seinem Treuhänder, der Kontrolleurin die Lohnbücher vorzulegen, allerdings nur der angemeldeten Evi Staubli persönlich und nur im Hause seines Treuhänders. Zur Wahrung des Geschäfts-

heimnisses verbietet Armuzzi, dass sensible Daten das Büro seines Treuhänders verlassen.

Bürokratische Spitzfindigkeiten

Die Kontrolleurin ist im Auftrag der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unterwegs, die in der paritätischen Kommission der Kantone Aargau und Solothurn organisiert sind, um den branchenspezifischen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) durchzusetzen. Staublis Unternehmen ist mit polizeilichen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt ausgestattet und kann Bussen verteilen.

Im Fall von Armuzzis Air Clean wird Frau Staubli schnell klar, dass der Mindestlohn eingehalten ist. Sie könnte sich wieder auf den Rückweg machen. Stattdessen präsentiert Evi Staubli am Nachmittag ihre Mitarbeiterin S.V. (Name der Redaktion bekannt). S.V. spricht nur unvollständig Deutsch, ihre Ausbildung

und ihre Qualifikationen sind völlig unklar. Die junge Frau will Daten vom Computer des Treuhänders herunterladen, um diese mit nach Hause zu nehmen, was der Treuhänder auf Geheiss seines Kunden Armuzzi verbietet.

Spätestens seit dann trachten Frau Staubli und ihre Erlenbacher Firma Agema Beratung GmbH offenbar nur noch danach, das sprichwörtliche Haar in der Suppe zu finden. Im ureigenen Interesse, denn sobald ein Verstoss gegen den Gesamtarbeitsvertrag festgestellt wird, muss das betreffende Unternehmen die stolzen Kosten für die Lohnbuchkontrolle selbst berappen. Tatsächlich erhält Armuzzi von der paritätischen Kommission eine Rechnung über 8530 Franken. Mehr als siebzig Stunden Arbeit stellt das Unternehmen von Evi Staubli für die Lohnbuchkontrolle in einem Zehnmannbetrieb in Rechnung – solche Beträge für kleine und kleinste Unterneh-

men sind kein Einzelfall, wie andere Beispiele zeigen. Wie jenes von Yvonne Gassmann (*Weltwoche* Nr. 43/11 «Kartell der Selbstbedienung»). Frau Staubli wird von ihren Opfern übereinstimmend als ausgesucht freundlich beschrieben. Das Handwerkszeug für ihr jetziges Geschäftsmodell eignete sie sich als Direktorin des Verbands Schweizerischer Schreinermeister (VSSM) an, wohlgerne einer Arbeitgebervereinigung. Noch bevor sie den Verband verliess, gründete ihr Ehemann Klaus das Erlenbacher Beratungsunternehmen Agema, in dem sie nun Jagd auf angebliche GAV-Sünder macht. Zum Abschied hat ihr der Verband untersagt, bei seinen Verbandsmitgliedern Kontrollen durchzuführen. Bei Nichtmitgliedern sei es kein Problem, wie der Verband bestätigt. Auf Anfrage wollen sowohl Evi Staubli als auch ihre Mitarbeiterin S. V. keine Auskunft zum Fall Armuzzi geben. Die Kontrolleure geben sich zugeknöpft.

Tatsache ist: Zusätzlich zu den 8350 Franken für die Kontrolle werden Nachzahlungen an die Mitarbeiter im Umfang von 4300 Franken angeordnet. Die Begründungen sind fadenscheinig. Es geht um bürokratische Spitzfindigkeiten wie das Fehlen von einzelnen Arbeitsverträgen mit den Mitarbeitern. Firmenchef Armuzzi ist der Meinung, ergänzend zum sowieso geltenden Gesamtarbeitsvertrag genüge ein unterschriebenes Blatt, das die wichtigsten individuellen Angaben regelt wie Anstellungsverhältnis, Ferien und Pensum. «Materiell habe ich den GAV zu jedem Zeitpunkt eingehalten», sagt Armuzzi.

Hätte Frau Staubli kein Haar in der Suppe gefunden, dann hätte der Auftraggeber der Lohnbuchkontrolle die Zeche bezahlen müssen: Gemäss Gesamtarbeitsvertrag werden Lohnbuchkontrollen wie jene bei Bruno Armuzzi von der sogenannten paritätischen Kommission in Auftrag gegeben, die zu gleichen Teilen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht. Im Falle von Armuzzis Air Clean AG ist die paritätische Kommission der Reinigungsbranche der Kantone Aargau und Solothurn zuständig. Deren Geschäftsstelle wird von der Gewerkschaft Syna geführt. Ruft man auf die offizielle Telefonnummer der paritätischen Kommission an, landet man direkt bei der Syna.

Solche Sekretariatsarbeit ist auch finanziell attraktiv. Die Syna Aargau erhält hierfür eine halbe Vollzeitstelle bezahlt. Die Mittel dafür stammen aus den sogenannten Vollzugskostenbeiträgen, die sämtlichen Arbeitnehmern vom Lohn abgezogen werden.

Umverteilung an die Gewerkschaften

Eine Abrechnung der regionalen paritätischen Kommission ist allerdings nicht zu bekommen. «Wir führen keine eigene Rechnung, das Rechnungswesen läuft komplett über die paritätische Kommission für die Deutschschweiz»,

sagt Marco Piovaneli, der für die Syna in der regionalen Kommission sitzt. Die Deutschschweizer Kommission ist gleichzeitig die Rekursstelle, an die Entscheidungen der regionalen Kommissionen weitergezogen werden können. Ihre Geschäftsstelle wird von der LMP Novitas Treuhand AG verwaltet. Ihr Geschäftsführer ist Evi Staublis Facebook-Freund Benno Locher. Bei ihm und seiner ebenfalls in der Firma beschäftigten Ehefrau laufen die Finanzen sämtlicher regionalen paritätischen Kommissionen in der Deutschschweiz zusammen. Nicht nur aus der Reinigungsbranche: Locher führt die Geschäftsstelle der entsprechenden Kommissionen in den Branchen Sicherheit, Zahntechnik und Coiffeurwesen. Dreizehn Mitarbeiter beschäftigt er für diese Aufgabe, davon viele mit juristischer Ausbildung. Ein Millionengeschäft. Seit Monaten versucht die *Weltwoche* vergebens, die Abrechnungen der paritätischen Kommissionen zu bekommen.

Immer raffiniertere Methoden

Das Geschäftsmodell der paritätischen Kommissionen und ihrer beauftragten Handlanger



Kautionspflicht: FDP-Nationalrat Malama.

ist so einfach wie sicher: Es geht darum, dem geprüften Unternehmen möglichst die Kosten für die Kontrolle aufzubürden. So bleiben die ohnehin umfangreichen Finanzen der paritätischen Kommission geschont und können an die Verbände ausgeschüttet werden. Hiervon profitieren vor allem Gewerkschaftsmitglieder, die auf Kosten aller Angestellten (auch Nichtmitglieder) an gewerkschaftsnahen Seminaren teilnehmen können und dafür sogar noch bezahlt werden. Für den zeitlichen Einsatz (üblicherweise samstags) bezahlt die Gewerkschaft jedem Teilnehmer 160 Franken. Auch der Mitgliederbeitrag der Gewerkschafter wird aus dem Vollzugskostenbeitrag aller Beschäftigten finanziert – eine Umverteilungsmaschine von Nichtmitgliedern zu Gewerkschaftern.

Auch manche Arbeitgeberverbände setzen die Gesamtarbeitsverträge gezielt ein. Das bisher raffinierteste Mittel, unliebsame Konkur-

renz auszuschalten, hat sich Ex-Nationalrat Hans Rudolf Gysin (FDP/BL) als Chef der Wirtschaftskammer Baselland ausgedacht: die sogenannte Kautionspflicht. Inländische und ausländische Unternehmen, die im Landkanton tätig sein wollen, müssen eine Kautionspflicht von 20 000 Franken hinterlegen, um sicherzustellen, dass sie im Falle von Verstössen gegen den Gesamtarbeitsvertrag die Strafen zahlen können. Für kleine Unternehmen ist es nicht ohne weiteres möglich, einen derartigen Betrag zu hinterlegen. Letztlich werden die grossen Unternehmen bevorzugt und kleine Unternehmen aus dem Markt gedrängt. Eine solche Kautionspflicht geht von Anfang an von einem Fehlverhalten aus. Genauso gut könnte man jedem Autofahrer am Anfang des Jahres eine Kautionspflicht abknöpfen, aus der er seine Geschwindigkeitsbussen bezahlen soll.

Ein Verband von Kleinunternehmen klagte gegen das fragwürdige Verfahren und bekam erstinstanzlich vor dem Kantonsgericht Baselland recht. Der Entscheid wurde vom Bundesgericht aufgehoben. Jetzt macht das Beispiel Baselland Schule. Auch Basel-Stadt wird in den



Allgemeinverbindlich: Chefbeamter Gaillard.

nächsten Wochen eine entsprechende Kautionspflicht einführen. Mit der Unterstützung des dortigen Gewerbeverbandes, präsidiert von FDP-Nationalrat Peter Malama. Malama war eher ein Kritiker des egoistischen Treibens rund um Gesamtarbeitsverträge.

Der freie Arbeitsmarkt ist einer der grössten Wettbewerbsvorteile der Schweiz. Er wird von gierigen Gewerkschaften, findigen Beratungsunternehmen und wettbewerbsfeindlichen Wirtschaftsverbänden aus den Angeln gehoben. Schuld daran ist der Bundesrat, der auf Antrag von Serge Gaillard, Direktor für Arbeit im Seco und ehemaliger Gewerkschafter, immer mehr Gesamtarbeitsverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Kein Wunder, ist die Bewirtschaftung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und der Angst vor Lohndumping ein einträgliches Geschäft. ○

Schafft SF 2 ab!

Mit SF 2 hintertreibt die SRG den Service-public-Gedanken. Mittlerweile hat der Sender seine einzige Existenzberechtigung verloren: junges Publikum zu binden. *Von Rico Bandle*

Die Zahlen sind miserabel. Der Marktanteil von SF 2 ist im zweiten Halbjahr 2011 von 8 Prozent im ersten Halbjahr auf 6,5 Prozent geschrumpft. Die eingekauften US-Serien wie «Hung» oder «Glee» floppten, die Jugendsendung «Zambo» kam nie auf Touren, zudem blieben grosse Sportereignisse aus und damit auch die Zuschauer. Der deutsche Privatsender RTL hat in der Publikumsgunst den gebührenfinanzierten Schweizer Sender überholt. Noch schlimmer: Auch das junge Publikum wendet sich zunehmend vom Sender ab. Die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen schaute im letzten Halbjahr sogar etwas häufiger das als Altersfernsehen verschmähte SF 1 als das auf jugendlich getrimmte SF 2 (siehe Grafik).

Die Gelegenheit zur Abschaltung ist gut

Wenn es sich bei SF 2 um einen normalen gebührenfinanzierten Kanal handeln würde, wären die schlechten Zahlen kein Problem: Die Gebühren sind dafür da, damit Programme realisiert werden können, die nicht das grosse Publikum erreichen. Bei SF 2 ist das anders: Der Sender wurde mit dem Ziel geschaffen, junge Zuschauer an die SRG zu binden. Um dies zu erreichen, wirft man sämtliche Service-public-Kriterien über Bord: Das Programm besteht hauptsächlich aus US-Serien und Spielfilmen, die oft auch auf Privatsendern

laufen, zum Teil sogar zeitgleich. Was daran identitätsstiftend oder wichtig für die Demokratie sein soll (die meistgenannten Service-public-Kriterien), kann niemand erklären.

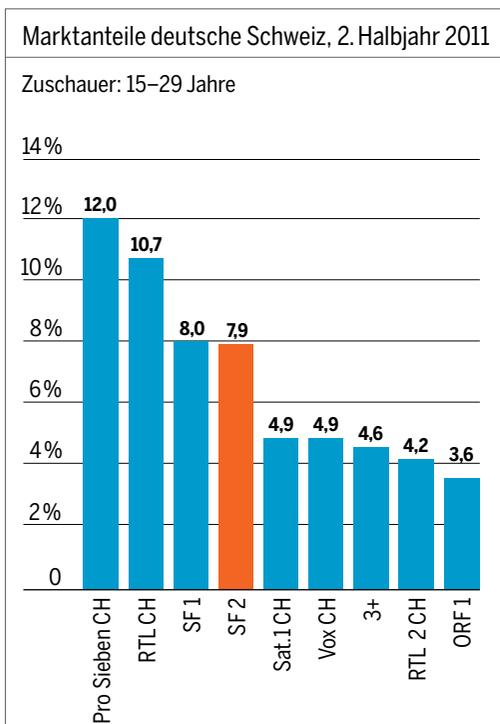
SRF-Direktor Rudolf Matter rechtfertigt SF 2 damit, dass der Sender dem Gesamtunternehmen Nettoeinnahmen beschere, die dann in Service-public-Programme einfließen würden (*Weltwoche* Nr. 51/11). Ob dies bei den aktuell tiefen Quoten noch immer zutrifft, ist unklar – Transparenz war noch nie die Stärke der SRG. Selbst wenn SF 2 noch immer Gewinn erwirtschaften sollte: Der Quotenabsturz ist die passende Gelegenheit, den Sender abzuschaffen. Die Gründe dafür sind zahlreich:

Image — SF 2 untergräbt den Service-public-Gedanken und schadet der SRG. Niemand nimmt Roger de Wecks wohlformulierte Anliegen wie den «Zusammenhalt des Landes fördern» oder «gemeinsame Erlebnisse schaffen» ernst, wenn die SRG Programme zeigt, die sich von Privatsendern nicht unterscheiden.

Qualität — In den letzten zwanzig Jahren schuf die SRG unzählige neue Radio- und TV-Sender. Jedem Trend wurde nachgeeeifert, man hat sich in alle Richtungen verzettelt, worunter auch die Qualität des Hauptprogramms leidet. Eine Konzentration auf das Kerngeschäft tut not: tiefgründige Information sowie Unterhaltung mit identifikationsstiftendem Charakter zu liefern.

Sparen — Dass SF 2 der SRG Nettoeinnahmen bringt, stimmt nur, wenn man den Sender isoliert betrachtet. Als der Bundesrat der Deutschschweiz einen zweiten Kanal bewilligte, musste er aus regionalpolitischen Gründen den anderen Landesteilen ebenfalls einen gewähren. Mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen: In den kleinen Märkten der Romandie und des Tessins lassen sich Vollprogramme unmöglich durch Werbung refinanzieren. Schafft man SF 2 ab, kann man die überflüssigen Sender TSR 2 und TSI 2 ebenfalls streichen, ohne dass dies einen allzu grossen politischen Aufruhr zur Folge hätte. Hier ist Sparpotenzial vorhanden – allerdings muss die Deutschschweiz mit gutem Beispiel vorangehen.

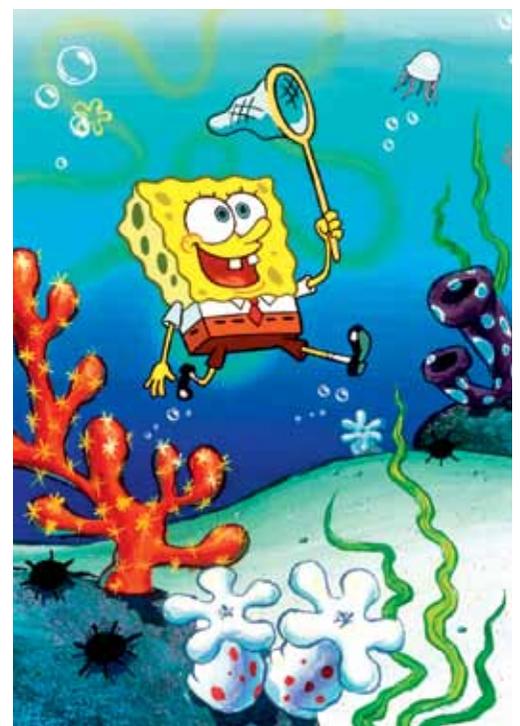
Relevanz — «Schweizer Radio und Fernsehen setzt Tag für Tag einen umfangreichen, gesetzlich festgeschriebenen Service-public-Auftrag um. Diese Leistungen sind für Gesellschaft und Demokratie existenziell», schreibt SRF. Der Grossteil des Programms von SF 2 ist für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags



Quoten: Junge schauen immer weniger SF 2.



Das Programm auf SF2: «Californication» mit



Zeichentrickserie «Spongebob».



David Duchovny als gescheitertem Hollywood-Schriftsteller Hank Moody.



Soap-Opera «Desperate Housewives».



Sportreporter Hüppi.

allerdings nicht von Belang. SRG-Generaldirektor Roger de Weck hat sich bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr das Ziel gesetzt, die Relevanz zu erhöhen. Die Abschaffung von SF 2 wäre ein grosser Schritt in die richtige Richtung.

Marktverzerrung — Jedes Arbeitslosenprojekt, jede Behindertenwerkstatt darf den primären Arbeitsmarkt, also die normalen Privatunternehmen, nicht konkurrenzieren. SF 2 verfolgt das Ziel, junges Publikum von den Privatsendern abzuziehen – mit einem Programm, das sich von den Privatsendern nicht unterscheidet. Dabei kann es in der Not auf einen üppig gefüllten Gebührentopf zurückgreifen. Dies bedeutet eine erhebliche Marktverzerrung und verhindert, dass dem Schweizer Fernsehen innerhalb des Landes eine starke Konkurrenz erwachsen kann.

Konkurrenz — Würde man SF 2 einstellen, könnte dafür 3+ oder ein neuer Privatsender den Sendeplatz einnehmen. Die Erfolgsaussichten wären sehr gut: Lässt sich ein SF 2 gewinnbringend vermarkten, spricht nichts dagegen, dass dies nicht auch einem Privatsender gelingen sollte.

Zweckentfremdung — Der Vorgängersender von SF 2, Schweiz 4, wurde 1994 mit dem Ziel gegründet, die besten Sendungen aus den drei Landesteilen für die andern Sprachregionen zugänglich zu machen. Schweiz 4 wurde einige Jahre später in SF 2 umgewandelt. Die anderen Sprachregionen erhielten in der Folge ebenfalls je ein zweites, eigenständiges Programm. Von der ursprünglichen Idee, die Landesteile zu verbinden, ist nichts mehr übrig.

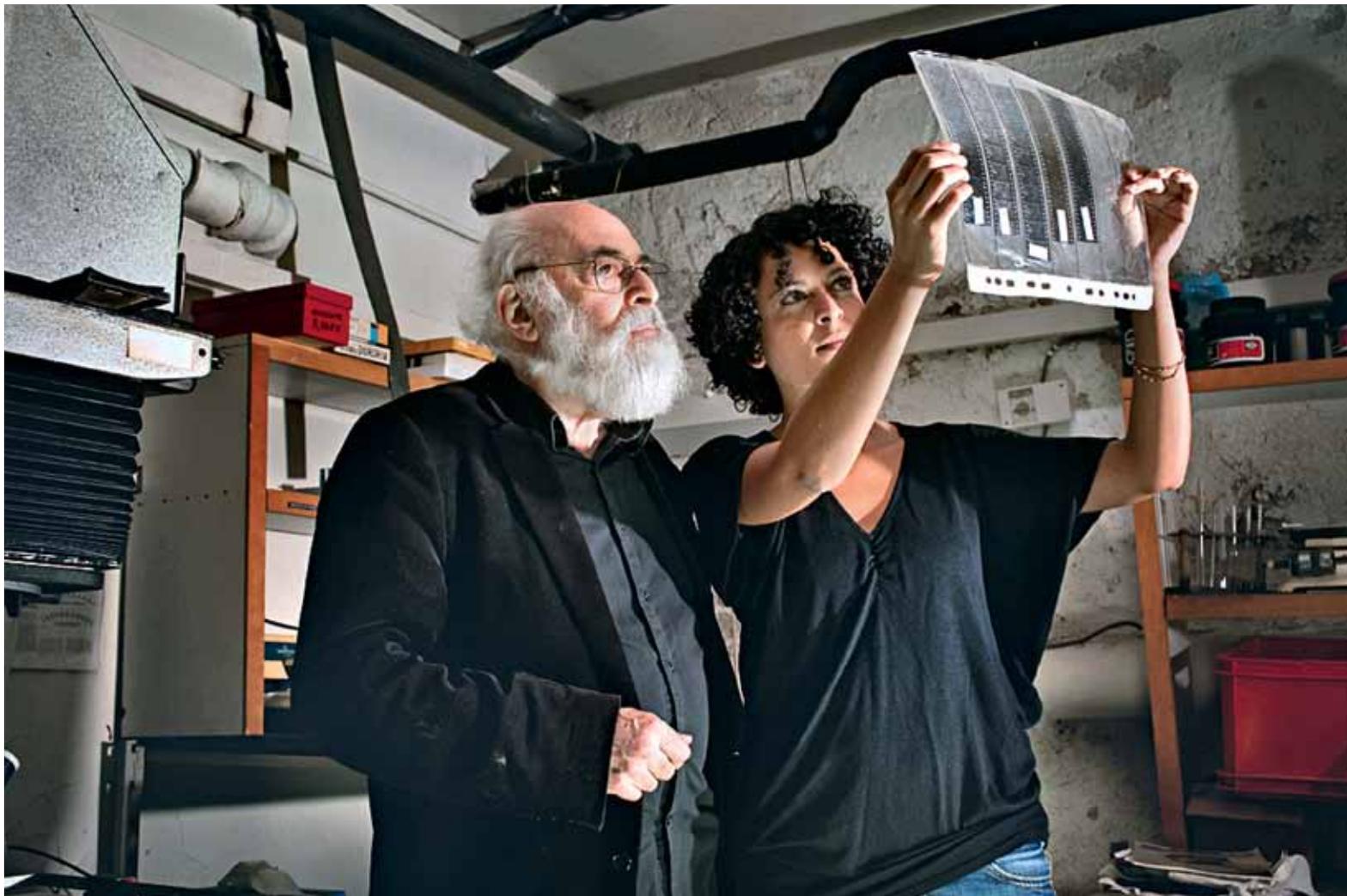
Sport wird überschätzt

Zu den Hauptaufgaben von SF 2 gehört nebst der Bindung des jungen Publikums die Übertragung von Sportereignissen. Die Verantwortlichen des Schweizer Fernsehens werden nicht müde, die Bedeutung des Sports für die SRG zu betonen: «Sport ist in der buntscheckigen, heterogenen Schweiz gemeinschaftsbildend», sagt Roger de Weck. Der Service-public-Aspekt des Sports wird allerdings überschätzt: Ob das gebührenfinanzierte Fernsehen oder ein Privatsender ein Fussballspiel überträgt, ist für den Zusammenhalt des Landes oder die Gemeinschaftsbildung irrelevant. Zudem können Sportereignisse auch auf dem Wiederholungskanal SF Info oder dem Hauptsender SF 1 übertragen werden.

Für den Erhalt von SF 2 spricht nicht viel: Die wahren Liebhaber von Serien und Spielfilmen bestellen die DVDs ohnehin in den USA, lange bevor sie in der Schweiz ausgestrahlt werden. Und die anderen Zuschauer können fast alles, was auf SF 2 ausgestrahlt wird, auch irgendwo auf einem deutschen Privatsender schauen. Die SRG sollte sich endlich wieder ihrer Kernaufgabe besinnen – und den Rest seinlassen. Zu diesem Rest gehört SF 2. ○

Die Kinder zuerst

Adolfo Kaminsky rettete während des Zweiten Weltkriegs und Jahrzehnte danach Tausenden von Menschen das Leben, ohne dass die Welt davon erfuhr. Erst jetzt ist der französische Passfälscher bereit, darüber zu reden. *Von Stefan Brändle*



«Der Schweizer Pass galt als völlig fälschungssicher»: Meisterfälscher Kaminsky, Tochter Sarah, 2010 im Labor in Paris.

Adolfo Kaminsky erinnert sich an jedes Detail. Zum Beispiel, wie er 1944 vergeblich versuchte, den biegsamen und doch festen Schweizer Pass nachzumachen. Bis in den Schlaf verfolgte ihn das Problem, denn von der äusserst dringenden Lösung hingen Menschenleben ab – doch der Pass galt damals als völlig fälschungssicher. «Schliesslich träumte ich mitten in der Nacht, wie ich vorgehen musste, um die richtige Papierqualität zu erhalten», erzählt der 86-jährige Mann mit dem weissen Vollbart. «Ich flocht eine Mullbinde in den Kartonmix, was ihm genau die richtige Elastizität verschaffte.»

Ja, Adolfo Kaminsky kann sich in seiner Pariser Sozialwohnung im Schatten des Eiffelturms an alles erinnern – nur die Namen seiner früheren Mitarbeiter wollen ihm nicht mehr auf Anhieb einfallen. «Das ist ein Gehirnreflex, der mir von jener Zeit geblieben ist:

Um unter der Folter der Gestapo keine Namen preiszugeben, löschte ich sie fast unbewusst aus meinem Gedächtnis aus.»

Das war ziemlich gescheit. Einen seiner Vorgesetzten richteten Hitlers Schlächter in einem Verlies südlich von Paris so übel zu, dass ihn die deutsche Abwehr in Paris nicht einmal mehr verhören konnte. Halbtot wurde der Widerstandskämpfer Cachoud – jetzt ist Kaminsky der Name doch noch eingefallen – vom fünften Stockwerk in den Treppenschacht geworfen.

Lebend aus dem Nachtzug gestossen

Viele Jahrzehnte später erzählt Kaminsky mit leiser, ungemein milder Stimme, und aus seinem Bart heraus tönt das, wie der gute Märchen Vater. Damals, da war er achtzehn alt gewesen, und es herrschte Krieg. Frankreich war im Griff der Nazis und ihrer Vichy-Kollabora-

teure. Adolfos jüdische Mutter stiessen sie in der Normandie, wo er aufgewachsen war, lebend aus dem Nachtzug. Sein russisch-argentinischer Vater schärfte dem jungen Färberlehrling ein, wie man sich im Hintergrund hält. Das zahlte sich aus, als er 1943 mit dem Widerstand in Kontakt kam. Er hatte einem Bekannten erzählt, wie man Schriften auf Briefpapier unsichtbar macht. Sogar für die blaue Waterman-Tinte, die damals niemand zum Verschwinden bringen konnte, hatte Adolfo ein Verfahren ausgetüfelt.

Man nahm ihn in ein geheimes Labor in einem Pariser Dachstock mit. Dort stellte eine Handvoll Leute bereits falsche Papiere für bedrohte Juden und Résistance-Kämpfer her. «Ich fiel fast um – sie entfernten den Judenstempel mit einfachem Chlor oder «Korrektor», erzählt Kaminsky. «Ich sagte ihnen, dass der Stempel in ein paar Tagen wieder gelblich

aufscheinen werde. Für den Inhaber des Passes war das höchst gefährlich!»

Dank seinen chemischen Talenten wusste der blutjunge Provinzlehrling viel besser Bescheid als die bestanden Fälscher der jüdischen Widerstandsgruppe, die in dem kleinen Dachlabor in der Pariser Rue des Saints-Pères 17 werkte. Adolfo wurde über Nacht engagiert, und fast ebenso schnell wurde er Laborchef. Seine älteren Kollegen kopierten seine Tricks und Methoden, so etwa, wenn er eine alte Singer-Nähmaschine in ein Stanzgerät für Passbildklemmen verwandelte. «Wir hatten nur sehr einfache Mittel, und doch musste die Kopie perfekt sein», meint Kaminsky und zieht ein paar selbstgeschnittene Stempel und einen alten Schweizer Pass aus der Schublade. «Alles andere kam für den Inhaber des Dokumentes einem Todesurteil gleich.»

Die besten Freunde musste er belügen

Bald überzog das Mansardenlabor an der Rue des Saints-Pères ganz Frankreich, die Nordzone über Belgien bis in die Niederlande mit falschen Papieren. Wie viele es waren, weiss Kaminsky auch nicht. «Etwa 10 000 Dokumente für Kinder, bedeutend mehr für Erwachsene», schätzt er.

Der Polizei blieb die zunehmende Perfektion der Passkopien nicht verborgen. Wie wild suchte sie in Paris den oder die genialen Meis-

Die Polizei suchte nach einem erfahrenen Profitechniker, nicht nach einem Siebzehnjährigen.

terfälscher. «Mein Vorteil war, dass sie nach erfahrenen Profitechnikern mit gewaltigen Druck- und Papiermaschinen suchten, nicht nach dem halben Kind, das ich damals war», sagt Kaminsky. Wenn er am Morgen das – als Malatelier getarnte – Labor aufsuchte, ging er aber zuerst um den Häuserblock, um allfällige Spitzel zu entdecken. Dem Metzger, dem Bäcker, der alten Nachbarin durfte nichts auffallen. Die besten Freunde musste er belügen. Wenn Adolfo einen Verbindungsmann in einem Hotel traf, öffnete er zuerst das Fenster im Flur des ersten Stockwerks, um notfalls rausspringen zu können, wenn sich der Treffpunkt als Falle herausstellen sollte.

Abgesehen von zwei, drei Kontaktpersonen kannte im ganzen Widerstand niemand die fünf Passfälscher. In Paris verteilte Adolfo die Identitätskarten zum Teil selbst. Die Adressen lernte er auswendig, bevor er sich auf die Tour machte. Einmal gerät er in der Metro in eine Ausweiskontrolle bewaffneter Vichy-Milizionäre. Sein eigener Pass, auf den Namen Julien Keller lautend, macht ihm keine Sorgen – er hat ihn selbst gefälscht. In seiner Tasche trägt er aber fünfzig gefälschte Dokumente, und diesmal nicht im doppelten Boden. «Und was ha-



Ohne Papiere, ohne Hoffnung: Auschwitz, 1944.



Dreissig Urkunden pro Stunde: Cover-Bild des Buches «Ein Fälscherleben» von Sarah Kaminsky.

ben Sie da drin?», fragt der Milizionär, ihm den Ausgang versperrend. Kaminsky muss die Tasche öffnen. Zuerst liegt ein Vesperbrot. Darunter die Pässe. Dem Achtzehnjährigen steht das Herz still. «Ich dachte, jetzt sei Schluss.»

Doch der Milizionär belässt es beim Blick auf das Sandwich. Adolfo steigt aus, atmet in der eisigen Luft des Friedhofs Père-Lachaise ein paarmal durch. Dann hastet er weiter, von Adresse zu Adresse, bis die Sperrstunde anbricht. Nun schleicht er sich auf der Schattenseite der Strasse weiter, immer auf der Hut vor der Polizei und den Vichy-Schergen. «Ich dachte an all die Leute, die in ihren Wohnungen auf

die Papiere warteten. Ich hatte kein Recht, mich erwischen zu lassen.»

Aber auch wenn er heil von jeder Tour zurückkehrte, blieb Adolfo gehetzt: In Drancy, der Nordpariser Durchgangsstation, fuhren die Eisenbahnzüge in immer schnelleren Abständen in Richtung deutsche Vernichtungslager ab. Das geschah jedes Mal, wenn tausend Internierte beisammen waren. Rettung vor den Razzias bot nur die Flucht, und dazu waren falsche Papiere nötig. Es war ein Wettlauf gegen die Zeit. Das heisst gegen den Tod. Adolfo hatte nur einfache Mittel zur Verfügung; er bastelte, improvisierte. Oft bezahlte er aus

dem eigenen Sack neues Material. Dafür sparte er am eigenen Essen.

Trotzdem arbeitete er wie wild bis in die Nacht hinein. «Mein grösster Feind war nicht die Gestapo, sondern die Müdigkeit. Die Rechnung war einfach: Ich stellte in einer Stunde dreissig Blankopapiere her. Wenn ich eine Stunde länger arbeitete, rettete ich also dreissig Leben», erinnert sich Kaminsky, und noch heute lebt er bei dem Gedanken an diese Rechnung auf. Nur sein rechtes Auge blieb starr. Ein Glasauge. Im Winter 44/45 arbeitete Kaminsky so lange über seinem Mikroskop, bis ihm das Auge für immer den Dienst versagte.

Als Radio London einmal Nachrichten über den Vormarsch der Alliierten in Nordafrika sendet, ordnen die deutschen Besatzer wütend eine Grossrazzia in Paris an. Die Résistance bekommt Wind davon – und Adolfo den Auftrag, 900 Dokumente für 300 Kinder herzustellen: Pässe natürlich, aber auch Identitätskarten, Lebensmittelmarken, Taufurkunden sowie eine Menge Passierscheine für die Begleiter. Das Ganze in drei Tagen. Wahnsinn. Zuerst kümmert sich Adolfo wie immer um die Kinder. Er schiebt zwei Freinächte ein. 600 Papiere sind geschafft, dann 700. Beim 812. wird ihm schwarz vor den Augen, er fällt im Labor hin. Jetzt muss er sich eine Stunde Ruhe gönnen.

Aber in Drancy fahren die Züge weiter ab. Einmal mit seinem Verbindungsmann «Pinguin», der Adolfo ins Labor geholt hatte. Der Mann mit dem seltsamen Decknamen fährt mit dreissig Kindern in seiner Obhut nach Auschwitz ab. Ohne Papiere. Ohne Hoffnung.

Manchmal weint Kaminsky bei seinem Bericht knapp siebzig Jahre später. Noch lange nach Kriegsende konnte er nicht darüber sprechen. Auch in seinem Umkreis wusste kaum jemand von seiner Fälschervergangenheit. Denn der junge Mann mit der dicken Brille machte im Untergrund weiter. Noch im Krieg heuerte ihn die französische Armee an. Als er aber später Karten für Militäreinsätze in Indochina herstellen sollte, quittierte der überzeugte Antikolonialist den Dienst. Nicht die «Arbeit».

Plötzlich war er für alle ein Verräter

Kaminsky fälschte Ausweise für KZ-Überlebende, die nach Palästina wollten. Den Zionismus lehnte er aber als überzeugter Atheist und Laizist ab. Ein paar Jahre später erstellte er Papiere für die algerische Widerstandsorganisation FLN im Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich. Plötzlich war er für alle ein Verräter – für die Israeli, für die Franzosen. Zeitweise musste er sich nach Belgien und Algerien absetzen. Aber auch dort arbeitete er nicht nur offiziell als Fotograf, sondern auch als Fälscher. Wieder zurück in Paris, versorgte er bald auch Anti-Apartheid-Kämpfer des ANC und andere afrikanische Befreiungsbewegungen mit gefälschten Papieren. Auch in einem Dutzend südamerikanischer Staaten und in Griechenland half er den Diktaturgegnern.



Er arbeitete so lange, bis das rechte Auge für immer erlosch: Kaminsky im Pariser Fälscherlabor, 1947.

Diese Aktivitäten musste er vor dem französischen Geheimdienst verbergen. Selbst seine Ehefrau Leila, Tochter eines algerischen Imams, wusste nicht alles. Irgendwann verlangte aber seine Tochter Sarah Auskunft über die heimlichen Tätigkeiten ihres Vaters. Kaminsky hielt sie jahrelang hin, doch als er schon über achtzig war und längst keine Papiere mehr nachmachte, liess sie nicht mehr locker. Kaminsky brach das Schweigen, Sarah erfuhr alles. «Ich habe zwei Jahre Nachforschungen und etwa zwanzig Interviews gebraucht, um Adolfo Kaminsky kennenzulernen, der für mich einfach «Papa» war», schreibt sie im Vorwort ihres Buches «Ein

«Mein grösster Feind war nicht die Gestapo, sondern die Müdigkeit.»

Fälscherleben» (auf Deutsch Ende 2011 bei Kunstmann erschienen).

Erst jetzt nimmt die Weltöffentlichkeit Kenntnis von dem Mann, der wohl zehnmal mehr Juden und Widerstandskämpfer rettete als Oskar Schindler, der Held eines Spielberg-Filmes. Kaminsky weist den Vergleich als «geschmacklos» von sich. Er suchte nie den Ruhm. Geld auch nicht. Für kein einziges gefälschtes Papier nahm er je einen Centime an. Einmal hatte er einen Kubikmeter Falschgeld hergestellt; doch als der Adressat der 100-Franc-Scheine entfiel, verbrannte sie Kaminsky eigenhändig im Garten.

Warum engagierte er sich denn überhaupt – auf die Gefahr hin, Leib und Leben zu verlieren? «Wenn jemand ohne Verteidigung ist, kann man nicht wegschauen oder ruhig bleiben», meint Kaminsky, als würde er eine Banalität von sich

geben. «Solange andere Leute Probleme haben, bin ich nicht berechtigt, mich für etwas anderes zu interessieren.» Seine Tochter Sarah fügt an: «Wenn Sie mich fragen, steckt darin eine Portion Schuldgefühl – das Gefühl des Überlebenden, der selbst zweimal in Drancy gelandet war und nur dank seinem argentinischen Pass davonkam, das zweite Mal mit riesigem Glück.»

«Die Welt verändert sich nicht»

Mag sein. Der Grosszügigkeit tut das keinen Abbruch. Kaminsky gab immer, nahm nie. Die paar Ansteckorden aus Algerien und nun auch aus Frankreich hat er «irgendwo in einer Schublade verlegt». Dank für seine Fluchthilfe erhielt er kaum je, da er seine Tätigkeit auch nach dem Krieg verbergen musste. Erst seit dem Buch seiner Tochter melden sich vereinzelt Kinder und Enkel von Geretteten.

Kaminsky denkt eher daran, dass auch heute viele Menschen auf der ganzen Welt Flucht- oder Fälscherhilfe brauchten. «Die Welt verändert sich nicht», meint der alte Mann lakonisch. Würde er heute den Sans-Papiers helfen? «Mit falschen Papieren kann man fliehen oder dem Faschismus entkommen, aber man kann darauf nicht sein Leben aufbauen», antwortet er eher ablehnend. Kaminsky ist ohnehin nicht mehr im Geschäft. Er ist alt, geht am Stock, macht noch Fotos mit starken Schwarzweisskontrasten. Aber letztthin, als er nach Hause kam und vor der Tür einen Mann warten sah, der verdächtig nach Zivilpolizist aussah, machte er zur Sicherheit doch noch eine Runde um den Wohnblock, bis der andere weg war. Man weiss ja nie.

Sarah Kaminsky: Adolfo Kaminsky – ein Fälscherleben. Kunstmann, 216 S., Fr. 31.90

Mit 500 Staatsmillionen in den Bankrott

Die Fotovoltaikbranche wird von einer Konkurswelle durchgeschüttelt. Wegen Konkurrenz aus China und weltweiter Überkapazitäten verschwinden in Europa und Amerika zahlreiche Arbeitsplätze. Das Jobwunder dank der Förderung von Solarstrom entpuppt sich als Illusion. *Von Alex Reichmuth*

Wer nach der Atomkraftwerk-Havarie in Fukushima Aktien des Schweizer Solartechnologie-Zulieferers Meyer Burger kaufte, in der Hoffnung auf einen Boom von Alternativenergie, verlor viel Geld. Die Aktien notierten Ende 2011 bei 15 Franken – halb so viel wie zu Beginn des Jahres. Generell musste schmerzliche Verluste hinnehmen, wer in die Solarbranche investiert hatte. Böse erwischte es die etwa 15 000 Kleinanleger, die ihr Geld dem deutschen Unternehmen Solar Millennium zur Verfügung gestellt hatten: Kurz vor Weihnachten beantragte die Firma, die mit dem Slogan «Wir entwickeln die Zukunft» geworben hatte, die Insolvenz. Die deutsche Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger sprach von der schlimmsten Firmenpleite für Privatanleger seit zwei Jahren. Die Pleite war nicht die erste in Deutschlands Solarbranche. Zwei Wochen zuvor hatte bereits Solon Konkurs angemeldet. Das Unternehmen hatte in den drei ersten Quartalen 2011 einen Verlust von über 200 Millionen Franken angehäuft.

Laut Reuters sollen letztes Jahr fast 5000 deutsche Solarfirmen verschwunden sein. Viele derjenigen, die bisher überlebt haben, stecken in Schwierigkeiten: Q-Cells, einst der Börsenliebling in Deutschlands Solarsparte, schrieb zuletzt hohe Verluste und kündigte im November den Abbau von 250 Arbeitsplätzen an. SMA Solar trennte sich vor Jahresende von tausend Temporärarbeitern. Solarworld musste eine dreissigprozentige Umsatzeinbusse hinnehmen und ebenfalls Jobs abbauen. Gemäss Reuters wurden im letzten Jahr 20 000 deutsche Solar-Arbeitsplätze abgebaut. «Deutschlands Alternativenergie-Fiasko», titelte das *Wall Street Journal* im Dezember.

BP schliesst Solar-Sparte

Auch in anderen westlichen Ländern leiden Solarunternehmen schwer. In den USA gingen viele Firmen pleite. Schlagzeilen machte vor allem die Insolvenz des kalifornischen Unternehmens Solyndra im letzten Herbst. 2009 war Solyndra durch die Regierung Obama mit einem Kredit von über 500 Millionen Dollar gestützt worden, obwohl es laut Zeitungsartikeln Zweifel an der Solvenz gab. Die Warnungen sollen aber mit Blick auf Wahlkampfspenden an Obama überhört worden sein. Im Dezember gab der britische Energiekonzern BP bekannt, dass er seine Solarsparte schliesse, die vor über dreissig Jahren gegründet worden war. «Wir haben es versucht und gekämpft, Geld damit zu verdienen», sagte ein Sprecher.

Auch Schweizer Solarunternehmen haben Schwierigkeiten. Die erwähnte Meyer Burger verordnete im November ihren Angestellten am Hauptsitz in Thun drei Wochen Zwangsferien, weil die Aufträge stockten. Laut *Finanz und Wirtschaft* soll Meyer Burger in den nächsten Wochen Kurzarbeit einführen. Bei Oerlikon Solar, der Solarsparte von OC Oerlikon, war der Bestelleingang im dritten Quartal 2011 enttäuschend. Der Orderbestand hatte um 100 Millionen Franken abgenommen. Es gibt Gerüchte über einen Verkauf von Oerlikon Solar an chinesische Konkurrenten.

Für die Probleme der Solarbranche gibt es zwei Ursachen. Einerseits graben chinesische Produzenten ihren westlichen Konkurrenten mehr und mehr das Wasser ab. Selbst im Pionierland Deutschland stammt mittlerweile mehr als die Hälfte aller montierten Solarpanels aus China. Das Reich der Mitte produziert weitaus billiger – dank tiefer Lohnkosten und staatlicher Zuwendungen, die möglicherweise illegal sind. Auch die Umweltstandards sind nicht gleich hoch wie in Amerika und Europa. Die *Basler Zeitung* berichtete vor kurzem über gewaltsame Proteste von Anwohnern gegen die Umweltverschmutzung einer chinesischen Solarpanel-Produktionsfirma. Andererseits bestehen in der Solarbranche massive Überkapazitäten, die die Preise für Panels einbrechen

liessen. Laut der Bank Sarasin stehen derzeit weltweite Produktionskapazitäten von 50 Gigawatt (GW) pro Jahr einem Absatzpotenzial von lediglich 21 GW gegenüber. Staatliche Subventionen für Solarstrom haben zu den überdimensionierten Produktionskapazitäten geführt. Jetzt, wo zahlreiche europäische Staaten ihre Unterstützung für Sonnenstrom zurückgefahren haben, stehen die Maschinen still. Die Konkurswelle zeigt zwei Dinge:

1 — Der rasante Preiszerfall für Solarpanels in den letzten Jahren ist nur zum Teil auf technologischen Fortschritt zurückzuführen. Die weltweiten Überkapazitäten sowie die Dumpingpreise und tieferen Ökostandards in China haben ebenso dazu beigetragen. Es schadet dem Image des hochgelobten Sonnenstroms aber, wenn sich dessen Wirtschaftlichkeit nur dank Billiglöhnen und Umweltverschmutzung verbessert.

2 — Das Jobwunder, das im Zusammenhang mit der staatlichen Förderung von Solarstrom versprochen wurde, ist nicht nachhaltig. Die anfängliche Marktführerschaft entglitt dem Westen, als die Produktion von Solarpanels zu einem Massengeschäft wurde. Gerade weil die Branche mit üppigen Subventionen gefüttert wurde, investierte sie zu wenig in Forschung und Entwicklung, was ihr jetzt zum Verhängnis wird. ○



Insolvent: Solarunternehmen Solyndra in Kalifornien.

Der Unwählbare

Polit-Auguren geben ihm nicht den Hauch einer Chance, Präsident zu werden. Doch die Popularität des republikanischen Aussenseiters Ron Paul, 76, zeigt, wie tief in den USA das Misstrauen gegen Institutionen und Politik sitzt. *Von Urs Gehrig*

Obama ist schlagbar. Seine Zustimmungsrate liegt im mittleren 40-Prozent-Bereich. Kein Präsident seit Franklin Roosevelt wurde bei derart hoher Arbeitslosigkeitsquote wiedergewählt. Doch bei den Republikanern ist von Siegerlaune wenig zu spüren. Keiner ist aufgetaucht, dem es gegeben ist, angesichts der turbulenten Lage, wo so viele Wege und Abwege durcheinanderlaufen, mit sicherer Hand die Richtung zu weisen. Niemand, dem in der Sturzflut der Verwirrungen in der Hand die Waage nicht zittert, mit der er wägen und auf die sich sein Volk verlassen kann.

Mitt Romney, so lautet die landläufige Meinung, werde am Schluss als Sieger des partei-internen Wahlmarathons hervorgehen. Er hat ein klassisch-pragmatisches, wirtschaftsnahes Profil, doch Charisma und *gravitas*, Attribute, die man von einem künftigen Präsidenten unbedingt erwartet, lassen sich auch beim ehemaligen Gouverneur von Massachusetts höchstens in Konturen erkennen.

Das republikanische Kandidatenfeld gleicht einem Flickenteppich. Jeder Anwärter deckt eine bestimmte Ecke der republikanischen Seele ab. Rick Santorum gibt den gottesfürchtigen Abtreibungsgegner, Rick Perry den hypermaskulinen Cowboy, Newt Gingrich den draufgängerischen Geostrategen. Und Romney, der Favorit, verstreut sein Profil wie Konfetti.

Von allen ist es Ron Paul, der 76-jährige Gynäkologe aus Texas, der für die Wallungen an der Basis das feinste Sensorium entwickelt hat: Das Misstrauen gegen die Regierung und den Staat als solchen ist es, was eine wachsende Zahl von Amerikanern umtreibt. In seinem reifen Alter ist Paul perfekt in die Rolle des Protestkandidaten hineingewachsen. Silbernes Haar, faltiges Gesicht, prophetischer Blick – es ist unschwer, sich ihn in weisser Priesterrobe vorzustellen, die ihm eher stehen würde als der zerknitterte Geschäftssakko. Einer ausgepumpten, gestressten, kriegsmüden Nation bietet Paul das griffigste Programm aller Kandidaten: Fünf Ministerien würde er sofort abschaffen. Die Bürokratie um zehn Prozent abspecken. Er würde roden im Gesetzeswald, Sozialprogramme aufheben, die Einkommenssteuer würde er abschaffen, und die Steuerbehörde IRS gleich damit.

Es sind solche Programmpunkte, welche die Medien aufgreifen, um Paul als durchgeknallten Extremisten zu karikieren. Seine Person dient als Beleg, dass sich Reagans Grand Old

Party eklatant nach rechts verschoben habe. Doch das Klischee des rechten Aufwieglers wird Paul nicht gerecht. Er liegt buchstäblich quer in der Landschaft. Kein Republikaner bricht derart radikal mit Grundsätzen der Parteipolitik.

Gegen eine Medaille für Mutter Teresa

Paul will US-Truppen aus den Stützpunkten der Welt abziehen, keine Kriege mehr führen, nicht einmal viel Aussenpolitik möchte er betreiben. Der Wahltxaner hat nicht über Nacht zum Kriegsgegner mutiert. Er war gegen die Irak-Invasion, von Beginn weg, als einziger Republikaner. Auch ist er kein Pazifist. Nicht die Armee an sich, sondern deren Einmischung an allen Ecken der Erde sei Amerika zum Verhängnis erwachsen. Paul ist überzeugter Isolationist. 9/11 sei die «Antwort der islamischen Welt auf die militärischen Interventionen» der USA gewesen. Welch Wunder, dass ein konservativer Blogger Ron Paul als «al-Qaidas Favoriten im Kongress» bezeichnete?

Was die meisten US-Bürger – ob Demokraten oder Republikaner – absurd anmutet, ist für Paul die konsequente Fortsetzung seiner

Paul ist perfekt in die Rolle des Protestkandidaten hineingewachsen.

ökonomisch-philosophischen Kernüberzeugungen. Paul ist ein Prototyp des libertären Politikers. Der Markt? Lasst ihn schrankenlos walten! Marihuana? *Legalize it!* Die Regierung? In ihr wähnt Paul den Feind der Freiheit. Überhaupt der Staat – seinen Einfluss gelte es radikal zurückzubinden. Nicht bloss auf amerikanischem Boden und nicht allein im Bereich der Armee. Auch vermeintlich karitative Auslandshilfe ist Paul ein Dorn im Auge: «Sie nimmt Geld von armen Leuten in reichen Ländern und gibt es reichen Leuten in armen Ländern.» Selbst als Mutter Teresa die Goldmedaille des Kongresses verliehen wurde, war er dagegen.

Weit abgeschlagen in der Wählergunst stolpert ein Mann von solch radikalem Zuschnitt, würde man denken. Doch Paul hat in den Debatten der letzten Monate viel Applaus geerntet. Man attestiert ihm, was seinen Konkurrenten fehlt: Integrität und Glaubwürdigkeit. Wo seine Rivalen sich wenden und den Leuten nach dem Mund reden, hält der kauzige Paul an seinen Prinzipien fest, selbst wenn sie unpopulär

sind. Anders als Gingrich, der selten eine Gelegenheit auslässt, um die Ängste vor dem Islam zu schüren, beharrt Paul auf den Bürgerrechten und verlangt ein ordentliches Gerichtsverfahren für alle, mutmassliche Terroristen inklusive. Anders als Santorum, der Israel bewundert und bisweilen klingt, als könne er es kaum erwarten, den Iran zu bombardieren, hegt Paul keine grosse Liebe für den Judenstaat, obwohl ihm dies unter den evangelikalen Wählern substantziell Stimmen kostet.

Aus welcher Ecke stammt der schwer fassbare Mann, der oft als «Antikandidat» tituliert wird? Geboren 1935 in Pittsburgh, erlebte er noch das Ende der Grossen Depression und Engpässe während des Zweiten Weltkriegs. Im Alter von fünf Jahren musste er mit seinen Brüdern in der hauseigenen Molkerei anpacken, die der Vater im Kellergeschoss unterhielt. Er musste dafür schauen, dass die Milchflaschen sauber waren. Für jedes schmutzige Glas, das er entdeckte, erhielt er einen Penny.

Aus dieser Kindheitserfahrung stamme seine Faszination fürs Finanzwesen, erklärt er. Sie habe ihn zur Überzeugung gebracht, dass Regierungen daran gehindert werden sollten, die Währung abzuwerten. Die Notenbank (Fed) hält er für eine gefährliche und verfassungswidrige Institution. Das Geld, das sie drucke, führe zu Inflation, Finanzblasen und Wirtschaftskrisen, schreibt er in einem Buch mit dem programmatischen Titel «End the Fed», das er nach dem Finanzkollaps 2008 verfasst hatte und das sofort zum Bestseller wurde.

«Wir sind alle Österreicher»

Zu Hause ist er im wilden Texas, doch seine Heimat sieht er im alten Europa. In Abwandlung des Kennedy-Spruchs «Ich bin ein Berliner» sagte er nach seinem Achtungserfolg in der ersten Vorwahl von Iowa, wo er 21 Prozent Wähleranteil gewann: «Jetzt sind wir alle Österreicher.» Austria! Für Libertäre wie Ron Paul verfügt die Alpenrepublik über magische Strahlkraft. Österreich ist die Geburtsstätte der liberalen Schule der Ökonomie, mit deren Vordenker Paul persönlich Bekanntschaft schloss.

1972 fuhr er nach einem Achtzehn-Stunden-Tag im Kreissaal fünfzig Meilen weit nach Houston, um eine «inspirierende» Anklage gegen den Sozialismus Ludwig von Mises' (1881–1973) zu hören. Gemäss Mises' Theorie ist unkontrollierte Kreditausweitung (Geld drucken)



Gegen Staat und Notenbank: «Antikandidat» Paul.

die Saat, aus der Finanzkatastrophen erwachsen. Einige Jahre später dinierte Paul mit dem Nobelpreisträger Friedrich Hayek (1899–1992). Dessen Forderung der Denationalisierung des Geldes hat Paul wegweisend geprägt. Seither kämpft er für die Aufhebung der Monopolmacht der Notenbank und die Wiedereinführung des Goldstandards. Mit anderen Worten: Paul will die Vorschrift aus dem Weg räumen, laut der der Dollar «gesetzliches Zahlungsmittel» ist, und es jedem erlauben, mit Gold oder Silber zu bezahlen.

Dieses Ziel wird er kaum erreichen. Zwölf Jahre sitzt er bereits im US-Repräsentantenhaus, doch für seine radikalen Massnahmen hat er in Washington kaum Verbündete gefunden. Die Medien haben ihn lange geschnitten; Politanalysten sehen in ihm ein Fossil: «Er lebt in den zwanziger Jahren», urteilt der konservative Kommentator Charles Krauthammer. Ron Paul, so sind Wahlauguren felsenfest überzeugt, wird nie Kandidat der Republikaner, geschweige denn Präsident. Die Tatsache allerdings, dass er so weit gekommen ist, sagt einiges aus über die Stimmung im republikanischen Lager. Trotz seinem fortgeschrittenen Alter fliegen ihm vor allem die Sympathien gemässigt konservativer Jungwähler zu. Trotz seiner teils brachialen Slogans ist er im Inter-

net ungebrochen ein Idol einer überdurchschnittlich gebildeten Klientel.

Das Ziel seiner – aussichtslosen – Kandidatur ist die Verbreitung seiner Ideen. «Wir wollen die Partei in eine gewisse Richtung lenken», sagte er vergangenen Sonntag auf Fox News. Schon jetzt hat er mehr als dies erreicht.

Support von Jungen und Linken

Ron Paul hat seine Schwächen zu Stärken gemacht. Selbst wenn das Establishment seine Auffassung nicht teilt, wird er offenbar für viele Wähler plötzlich interessant. Hinter dem Banner der «Ron-Paul-Revolution» versammeln sich junge und alte, linke und rechte Amerikaner. Die Reaktion des Fed auf die Finanzkrise und die Milliardenhilfen für Banken haben Leute in Scharen in Pauls Lager getrieben. Sogar auf antikapitalistischen «Occupy Wall Street»-Demonstrationen kann man Plakate mit dem Namen des Mannes finden. Er habe doppelt so viele Spenden von aktiven Soldaten erhalten wie alle anderen Republikaner-Kandidaten zusammen, liess Paul jüngst wissen.

Viele Ron-Paul-Wahlhelfer waren, so ist immer wieder zu hören, 2008 noch für Obama im Einsatz. Sie hofften damals auf einen radikalen Wandel, und sie tun dies auch diesmal. Trotz politischem Gegenwind hat Paul im Kongress

seinen Einfluss beharrlich ausgebaut. Nach dem republikanischen Erdrutschsieg bei den Zwischenwahlen 2010 wurde er in den Vorsitz des Unterausschusses für Geldpolitik im Repräsentantenhaus gewählt. Somit wird das Fed von seinem ärgsten Feind kontrolliert.

Kurz vor der zweiten Vorwahl in New Hampshire – offizielles Staatsmotto: «Live Free or Die» – sahen Politprognostiker Paul hinter Romney auf Platz zwei. (Die Wahlergebnisse standen bei Redaktionsschluss noch aus.) Doch selbst wenn Ron Paul bald aus dem Kandidatenzirkel ausscheidet, wird sein Einfluss dadurch nicht gebrochen. Der Frust an der Basis könnte steigen, wenn ein «weichgespülter» Kandidat wie Romney das Rennen machte. Unter Republikanern fürchtet man, Paul könnte wie bereits 1988 als unabhängiger Kandidat ins Rennen steigen, was dem republikanischen Herausforderer Obamas die möglicherweise entscheidenden Stimmen kosten könnte.

Selbst wenn nicht alle seine Auffassungen teilen – im Lager der Republikaner häufen sich die Stimmen, die Partei für Ron Pauls Ideen zu öffnen. «Wenn die Grand Old Party bei innenpolitischen und ökonomischen Themen auf Paul hören würde», so ein konservativer Kommentator jüngst, «würde die «Marke Republikaner» markant an Ausstrahlung gewinnen.» ○

«Politische Korrektheit ist gefährlich»

Der renommierte Biochemiker Gottfried Schatz erforschte die Wunder des Lebens. Besonders zu schaffen machen ihm die zunehmende Wissenschaftsskepsis unserer Gesellschaft, die «lebensverachtenden» Forschungsverbote und politische Korrektheit. *Von Alex Reichmuth (Text) und Julian Salinas (Bild)*

Gottfried Schatz, was ist Leben – biochemisch gesehen?

Dies lässt sich gar nicht so leicht beantworten, denn ich kenne keine Definition, die alle überzeugt. Für mich ist Leben ein chemisches System, das sich selbst reproduziert und durch zufällige Variation und Selektion immer komplexer wird.

Eine heissdiskutierte Frage ist, ob es im Weltall irgendwo anderes Leben gibt. Aber was wäre das Kriterium, um zu sagen, ja, es handelt sich um Leben?

Dies fragte sich auch die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa bei der Planung von Raumsonden, die den Mars oder die Jupitermonde erkunden sollten. Sie bestückte diese Sonden mit empfindlichen Suchinstrumenten für komplexe Moleküle oder Stoffwechselprodukte, wie wir sie von irdischen Lebewesen kennen. Diese Instrumente lieferten jedoch bisher keinen Hinweis auf ausserirdisches Leben. Vor einigen Jahren fand man zwar in einem Meteoriten bakterienähnliche Strukturen, die man zunächst für Zeugen ausserirdischen Lebens hielt. Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton verkündete diese spektakuläre Behauptung sogar am Fernsehen. Heute sind sich Astrobiologen jedoch einig, dass es sich nur um anorganische Formationen handelte.

Wie sähe Leben auf einem anderen Gestirn denn höchstwahrscheinlich aus? Die berühmten grünen Männchen? Oder nur Mikroben? Grauer Schlamm?

In unserem Sonnensystem wären es wahrscheinlich bakterienähnliche Einzeller, wie wir sie auf unserer Erde in der Umgebung unterseeischer Erdspalten oder in heissen Schwefelquellen vorfinden. Komplexere Formen, die aus vielen verschiedenen Zelltypen bestehen, halte ich für sehr unwahrscheinlich.

Und ausserhalb des Sonnensystems?

Hier sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Leben, das auf chemischen Vorgängen beruht, wäre dem auf unserer Erde vermutlich ähnlich, könnte aber andere Bausteine bevorzugen: Silizium statt Kohlenstoff, Arsen statt Phosphor, Selen statt Schwefel sowie Metalle, die auf unserem Planeten nur in verschwindend geringer Menge vorkommen. Lebewesen könnten sogar die Hitze von Vulkanen oder den radioaktiven Zerfall instabiler Elemente als Energiequelle benützen. Es ist aber auch

denkbar, dass Leben nicht auf chemischen, sondern zum Beispiel auf elektrischen Prozessen beruht. Solche exotischen Lebensformen würden wir wahrscheinlich gar nicht erkennen.

Und, glauben Sie denn an anderes Leben im Weltall?

Ja. Seit einigen Jahrzehnten wissen wir, dass es im Universum Milliarden von Planeten geben muss, die erdähnliches Leben ermöglichen könnten. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass zumindest einige von ihnen Leben tragen, auch wenn wir heute keine Möglichkeit sehen, solch fernes Leben eindeutig nachzuweisen.

Die Erde sei ein Planet der Mikroben, haben Sie kürzlich in einem Wissenschaftsartikel geschrieben. Mikroben können ihr Erbgut viel rascher anpassen als Menschen und Tiere und waren auch schon lange vor ihnen da. Ist es unter diesen Umständen nicht ein Wunder, dass überhaupt hochentwickelte Lebewesen entstanden sind?

«Es ist denkbar, dass Leben nicht auf chemischen, sondern auf elektrischen Prozessen beruht.»

Jedes Lebewesen – selbst der urtümlichste Einzeller – ist ein Wunder. Wir Wissenschaftler beginnen erst allmählich, dieses Wunder zu verstehen. Eine Entstehung von Leben aus einfachen Bausteinen ist zwar extrem unwahrscheinlich, doch die Natur hatte auch extrem viel Zeit, um extrem viele Versuche durchzuführen. Und unter diesen extrem vielen Versuchen musste ja nur ein einziger gelingen, um den wundersamen Funken des Lebens zu zünden. Warum Lebewesen dann immer komplexer wurden, ist noch nicht ganz klar.

Kann man in der Entwicklung zu immer komplexeren Lebensformen die Hand Gottes erkennen?

Wenn man will, ja. Jeder muss diese Frage für sich selbst beantworten, denn sie lässt sich wissenschaftlich nicht reflektieren. Aber dass aus einfachen Molekülen komplexe Lebensbausteine entstehen können, wies der US-Amerikaner Stanley Miller als junger Student bereits 1952 nach. Er schickte elektrische Funken durch ein Gasgemisch, das der Atmosphäre der noch jungen Erde glich, und fand, dass sich nach einigen Ta-

gen oder Wochen komplexe Moleküle bildeten – darunter auch Bausteine von Proteinen und der Erbsubstanz DNS. Obwohl es sich nur um Lebensbausteine und nicht um Leben selbst handelte, haben Millers Funken ein Aufflackern des Lebens auf unserer Erde plausibel gemacht.

Glauben Sie, dass der Mensch nur eine biochemische Maschine ist?

Wenn Sie «nur» sagen, dann nein. Wir sind zwar eine biochemische Maschine, doch diese ist so komplex und von so vielen Zufällen bestimmt, dass sich ihr Verhalten nicht streng vorhersagen lässt. Unsere Gene bestimmen zwar die Grenzen dessen, was wir sein können, erlauben jedoch innerhalb dieser Grenzen unendlich viele Variationen und unerwartete Entwicklungen, die wir zum Teil durch unsere Lebensweise selber beeinflussen können. Ob uns dies auch «freien Willen» schenkt, ist allerdings umstritten, denn wir Wissenschaftler sind uns noch nicht einig, was «freier Wille» konkret bedeutet.

Gibt es irgendwo Platz für eine Seele?

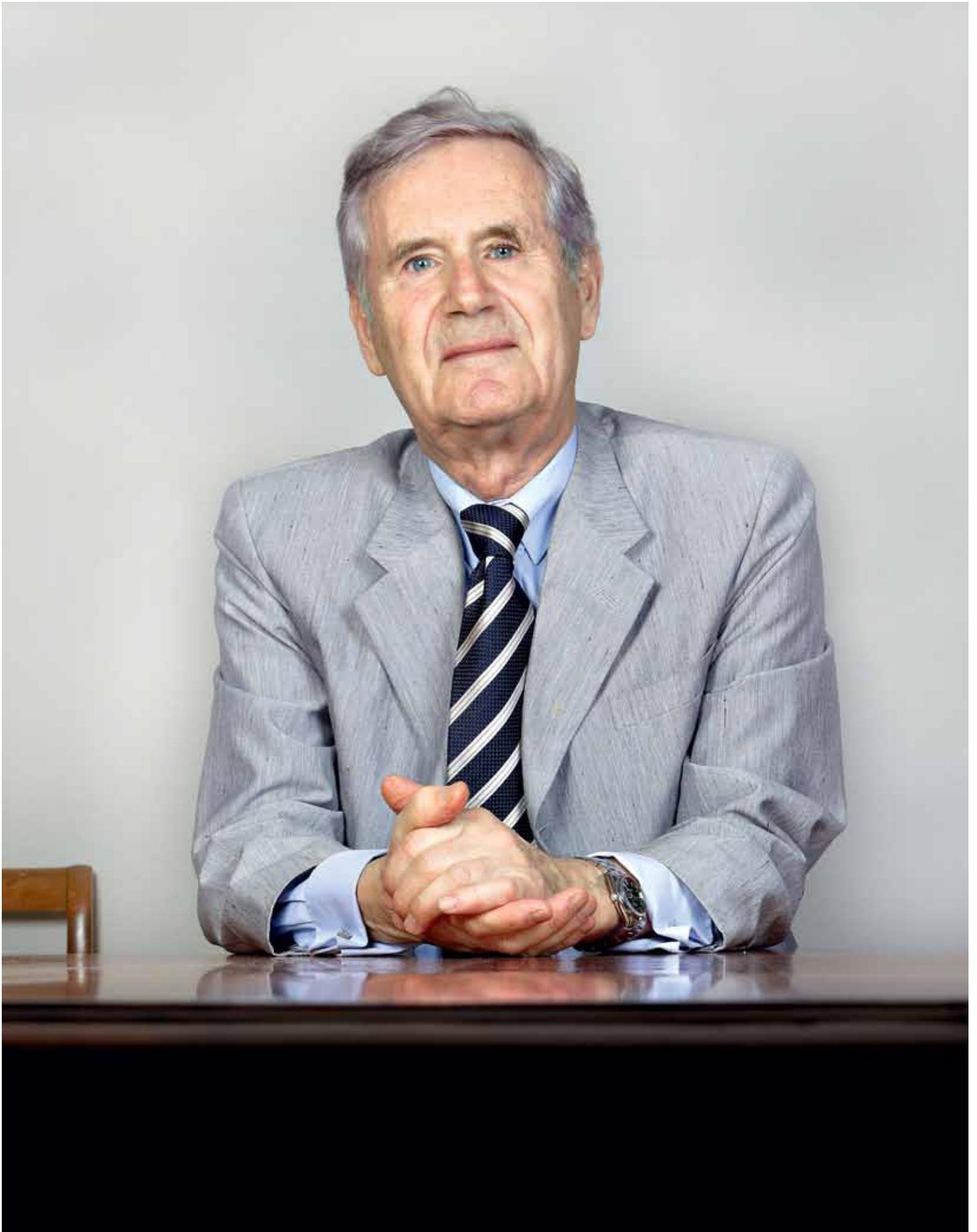
Nicht in der Naturwissenschaft. Diese Frage – ebenso wie die nach Gott – muss jeder für sich beantworten.

Falls man beim System Mensch eines Tages alle Vorgänge bis ins Letzte erklären kann: Ist dann nicht ausgeschlossen, dass der Mensch eine Seele hat?

Das hängt davon ab, was Sie unter «Seele» verstehen. Wenn Sie mit diesem Begriff das wundersame Geflecht unserer 100 Milliarden Neuronen und das ebenso geheimnisvolle Wechselspiel von Hormonen und anderen körpereigenen Wirkstoffen verstehen, kann ich als Biologe damit etwas anfangen. Wir werden so komplexe Systeme in Zukunft zwar in Computern bis zu einem gewissen Grad simulieren können und in ihren einzelnen Schritten sogar genau verstehen, doch das Gesamtbild wird so vielschichtig sein, dass es uns noch lange verwirren wird.

Sie sagten, die Lebensweise könne unsere genetischen Variationen beeinflussen. Wie das?

In den letzten zwei Jahrzehnten erkannten wir, dass Umwelteinflüsse und Lebensweise unsere Gene chemisch verändern können. Ein Beispiel: Rattenweibchen unterscheiden sich in der Zärtlichkeit, mit der sie ihre Jungen säugen. Zärtlich gesäugte Ratten sind



«Jedes Lebewesen – selbst der urtümlichste Einzeller – ist ein Wunder»: Biochemiker Schatz.

dann deutlich stressresistenter als solche, die nicht so liebevoll umsorgt wurden – und einige ihrer Gene, welche die Wirkung von Stresshormonen im Gehirn steuern, sind chemisch verändert. Das Verhalten der Mutter verändert bei Ratten also nicht nur den Charakter, sondern wahrscheinlich auch einige Gene. Vieles deutet darauf hin, dass Ähnliches auch für uns Menschen gilt.

Kann man also selber auf seine Gene einwirken?

Wahrscheinlich ja, doch dies wäre nicht neu. Wer sich an die pralle Sonne legt, raucht oder bestimmte Drogen einnimmt, riskiert Mutationen seiner Gene. Zum Glück weiss das heute fast jeder. Nun aber scheint es, dass sogar Essgewohnheiten oder der Umgang mit anderen Menschen unsere Gene verändern können, dass diese Veränderungen bestimmte Gene betreffen und dass einige von ihnen auch vererbt werden können. Die Hinweise dafür sind zwar noch umstritten. Sollten sie jedoch

«Dass wir für unsere Gene mitverantwortlich sind, hat brisante Konsequenzen.»

zutreffen, wären wir nicht nur für unsere eigenen Gene verantwortlich, sondern auch für die unserer Nachkommen.

Am Ende wird man Kranken sagen, sie seien selber schuld an ihrem Zustand. Ist das nicht fatal?

Das wäre eine unwissenschaftliche und inakzeptable Übertreibung – sofern es sich nicht um Krankheiten handelt, die durch vermeidbares Fehlverhalten wie Rauchen oder Drogenkonsum verursacht sind. Dass wir für unsere Gene mitverantwortlich sind, hat aber brisante philosophische, ethische und juristische Konsequenzen. Soll Rauchen während der Schwangerschaft strafbar sein? Wir dürfen nicht dem Sirengesang übermässiger staatlicher Kontrolle und menschenverachtender Theorien wie der Eugenik erliegen.

Das menschliche Gehirn ist, in Zeiträumen der Evolution gerechnet, eine verhältnismässig junge Entwicklung. Mit diesem Gehirn sind wir zu Erkenntnissen fähig, zu denen kein Tier fähig ist. Zu welchen Erkenntnissen sind wir fähig, wenn sich das Gehirn nochmals einige hunderttausend Jahre weiterentwickelt?

Wenn ich dies nur wüsste! Ich weiss nur, dass wir nicht so bleiben werden, wie wir heute sind. Wahrscheinlich werden wir unser Gehirn immer mehr mit elektronischen Denkhilfen vernetzen. Wir können ja schon heute kaum noch ohne unseren Laptop arbeiten. Wie sich dies auf unsere

biologische Evolution auswirken wird, wage ich jedoch nicht vorauszusagen.

Dann muss der Mensch also gar nicht auf die Evolution warten und kann sein Gehirn eigenhändig weiterentwickeln?

Ja, sofern man Interaktion mit elektronischen Systemen dazuzählt. Da wir aber nicht einmal im Prinzip wissen, wie unser Gehirn arbeitet, werden wir dieses wohl nicht so bald durch genetische Eingriffe gezielt verändern oder gar «verbessern».

Stichwort genetische Eingriffe: Ist Gentechnik nicht ein Eingriff in die Schöpfung?

Ja, wobei ich Sie jetzt fragen müsste, was Sie unter «Schöpfung» verstehen. Ich hoffe, dass wir die Gentechnik weiterhin zum Wohl der Menschheit einsetzen können. Sie hat bereits unzähligen Kranken das Leben erleichtert oder gerettet. Das Ziel ist ja nicht, Wesen mit blauen Augen und schönen Gesichtern zu züchten, sondern schädliche Gendefekte zu beheben, die grauenhafte Erbkrankheiten verursachen. Wichtig ist jedoch, dass jede Gesellschaft demokratisch entscheidet, welche genetischen Eingriffe ethisch vertretbar sind.

Ihre Hoffnung, die Sie in die Gentechnik setzen, wird von vielen Menschen nicht geteilt. Muss man sich denn nicht hüten vor Folgen, die man nicht abschätzen kann?

Doch, aber in vernünftiger Masse. Wie jede Neuerung, so birgt auch die Gentechnik Risiken. Sie hat jedoch in ihrer über vierzigjährigen Geschichte, allen Unkenrufen zum Trotz, keinen einzigen nennenswerten Unfall zu verzeichnen. Die Ablehnung der Gentechnik entspringt einem Fundamentalismus, der nicht neu ist. Noch im Jahre 1865 verboten die Zürcher Stadtväter gebärenden Frauen die Narkose – weil die Bibel ihnen befiehlt, unter Schmerzen zu gebären. Was wir brauchen, ist eine funktionierende demokratische Gemeinschaft gutinformierter Bürger. Nur dann werden wir vernünftig entscheiden können, welche Erkenntnisse der Naturwissenschaft wir praktisch anwenden wollen.

Wird am Schluss nicht alles gemacht, was technisch möglich ist?

Das glaube ich nicht. Die grösste Gefahr sind nicht «verrückte» Wissenschaftler, sondern ein Versagen unserer demokratischen Entscheidungsstrukturen. Nur starke Demokratien können verhindern, dass mächtige internationale Konzerne sich über die Interessen unserer Gesellschaft hinwegsetzen.

Die Ethikkommission des Bundes hat im Dezember verkündet, die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen sei zu riskant. Die Risiken dafür seien noch zu wenig erforscht. War das ein guter Entscheid?

Nein. Selbst die päpstliche Akademie ist vor kurzem zum Schluss gekommen, dass es keinen wissenschaftlich vertretbaren Grund

Gottfried Schatz

Gottfried Schatz wurde 1936 in Österreich geboren und studierte Chemie an der Universität Graz. Anschliessend forschte er an der Universität Wien, am Public Health Research Institute der Stadt New York und an der Cornell University im amerikanischen Ithaca. 1974 übernahm er eine Professur am Biozentrum der Universität Basel (das er von 1983 bis 1985 leitete). Gottfried Schatz war als Forscher massgeblich an der Aufklärung beteiligt, wie die Atmungsorgane von Zellen gebildet werden. Für diese Arbeiten erhielt er zahlreiche hochrangige Preise und zwei Ehrendoktorate. Nach seiner Emeritierung präsidierte Schatz von 2000 bis 2004 den Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat. Seither ist er als Essayist und Buchautor tätig. Eines der zentralen Anliegen von Schatz ist es, aufzuzeigen, wie Naturwissenschaft auf Kultur und Gesellschaft wirkt. Seine dänische Frau und er haben drei Kinder. Als Student war Schatz Geiger an verschiedenen Opernhäusern und im Grazer Philharmonischen Orchester. (ar)

gibt, gentechnisch veränderte Pflanzen zu regulieren. Diesen Beschluss haben nicht nur Ethiker, sondern auch Theologen, Juristen und Wissenschaftler mitgetragen. Firmenvertreter waren nicht beteiligt. Die Ethikkommission des Bundes hätte ihre Zeit lieber dafür einsetzen sollen, die Grausamkeit unserer Tierfarmen zu bekämpfen.

Sehen Sie keine Risiken bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen?

Ich verneine Risiken keineswegs, bin aber überzeugt, dass sie viel kleiner sind als die, welche wir durch die Nichtanwendung gentechnisch verbesserter Nutzpflanzen in Kauf nehmen. Ich denke hier vor allem an den Goldenen Reis, eine in der Schweiz und in Deutschland gentechnisch entwickelte Reissorte, die dank ihres hohen Vitamin-A-Gehalts Millionen von Kindern in den reisessenden Regionen der Welt vor Krankheit und frühem Tod retten könnte. Sie steht bereits seit über zehn Jahren zur Verfügung, darf aber noch immer nicht eingesetzt werden – obwohl sichergestellt ist, dass Firmen damit keine Extragewinne machen können. Ich erachte dies als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Natur könnte durch gentechnisch veränderte Organismen aus dem Gleichgewicht geraten.

Die Natur ist nie «im Gleichgewicht». Wäre sie es, käme die Evolution zum Stillstand. Die Entwicklung des Lebens fusst auf un-

ablässiger Anpassung an eine unablässig sich ändernde Umwelt. Zudem haben wir seit Jahrtausenden Pflanzen durch Züchtung genetisch verändert, oft bis zur Unkenntlichkeit. Dabei wurden wahrscheinlich Tausende von Genen auf gut Glück zwischen verschiedenen Pflanzensorten hin und her geschoben, ohne zu wissen, was dabei herauskommt. Wie kann da der Austausch eines einzigen Gens, dessen Wirkung man genau kennt, «unzulässige Risiken» bergen? Und schliesslich dürfen wir nicht vergessen, dass der Austausch von Genen zwischen verschiedenen Lebewesen in der Natur seit Jahrmilliarden gang und gäbe ist und wesentlich zur Entwicklung des Lebens beigetragen hat.

Müssen wir denn nicht Sorge tragen zur Natur?

Natürlich müssen wir es. Aber die Vorstellung einer instabilen Natur, die durch den kleinsten Eingriff aus dem Gleichgewicht gerät, ist grundfalsch. Die lebendige Natur ist so robust, weil sie so vielseitig ist. Selbst wenn wir dies wollten, könnten wir das Leben auf der Erde niemals auslöschen. Gentechnisch veränderte Pflanzen, wie wir sie heute kennen, als naturbedrohende Gefahr einzustufen, ist wissenschaftlich unbegründet.

Die Ablehnung der Gentechnik ist nur ein Ausdruck einer allgemeinen Technikfeindlichkeit und Wissenschaftsskepsis unserer Zeit. Was sind die Ursachen?

Einer der Gründe ist die Nullrisiko-Mentalität unserer Gesellschaft, die bei jeder Neuerung sofort nach den Gefahren und nicht nach dem Nutzen fragt. Ein weiterer Grund ist, dass wir Forscher der Öffentlichkeit zu wenig erklären, was wir tun. Ich schreibe darum regelmässig Essays über Wissenschaft in der *Neuen Zürcher Zeitung*, und zwar bewusst im Feuilleton-Teil, den Wissenschaftsskeptiker vermutlich eher lesen als die Rubrik «Wissen». Leider finden es viele Forscher unter ihrer Würde, so etwas zu tun. Sie glauben, die Gesellschaft habe die Pflicht, ihre Forschung zu finanzieren. Doch so wird der universitäre Elfenbeinturm, der uns vor politischen Winden schützen soll, zum selbstgewählten Getto. Ein dritter Grund für das Misstrauen gegenüber Wissenschaft ist, dass diese eine unverbesserliche Revolutionärin ist und laufend allgemein akzeptierte Vorstellungen über den Haufen wirft. Innovative Wissenschaft verunsichert, ebenso wie innovative Kunst. Deswegen haben Diktatoren meist beide unterdrückt.

Wie kann man diese Ängste wirksam bekämpfen?

Wissenschaftler sollten sich wie mitfühlende und verantwortungsbewusste Men-

schen verhalten. Sie müssen ihre Forschung nicht bis ins kleinste Detail erklären, sondern Vertrauen schaffen. Regelmässige Tage der offenen Tür sollten für jedes Forschungsinstitut und alle darin tätigen Forscher die Regel sein. Und es brauchte glaubwürdige Persönlichkeiten, die von der Öffentlichkeit als «Stimme der Wissenschaft» anerkannt werden.

Wird die Wissenschaftsskepsis vorübergehen?

In Europa wohl kaum, denn sie ist typisch für eine alternde Wohlstandsgesellschaft, die ihren Besitzstand wahren will. Die meisten Menschen werden mit zunehmendem Alter konservativer und vorsichtiger, und dies trifft auch für ganze Gesellschaften zu. Doch die Welt gehört bekanntlich dem Mutigen. Wir finden diesen Mutigen heute in Indien, China oder, immer noch, in den USA. Wir Europäer stehen nahezu still. Wenn unsere Ethikkommissionen, wie dies tatsächlich geschah, sich über die «Würde von Pflanzen» den Kopf zerbrechen, sorgt dies nur für weltweites Gelächter.

«Selbst wenn wir dies wollten, könnten wir das Leben auf der Erde niemals auslöschen.»

In einer Fernsehsendung sagten Sie kürzlich, das Niveau, auf dem in der Schweiz über wissenschaftliche Fragen diskutiert werde, sei eine Schande. Warum?

Weil diese Diskussionen oft von Wissensmangel, Angst und fundamentalistischen Vorurteilen geprägt sind. Warum sonst legte man der Forschung über menschliche Stammzellen so viele Fesseln an? Diese Forschung dient eindeutig dem Wohle der Menschheit. Forschungsverbote, wie sie der Europäische Gerichtshof vor kurzem erliess, werden zwar mit der Achtung vor dem Leben begründet, sind aber in Wirklichkeit lebensverachtend. Wer ein tiefgefrorenes, befruchtetes Menschen-Ei als «Menschen» bezeichnet, verleugnet die Erkenntnisse der modernen Biologie und beleidigt mein Menschenbild. Erst die jahrelange Wechselwirkung mit anderen Menschen, die mit der Einnistung des Eis in den Mutterleib beginnt, lässt das heranwachsende Wesen zum Menschen werden.

Sollte die Gesellschaft mehr auf Wissenschaftler hören?

Ja, aber sie sollte das Gehörte auch kritisch hinterfragen können. Wissenschaftliche Analphabeten treffen nur selten kluge Entscheide zu medizinischen und technologischen Fragen. Wir schmieden Gesetze nie ohne das nötige juristische Fachwissen. Doch wenn wissenschaftliches Fachwissen fehlt, scheint dies niemanden zu kümmern.

Bei jeder gesellschaftlichen Frage kommen doch Wissenschaftsexperten zu Wort. Für jedes Argument werden fast endlos wissenschaftliche Studien angeführt. Aber am Schluss ist man meist so klug wie zuvor.

Die Naturwissenschaft liefert nur selten eindeutige und nie endgültige Wahrheiten. Um wissenschaftliche Erkenntnisse politisch umzusetzen, braucht es ein harmonisches Zusammenspiel zwischen erfahrenen Wissenschaftlern und klugen Politikern. Dies ist das beste Rezept für wissenschaftlich korrekte und politisch nützliche Aussagen. Auch wissenschaftliche Akademien könnten und sollten sich dieser Aufgabe widmen, tun dies aber nur selten.

Was Sie fordern, ist in der Klimaforschung eigentlich verwirklicht. Der Weltklimarat hat die Aufgabe, das aktuelle Wissen zusammenzutragen und zuhanden der Öffentlichkeit zu bewerten. Aber dennoch hört der Streit darüber, wer die Wahrheit kennt, nicht auf.

Der Weltklimarat ist ein richtiger und ermutigender Ansatz, der bereits vieles bewegt hat. Leider neigen manche Klimaforscher zu Angstmacherei und Intoleranz gegenüber Fachkollegen, welche die Rolle von Kohlendioxid bei der Klimaerwärmung kritisch hinterfragen. Solche Skeptiker werden schnell als Ketzler und Verräter gebrandmarkt, obschon Skepsis gegenüber den eigenen Resultaten und Misstrauen gegenüber «endgültigem» Wissen Herzstück jeder Wissenschaft sind. Dies lässt sich nur schwer politisch kommunizieren.

Ihr Anliegen ist es, Freude an der Wissenschaft zu vermitteln. Wie gelingt das?

Indem man schon Kindern zeigt, dass Wissenschaft Spass macht. Ich führe in Kindergärten chemische Experimente vor, die nach Zauberei aussehen. Wenn ich den Kindern dann erkläre, was hinter dieser «Zauberei» steckt, strahlen die Kinder vor Freude und können nicht genug davon bekommen. Leider wird an unseren Schulen viel zu wenig experimentiert. Wir stopfen unsere Kinder mit Wissen voll und ersticken so das kritische Denken, das die Wissenschaft erst ausmacht.

Sie schrecken nicht davor zurück, Aussagen zu machen, die als politisch unkorrekt gelten. Machen Sie das bewusst?

Ja. Wer mir weismachen will, dass Frauen gleich wie Männer oder alle Kulturen ebenbürtig sind, reizt mich zum Widerspruch. Und wenn ich höre, Begabtenförderung untermauere lediglich soziokulturelle Vorurteile, sehe ich rot. Solche bequemen Denkmodelle verneinen die wunderbare Komplexität unserer menschlichen Gemeinschaft. Politische Korrektheit ist eine Geissel unserer Demokratien und eine Gefahr für die Wissenschaft. ○



Eine gewisse Schwäche für die dunklen Seiten des Lebens: Fotografin und Ex-Fotomodell Ellen von Unwerth.



Blonde Röstung

Von Daniele Muscionico

Dies ist ein Text für Insider. Wer keiner ist, lasse die Finger davon. Oder behelfe sich mit einer Handykamera, fotografiere ihn ab und lasse sich ihn abends von seiner Frau erklären. Wer kein Insider ist, kann es noch werden. Es ist nie zu spät.

Doch keine Angst. Die Lektüre dieses Textes setzt kein bestimmtes Unrechtsbewusstsein voraus. Keine Dollar-Konti, keine Ferienwohnung, keine höchsteigene Kunstgalerie. Lediglich eines ist Bedingung: eine gewisse Schwäche für die dunklen Seiten des Lebens.

Dieser Text wendet sich an Kaffeesüchtige. Die Dame hier ist es offensichtlich. Nach dem achten Liter Ristretto, den sie zum Frühstück getrunken hatte, entdeckte sie in der Tasse weiße Mäuse, blätterte in ihrer Poesie-Agenda, stellte fest, dass heute ihr Geburtstag sei, und beschloss umgehend, lustig zu sein. Kaffee, wenn hochdosiert, ist nicht nur ein Suchtmittel, sondern auch eine Medizin; wer mit den Nebenwirkungen nicht vertraut ist, trinke besser Tee. (Oder lasse seine Frau gewähren, siehe oben.)

Natürlich ist das gelogen. Genauer: ein bisschen getrickst, eine kommunikative Taktik. Geschehen im gegenseitigen Einverständnis mit den Beteiligten. Denn die Hauptperson hier – man ist ja nur Briefträger, und Dokumente liegen der Schreibenden nicht vor –, die Hauptdarstellerin auf dem Foto, ist keine andere als Ellen von Unwerth. (Denn für Lavazza und die 20. Auflage ihres Kunstkalenders soll hier nicht Werbung gemacht werden. Kunstkalender hin, Kunstkalender her, zum einen ist er nicht käuflich, und zum anderen ist der italienische Lavazza nicht der einheimische La Semeuse, der Unerreichte aus La Chaux-de-Fonds.)

Ellen von Unwerth also, früher selbst Fotomodell, nun Fotografin mit Ausstellungen im MoMA, im New Yorker Metropolitan Museum of Art, Werbefotografin für «Sex and the City» und viele andere grossen Labels, Titel, Namen, Regisseurin von Kurzfilmen und Werbespots ..., diese Dame steht in der Öffentlichkeit zu ihren Schwächen. Sie raucht und sie trinkt – Kaffee. Ob sie ihr Bekenntnis just auf dem Dezember-Blatt des erwähnten Kalenders inszenieren muss? Moralisch einwandfrei ist das kaum, vorbildlich auf keinen Fall. Und was hätte ihre Silvesterlustigkeit am Anfang eines eher unlustigen Jahres denn für eine Botschaft?

Optimismus vielleicht? Dafür trinke man besser Kaffee. Sogar Lavazza, wenn gar nichts anderes mehr hilft.

Belletristik

- 1(–) **Paulo Coelho: Aleph** (*Diogenes*)
 2(1) **Catalin D. Florescu: Jacob beschliesst zu lieben** (*C. H. Beck*)
 3(2) **Michael Theurillat: Rütlichswur** (*Ullstein*)
 4(4) **Umberto Eco: Der Friedhof in Prag** (*Hanser*)
 5(5) **Jonas Jonasson: Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand** (*Carl's Books*)
 6(6) **Jussi Adler-Olsen: Erlösung** (*DTV*)
 7(8) **Jussi Adler-Olsen: Schändung** (*DTV*)
 8(10) **Sarah Lark: Die Insel der tausend Quellen** (*Bastei Lübbe*)
 9(9) **Cecelia Ahern: Ein Moment fürs Leben** (*Krüger*)
 10(–) **Charlotte Roche: Schossgebete** (*Piper*)

Sachbücher

- 1(8) **Pierre Dukan: Die Dukan-Diät** (*Gräfe und Unzer*)
 2(4) **Barney Stinson, Matt Kuhn: Das Playbook** (*Riva*)
 3(3) **Esther Girsberger: Eveline Widmer-Schlumpf** (*Orell Füssli*)
 4(6) **Barney Stinson, Matt Kuhn: Der Bro Code** (*Riva*)
 5(1) **Walter Isaacson: Steve Jobs** (*Bertelsmann*)
 6(2) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klaren Denkens** (*Hanser*)
 7(5) **Richard D. Precht: Warum gibt es alles und nicht nichts?** (*Goldmann*)
 8(10) **Guinness World Records 2012:** (*Bibliographisches Institut*)
 9(–) **Remo H. Largo: Jugendjahre** (*Piper*)
 10(9) **Martin Ott: Kühe verstehen** (*Faro*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Media Control

Apropos: Peter Bichsel

Er ist der Heilige unter den Schweizer Autoren, unkritisiert, über allem schwebend. Gibt er wieder einmal ein Buch heraus, so handelt es sich oft um eine Zweitverwertung seiner Kolumnen aus der *Schweizer Illustrierten*. Bichsel ist weder anstrengend noch banal, noch böse, er ist einfach der sympathische alte Mann aus Solothurn. Das Konzept der Zweitverwertung wird nun weitergeführt: Für alle, denen sogar Kolumnen noch zu lang sind, gibt es jetzt ein Buch mit Zitaten Bichsels. Eines sei hier abgedruckt: «Ich bin Sozialist, ich bin linker Sozialist, ich hatte meine kommunistischen Träume, habe sie immer noch, aber wenn ich hätte erobert werden sollen, wäre ich doch am liebsten von den Amerikanern erobert worden.» (rb)

Peter Bichsel: Das ist schnell gesagt. Suhrkamp. 251 S., Fr. 14.90

Heilsame Rache

Der Kabarettist Patrick Frey könnte ein ganzes Buch füllen mit Hassmails, in denen er unliebsame Personen beschimpft hat. Möglichst bösartig zurücktreten tue gut. Im Ernst. *Von Rico Bandle*

Geschniegelt erscheint Patrick Frey im Zürcher Edelcafé «Terrasse», seine Haare sind mit viel Paste nach hinten gekämmt, wie jene von Philipp Hildebrand. Die Affäre um den Nationalbankpräsidenten ist noch taufisch, und kaum hat Frey seinen Cappuccino bestellt, beginnt er Hildebrand vehement zu verteidigen. Die Angriffe seien haltlos und heuchlerisch. «Hätte Hildebrand vielleicht nordkoreanische Won kaufen sollen?»

Das leidenschaftlich vorgetragene Votum für Hildebrand zeigt: Hier hat jemand Freude an der Auseinandersetzung. Dies deckt sich mit dem Ruf, der dem Kabarettisten und Verleger vorausgeht: Er ist bekannt dafür, dass er Journalisten übel beschimpft, die schreiben, er sei nicht lustig oder er werde überschätzt. «Ich habe schon Leute mit Hass verfolgt, durchaus», sagt er. «Eine Zeitlang habe ich sogar eine schwarze Liste geführt.» Patrick Frey hat keine Mühe, über diese Seite seines Charakters zu reden, im Gegenteil. Die Leute, die ihm ans Bein pinkeln, seien «miese Hunde», und das lasse er sie auch spüren. «Wenn mich jemand unfair behandelt, so werde ich rachsüchtig!» Die Folge sind hasserfüllte E-Mails an seine Kontrahenten. «Danach fühle ich mich besser, das hat eine kathartische Wirkung. Ich könnte mittlerweile ein Buch füllen mit Mails, in denen ich sehr, sehr bösartig zurücktrete.» Zudem übe er damit, scharf zu schreiben: «Nichts muss so gut formuliert sein wie eine Schmähung, die richtig weh tun soll.»

Wie ist diese Wut zu erklären? Ist für Frey unvorstellbar, dass ihn jemand nicht lustig findet? «Wenn jemand schreibt: <Ich finde Frey nicht lustig>, so ist mir das egal. Wenn aber jemand schreibt: <Frey ist nicht lustig>, so geht das nicht, weil es einfach nicht stimmt. Diese Ignoranz, diese Dummheit regt mich auf!» Woher ist sich Frey seiner Sache so sicher? «Wegen meiner Erfahrung auf der Bühne. Wenn viele Leute lachen, kann man doch nachher nicht schreiben, ich sei nicht lustig, als wäre es eine Tatsache!»

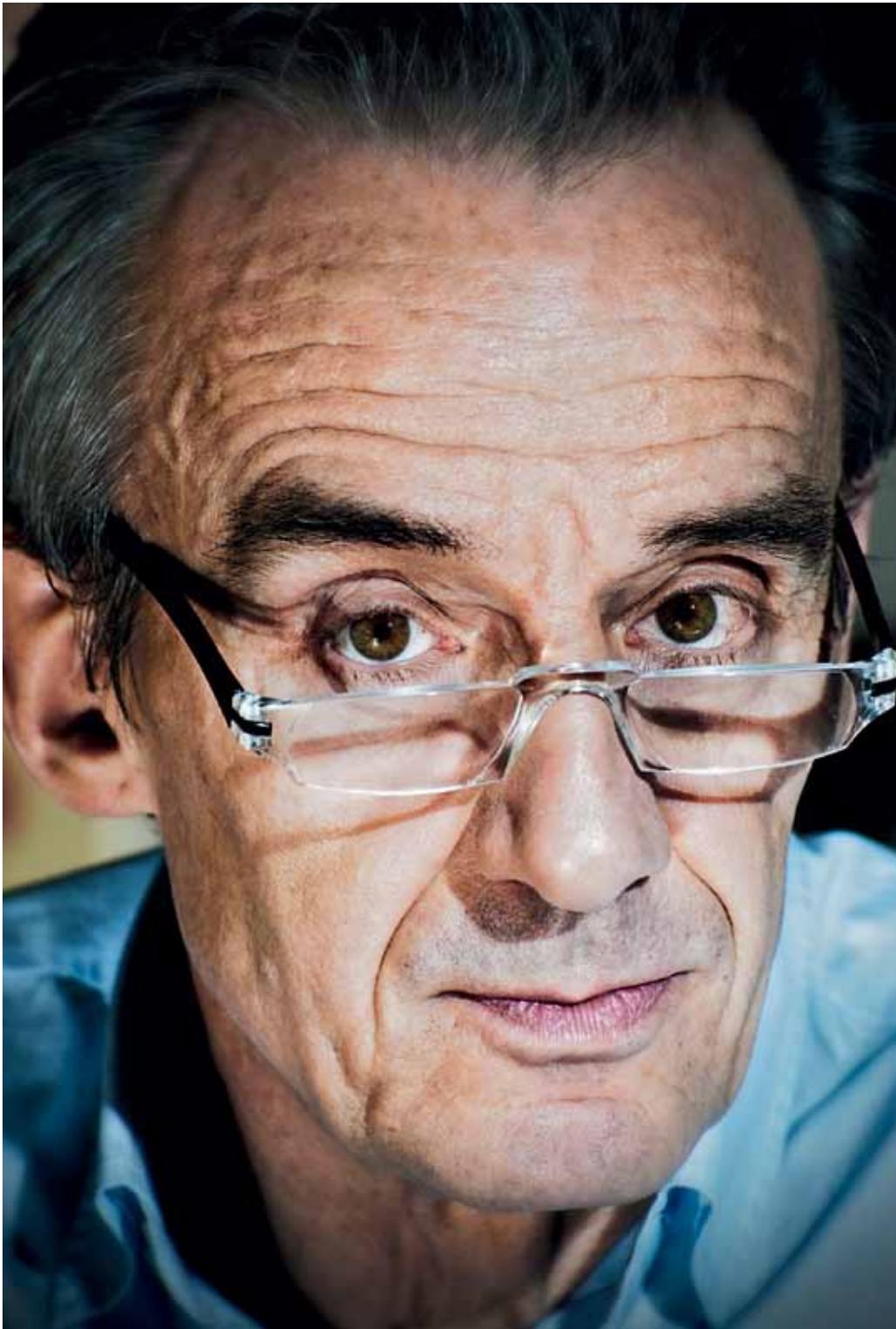
Freys Paraderolle ist jene des überambitionierten Machers, dessen Fähigkeiten und Charakterstärke nicht mit dem Ehrgeiz und der Selbstüberzeugung Schritt halten können. Diese Figur hat er auf der Bühne und im Fernsehen in unterschiedlichsten Variationen zur Perfektion gebracht. Mit dem realen Patrick Frey hat dies wenig zu tun: Was er anpackt, ob seinen Buchverlag oder die Bühnenprojekte, geschieht hochprofessionell. Frey, der aus der

wohlhabenden Volkart-Familie stammt und auf einem ererbten Millionenvermögen sitzt, fürchtet nichts mehr, als dass man ihm vorwerfen könnte, was er mache, sei bloss die Hobbybetätigung eines Reichen. «Ich möchte nicht wie ein Dieter Meier beschrieben werden, bei dem immer das Attribut des reichen Rolls-Royce-Fahrers vorkommt.» Im Humorbereich gehört Frey zu den erfolgreichsten Künstlern in der Schweiz, in seinem kleinen, international ausgerichteten Kunstbuchverlag Edition Patrick Frey publizieren auch grosse Namen wie die Amerikanerin Karen Kilimnik oder das Schweizer Duo Fischli/Weiss. Ohne seinen finanziellen Hintergrund wäre der Verlag aber nicht überlebensfähig: «Dank dem Geld kann ich auch Projekte machen, die sich finanziell nicht lohnen.» Das Showbusiness gehört definitiv nicht zu jener Kategorie.

Eklat auf höchster Ebene

Ob lustig oder nicht, darüber streitet bei Patrick Frey zuweilen die ganze Nation. Zum Beispiel, als er 2002 offiziell für den Bundesrat kandidierte als Nachfolger von Ruth Dreifuss. Die Idee entstand in der Sendung «Viktors Spätprogramm», wo Frey die Figur des Experten Stolte Benrath innehatte. «Im ersten Wahlgang gingen mehrere Stimmen an <Diverse>, bei vier oder fünf stand mein Name drauf. Das wurde mir aus dem Bundeshaus bestätigt», sagt er.

Für einen Eklat auf höchstem Politlevel sorgte 2005 sein Auftritt in der Sendung «Ein roter Teppich für ...». Frey verulkte unter Anwesenheit von Bundesrat Adolf Ogi und dem Korpskommandanten Christophe Keckeis die Landeshymne. Ogi, der offensichtlich nicht sogleich realisierte, dass es sich um eine Satire handelte, erhob sich und nahm Haltung an. Als der Chef stand, blieb Keckeis nichts anderes übrig, als es ihm gleichzutun: Er begab sich in Achtungstellung mit der Hand an der Brust – ganz ohne Regung in den Mundwinkeln. Am Schluss stand das gesamte Publikum und lauschte andächtig Textzeilen wie: «Wenn dein Berner Grind sich rötet, betet, weiche Eier, betet.» Für Patrick Frey eine prägende Erfahrung. «Als sich alle erhoben, dachte ich nur noch: <Patrick, jetzt musst du durchhalten.>» Die Szenen – für TV-Legende Kurt Felix «die lustigsten Momente des Jahres» – wurden nachträglich aus der Sendung geschnitten. «Ich habe das Material nie gesehen, es wurde sogleich unter Verschluss ge-



«Eine Zeitlang habe ich sogar eine schwarze Liste geführt»: Kabarettist Frey.

bracht, nicht einmal mehr die Techniker hatten Zugriff darauf.» Bis heute lagert diese Sequenz gut behütet im Giftschränk des Schweizer Fernsehens.

Frey war fortan in der Sendung nicht mehr erwünscht. Der Komiker, der zu seinen besten Zeiten als Darsteller in der Soap «Lüthi und Blanc», als Kabarettist in «Viktors Spätprogramm» und mit seiner eigenen Sendung «C'est la vie» drei Mal pro Woche im Schweizer Fernsehen zu sehen war, war plötzlich vom Bildschirm verschwunden. Der langsame unfreiwillige Rückzug vom Fernsehen erwies sich als Chance: Frey widmete sich seinem

Kunstabdruckverlag, schrieb vier Theaterstücke, war wieder öfter auf der Bühne zu sehen.

Der andere Insider-Deal

Dass Viktor Giacobbo nun nicht mehr mit ihm, sondern mit Mike Müller eine Sendung macht, stört ihn nicht. «Viktor und ich sind gut befreundet, es gibt da keine Ressentiments. Wir stehen ja noch immer gemeinsam auf der Bühne.» Allerdings gibt er zu, dass ihr Verhältnis nicht spannungsfrei war. «Ich kann nicht damit umgehen, einen Chef zu haben. Das hat Viktor ein paar Mal zu spüren bekommen.» Freys Lebensgeschichte ist von einem sehr frü-

hen Ereignis geprägt: Als er zweieinhalb Jahre alt war, beging sein Vater Suizid. «Als Kind greift man so etwas häppchenweise über Jahre. Und versucht, das Udenkbare zu verstehen. Wirklich darüber hinweggekommen bin ich erst in den letzten zehn Jahren.» Den frühen Verlust des Vaters sieht er als Ursache für seine Mühe mit männlichen Autoritätspersonen.

Er wuchs mit seiner Mutter und seiner Schwester auf, besuchte die Internatsschule Lyceum Alpinum in Zuoz, unter anderem mit dem späteren Jet-Aviation-Chef Carl W. Hirschmann («weil ich ihn kannte, habe ich etwas Verständnis für die Probleme seines Sohnes»), dann studierte er Ökonomie und Kunstgeschichte. Mit seiner Frau Laurence Frey-Bloch, Kunsthistorikerin und Tochter des Chocolatiers Rolf Bloch (Camille Bloch), hat er vier Söhne – obschon er sich immer Mädchen gewünscht hat. «Da ich selber keinen Vater hatte, fehlte mir die Vorstellungskraft dafür, wie ein Vater mit Buben zurechtkommen kann.» Im Berufsleben habe er mit Frauen immer viel besser zusammengearbeitet als mit Männern, auch das bringt er mit seiner vaterlosen Kindheit in Verbindung.

Dass eine Zusammenarbeit mit Patrick Frey kein einfaches Unterfangen ist, musste auch Beat Schlatter erfahren. Nach fünfzehn Jahren gemeinsamen Auftritten mit dem Kabarett Götterspass waren die beiden in den 1990er Jahren dermassen verkracht, dass sie zuletzt nur noch auf der Bühne miteinander sprachen und jeweils auf getrennte Garderoben pochten. Erst zehn Jahre später kam es zur Versöhnung, seit 2007 stehen die beiden wieder gemeinsam auf der Bühne, jetzt zum Beispiel mit ihrem neuen Theaterstück «Seegfrörni 2012». «Ich bin überhaupt nicht nachtragend, im Gegenteil: Ich bin ein sehr versöhnlicher Mensch.»

In diesen Tagen kommt das Stück im Zürcher Theater am Hechtplatz zur Uraufführung. Beim Schreiben sassen sich die beiden tage-, ja wochenlang an einem Tisch gegenüber und erarbeiteten die Dialoge. «Jede Szene haben wir ausdiskutiert, bis wir beide einverstanden waren.» Im Stück geht es um eine verhängnisvolle Spekulation, fernab von Grossfinanz und Notenbank: Ein bislang erfolgloser Typ erfährt mitten im Sommer von einem Muotathaler Wetterfrosch, dass es 2012 zu einer Seegfrörni kommen wird. Aus diesem Insiderwissen will er nun Profit schlagen.

Geschrieben haben Frey und Schlatter das Stück lange vor der Affäre um Philipp Hildebrand. Premiere ist am Donnerstag – und je nachdem, wie die Kritiken herauskommen, wird Patrick Frey an den Computer sitzen müssen und den Schreiberlingen einmal mehr mit aller Deutlichkeit klarmachen, was Sache ist.

Beat Schlatter und Patrick Frey: Seegfrörni 2012. Theater am Hechtplatz, Zürich. 12. Januar bis 26. Februar. Danach auf Schweizer Tournee

Top 10

Knorr's Liste

1	Le Havre	★★★★★
	Regie: Aki Kaurismäki	
2	Midnight in Paris	★★★★★
	Regie: Woody Allen	
3	The Help	★★★★☆
	Regie: Tate Taylor	
4	Carnage	★★★★☆
	Regie: Roman Polanski	
5	Melancholia	★★★★☆
	Regie: Lars von Trier	
6	Twilight Saga: Breaking Dawn, Teil 1	★★★☆☆
	Regie: Bill Condon	
7	Der Verdingbub	★★★☆☆
	Regie: Markus Imboden	
8	Tom Sawyer	★★★☆☆
	Regie: Hermine Huntgeburth	
9	The Adventures of Tintin	★★★☆☆
	Regie: Steven Spielberg	
10	In Time	★★★☆☆
	Regie: Andrew Niccol	

Kinozuschauer

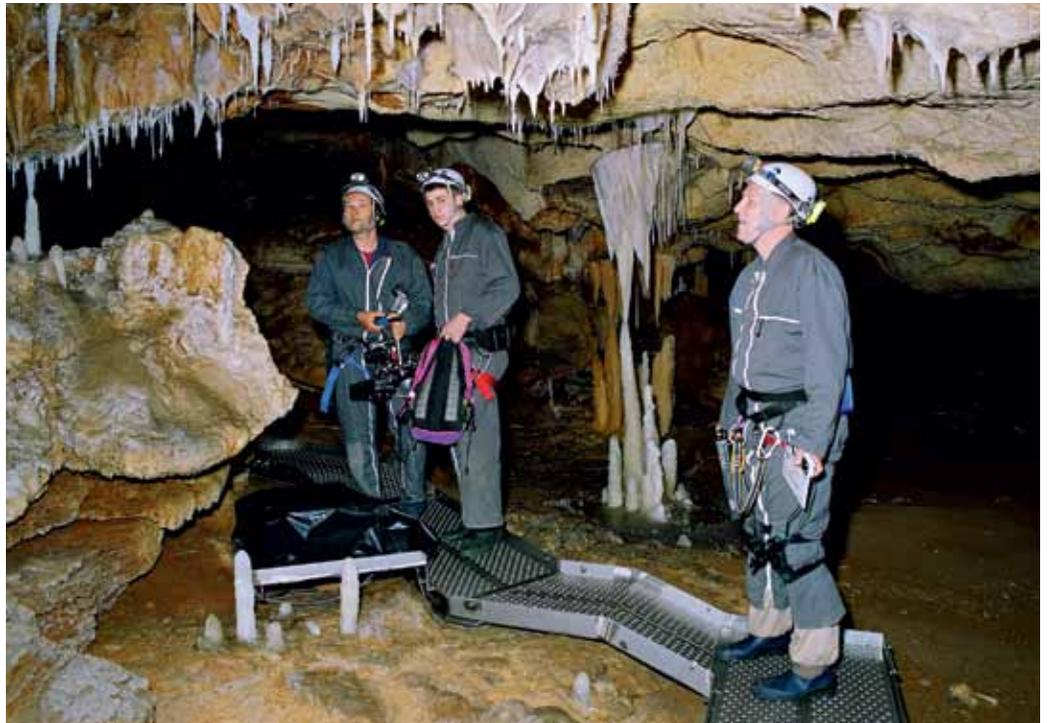
1 (-)	Sherlock Holmes	40 237
	Regie: Guy Ritchie	
2 (-)	Alvin and the Chipmunks	27 572
	Regie: Mike Mitchell	
3 (1)	Puss in Boots (3-D)	21 523
	Regie: Chris Miller	
4 (-)	Mission: Impossible 4	21 158
	Regie: Brad Bird	
5 (3)	New Year's Eve	14 131
	Regie: Garry Marshall	
6 (-)	The Ides of March	7850
	Regie: George Clooney	
7 (-)	Rubbeldiekatz	7408
	Regie: Detlev Buck	
8 (6)	Der Verdingbub	5506
	Regie: Markus Imboden	
9 (5)	Carnage	5185
	Regie: Roman Polanski	
10 (4)	In Time	5131
	Regie: Andrew Niccol	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Hangover 2 (Warner)
2 (-)	Final Destination 5 (Warner)
3 (6)	Super 8 (Rainbow)
4 (2)	Captain America (Rainbow)
5 (3)	Die Schlümpfe (Sony)
6 (8)	Kokowääh (Warner)
7 (4)	Harry Potter 7.2 (Warner)
8 (-)	Brautalarm (Universal)
9 (9)	Wer ist Hanna? (Sony)
10 (5)	Cars 2 (Disney)

Quelle: Media Control



Atemberaubend: Herzogs «Höhle der vergessenen Träume».

Kino

Prähistorische Seelenkatakomben

«Die Höhle der vergessenen Träume» ist ein faszinierender Trip an den Ursprung bewegter Bilder.

Von Wolfram Knorr

Magisch zieht es ihn in Grenzbereiche, zu Sonderbarem und Unbehaustem, getrieben von dem Wunsch, mythenschwangere, archaisch-visionäre Schönheit zu schaffen: der deutsche Filmemacher Werner Herzog («Fitzcarraldo»). Das Filmen versteht er als eine Art Geburtshilfe für Bilder von wuchtiger Grösse. Immer unterfüttert mit einem sehr deutschen titanenhaften Pathos – und das kann einem freilich auch schwer auf den Zeiger gehen. Unvergessen seine herkulischen Fights mit Klaus Kinski als zuweilen etwas arg kalkulierte «Beweise» seiner Gefangene-werden-nicht-gemacht-Kämpfernatur («Aguirre, der Zorn Gottes», «Cobra Verde»). Aber nichtsdestotrotz gelangen dem selbst unbehausten Irren immer wieder bizarre, schöne Filme voll Kraft und Magie. Es sind weniger seine Spielfilme als vielmehr seine dokumentarischen Reisen an die Ränder – und zu denen gehört «Die Höhle der vergessenen Träume», ein faszinierender Trip in die allerfrüheste Geschichte der Menschheit, an den Ursprung der Kunst, den Ursprung bewegter Bilder.

Ende des Jahres 1994 entdeckten Hobby-Forscher, darunter Jean-Marie Chauvet, im Flusstal der Ardèche (Südfrankreich) eine etwa 8000 Quadratmeter grosse Höhle mit über 400 Wandbildern, deren Alter mittels Radiokarbonmethode auf 35 000 bis 32 000 Jahre

datiert wurde. Dass die verwegenen Wandzeichnungen von Panthern, Mammuts, Wollnashörnern, Pferden, Uhus et cetera die Zeit überdauerten, lag an einem Felssturz, der die Höhle konservierte. Die Entdeckung der Bilder war eine Sensation, und um sie zu schützen und zu erhalten, um Vandalismus und Pilzbefall zu verhindern (wie in anderen Höhlen geschehen), wurde jeder Zugang zur Höhle untersagt.

Es ist typisch, dass es Werner Herzog gelang, die Chauvet-Höhle besichtigen und in ihr filmen zu dürfen. Die Auflagen, winziges Team, flache Kaltlichtlampen, nur vier Stunden filmen am Tag und nur eine Woche Drehzeit, liessen Herzogs Herausforderungslust geradezu aufblühen. Man sieht's ihm nicht nur an, sondern hört's auch an seinen Kommentaren – und das steigert die Emotionalität, mit der er den Zuschauer an die Hand nimmt und mit ihm in die Höhle an den ungeheuren Anfang kulturellen Lebens vorstösst.

Es sind atemberaubende Höhlenbilder – Wölbungen, Nischen und Kanten wurden offenbar mit dramaturgischem Raffinement genutzt, um Bewegungsabläufe zu simulieren. Und dass sich die prähistorischen Künstler ausgerechnet in die dunkelsten Ecken begaben, ist für Herzog der Beweis, dass sie der Düsternis Schönheit und Grösse und vielleicht auch so etwas wie ein «Kino» abringen wollten. Auch

wenn er Wissenschaftler zu Wort kommen lässt, drehte er keinen Wissenschaftsfilm, sondern lädt zu einer höchst vergnüglichen und aufregenden Reise in die Seelenkatakomben prähistorischer Menschengeschichte ein.

Eigentlich hasst Herzog 3-D; doch für die Höhlenbesichtigung entschloss er sich dazu – und überzeugt damit: Der 3-D-Einsatz macht Sinn. ★★★★★☆

Weitere Filmstarts

The Girl with the Dragon Tattoo — Man kann sich natürlich fragen, warum Stieg Larssons «Verblendung» von Hollywood mit Bond-Darsteller Daniel Craig als investigativem Reporter und Rooney Mara als Punk-Hackerin noch mal verfilmt werden musste, aber David Fincher («Fight Club») gelingt das Kunststück, selbst jene Fans zu packen, die Roman und Verfilmung aus dem Jahre 2009 schon kennen. Zwar ist der Anfang zäh (wie im Schweden-Film), doch dann zieht Fincher derart die Spannungsschraube an, dass sich alles (Vor-)Wissen über die Story rasch auflöst. Das liegt auch an Craig, der den gefrusteten Reporter perfekt verkörpert, und an Rooney Mara, die ihrer Vorgängerin Noomi Rapace mit deren intensiver Interpretation in nichts nachsteht und es schafft, sie nicht zu kopieren. ★★★★★☆



Intensiv: Craig, Mara im Stieg-Larsson-Film.

Fragen Sie Knorr

Ich habe den Eindruck, dass die Filmmusik bald wichtiger ist als der Film selbst. Ist da was dran? L. B., Zürich



Da ist was dran. Gewaltige sinfonische Klangkörper werden immer häufiger eingesetzt, um den seelenloser werdenden Filmen zurückzugeben, was ihnen zunehmend fehlt: wichtige Emotionen. Neu ist das natürlich nicht. Alfred Hitchcock, experimentierfreudig wie kaum ein anderer, potenzierte mit seinem Komponisten Bernard Herrmann den emotionalisierenden Suspense und spielte mit

Hysteria — Im Gegensatz zu David Cronenbergs krampfhaft-seelenloser Hysterie-Debatte zwischen Freud und Jung («A Dangerous Method») nimmt sich Tanya Wexler der weiblichen Hysterie-Manie aus viktorianischen Zeiten in einer Komödie und sehr handfest an. Ein Doktor hat ein Mittel entdeckt, um die



Singen in höchsten Tönen: «Hysteria».

Nervosität seiner weiblichen Patienten zu lindern, indem er, unter Decken und Tüchern schamvoll verdeckt, persönlich Hand anlegt. Als sein junger Assistent, von der Handarbeit überfordert, den Vibrator erfindet, kann sogar eine Operndiva wieder in den höchsten Tönen singen. Ein amüsanter Schmock aus der Plüsch-und-Pleureusen-Epoche. Im Nachspann erhält auch Queen Victoria zu Weihnachten einen Vibrator. ★★★★★☆

Le gamin au vélo — Die Filme der belgischen Brüder Jean-Pierre und Luc Dardenne («L'enfant») bewegen sich auf einem schmalen Grat zwischen Fiktionalem und Dokumentarischem, und fast immer gelingt es ihnen, den Grat zum Leuchten zu bringen. Ein Junge von zwölf Jahren wird vom Vater in ein Heim abgeschoben, was der Knabe nicht akzeptiert. Die Entdeckung des Films ist Thomas Doret in der Rolle des Jungen, der mit elektrisierender Energie gegen die rigiden Zuweisungen der Erwachsenen revoltiert. ★★★★★☆

Sound-Effekten (etwa in «Die Vögel»), um das Ohr, dessen Empfindsamkeit mit den Effekten gesteigert wurde, dann besser mitsehen zu lassen. Inzwischen hat der ganze Apparat zum «akustischen Design» mutiert. Der Ton, behauptete George Lucas, der neue Sound-Systeme entwickelte (THX), mache fünfzig Prozent des Kinoerlebnisses aus. Inzwischen sind es garantiert mehr.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Aufstand der Altfeministinnen

Von Rico Bandle

Es gibt Dinge, von denen hat unser-Eins noch nie etwas gehört. Zum Beispiel, dass dieses Jahr das «Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen» sei. Oder dass es in der Schweiz eine Bewegung gibt, die sich «Grossmütterrevolution» nennt. Aber man lernt ja gerne hinzu. In der «Sternstunde Philosophie» des Schweizer Fernsehens durfte die Historikerin und Altfeministin Heidi Witzig (67) eine Stunde lang über die Anliegen dieser Grossmütterbewegung parlieren.

Wie es sich für eine echte Bewegung gehört, haben die rüstigen Grossmütter zuerst einmal ein Manifest formuliert (abrufbar unter www.grossmuetter.ch). Und dann demonstriert: Am 4. Juni 2011 seien 200 Aktivistinnen durch Zürich gezogen. Doch wofür kämpfen diese Frauen? «Wir fordern ein Altern in Würde», sagt Witzig. Und: «Wir fordern Solidarität mit alten Frauen, denen es nicht so gut geht.» Die Bewegung besteht hauptsächlich aus Feministinnen, die in den 1970ern für politische Rechte auf die Strasse gingen – und nun ins Grossmütteralter gekommen sind.

Konkret geht es bei fast jeder Forderung letztlich um Geld: «All jene Sachen wie Betreuungsgutschriften, die wir bereits für die mittlere Generation gefordert haben, fordern wir nun auch für Frauen in der alten Generation», sagt Witzig, die mit zwei Frauen in einer Alters-WG lebt. Es gebe zum Beispiel Grossmütter, die könnten sich das Zugbillet zum Kinderhüten nicht leisten, hier müsse der Staat eingreifen.

Die Anspruchshaltung kennt keine Grenzen. Und je grösser die Forderung, desto mehr blüht die Aktivistin auf. Moderator Norbert Bischofberger verzichtet darauf, das Gesagte zu hinterfragen. Dass er gelangweilt wirkt, darf nicht überinterpretiert werden: Das ist bei ihm immer der Fall. Fast apathisch bringt er die langen sechzig Minuten über die Runden. Immerhin 44 000 Zuschauer hielten am Sonntagmorgen mit ihm durch.

Sternstunde Philosophie: Sonntag, 11 Uhr, SF 1

Stars gehen in Deckung

Ricky Gervais wird bei der Verleihung der Golden Globes für Ärger und hohe Einschaltquoten sorgen. Von Beatrice Schlag

Normalerweise tritt ein hochbezahlter Gastkomiker, der bei seiner ersten Moderation zahlreiche anwesende Celebrities durch den Kakao zieht, in Hollywood kein zweites Mal auf. Bei Ricky Gervais ist das anders. Dabei hatte der Brite bei der letztjährigen Verleihung der Golden Globes nicht nur auf Stars und Filmen herumgehackt, sondern auch Philip Berk beleidigt, den greisen Vorsitzenden der Organisation, die Gervais' Gage berappt. «Als Nächstes hat Eva Longoria die schreckliche Aufgabe, den Präsidenten der Hollywood Foreign Press vorzustellen», sagte er zu Berks Begrüssung. «Das ist noch gar nichts! Ich musste ihn vorhin von der Toilette hochhieven und ihm sein Gebiss einschieben.» Das Publikum schwieg, betreten und überzeugt, dass sich der Brite mit dem Satz in der Filmmetropole sein Grab geschaufelt hatte.

Aber die Hollywood Foreign Press Association (HFPA) ist keine angesehene Vereinigung wie die Academy, sondern ein Klub von 83 überalterten ausländischen Journalisten, dem kein Mensch in der Filmbranche Beachtung schenkt. Ausser an dem Tag, an dem er die Golden Globes verleiht. Zwar nominiert die HFPA immer wieder abenteuerlich schlechte Filme wie im letzten Jahr «The Tourist», der auch bei Fans von Angelina Jolie und Johnny Depp nur Gähnen auslöste. Aber anders als die streng durchchoreografierten Oscars sind die Golden Globes manchmal richtig unterhaltsam. Die Stars sitzen in Gruppen an runden Tischen, Champagner wird schon vor und auch während der Preisverleihung reichlich ausgeschenkt. «Es wird eine Nacht, in der kräftig gefeiert und gegessen wird», sagte Gervais zu Beginn, «oder, um es mit Charlie Sheen zu sagen, ein Frühstück.»

Dass die HFPA mit den Einnahmen für die TV-Übertragungsrechte ihr Fortbestehen sichert, ist Ricky Gervais' Glück. Denn seine Moderation trieb die Einschaltquoten deutlich hoch. Anders als im deutschen Sprachraum, wo sein Name nur Anhängern britischer und amerikanischer Comedy-Serien ein Begriff ist, wird Grossbritanniens berühmtester und erfolgreichster Komiker seit Charlie Chaplin in zahlreichen anderen Ländern gefeiert. Seine Erfolgsserie «The Office», mit der er vor zehn Jahren in Grossbritannien bekannt wurde, ist inzwischen die erfolgreichste britische Serie aller Zeiten und wird in neunzig Nationen gezeigt. Zahlreiche Länder, unter ihnen die USA, Frankreich, Russland, Chile und Südafrika, haben eigene Versionen der Serie gedreht. Die

Einnahmen aus DVD-Verkäufen und Fernsehrechten werden weltweit auf über eine halbe Milliarde Franken geschätzt. Das US-Magazin *Time* zählte Gervais vor einem Jahr zu den hundert einflussreichsten Leuten der Welt. Mehr als zwei Millionen Besucher haben sich bei seiner Live-Tournee «Fame» schiefgelacht.

Zwischen giftig und geschmacklos

Ricky Gervais ist kein fröhlicher Komiker, dem daran liegt, möglichst gute Laune zu verbreiten. Man kann ihm stundenlang zusehen, aber ein Bier mit ihm trinken möchte man nicht unbedingt. Die Auftritte des leicht pummeligen Fünfzigjährigen mit dem Babyface und den spitzen Eckzähnen sind so umwerfend wie befremdlich. Seine Arroganz ist beachtlich, sein Witz schwankt so konstant zwischen giftig und geschmacklos, als wolle er genau diese Grenze ausloten, wo man nicht mehr sorglos loslachen kann. Er zwingt einen dazu, sich zu fragen, warum man eben gelacht hat.

Zum grossen Erfolg von «The Office» sagte er in einem Interview: «Nichts gegen zwanzig Millionen Zuschauer. Aber ich habe sehr viel dagegen, mir ein Ziel von zwanzig Millionen Zuschauern zu setzen. Denn dann muss ich alles weglassen, was verletzt. Und am Schluss hat man ein verwässertes Etwas, das einfach eine halbe Stunde über einen hinwegspült. Ich denke, dass viele Leute «The Office» leiden-

schaftlich gehasst haben. David Bowie erzählte, dass er nach seinem bestverkauften Album, «Let's Dance», das eindeutig nicht sein bestes ist, Auftritte in grossen Stadien bekam. Er sah ins Publikum hinaus und realisierte plötzlich, dass da Phil-Collins-Fans gekommen waren statt Iggy-Pop-Fans. Und genauso fühle ich mich mit meiner Arbeit: Ich will Iggy-Pop-Fans.»

Nach den Golden Globes vom letzten Jahr nannten ihn viele Kritiker einen Zyniker und einen grausamen Schock-Komiker. Nichts, antwortete Gervais, liege ihm ferner, und von Zynismus halte er nicht viel. «Ich versuche nie aktiv, jemanden zu verletzen. Das ist sinnlos, ungehobelt und, ehrlich gesagt, auch zu leicht. Aber man sollte sagen, was man denkt, ehrlich sein. Niemand sollte durch Ehrlichkeit verletzt sein. Es ist meine Aufgabe, die Leute nicht nur zum Lachen, sondern auch zum Denken zu bringen.»

Nach der letztjährigen Veranstaltung der Golden Globes sagte der geschmähte HFPA-Präsident über seinen Moderator: «Er hat zweifellos eine Grenze überschritten, und einiges war absolut unakzeptabel. Aber das ist Ricky. Allerdings sind Anspielungen auf einzelne Personen nichts, was die HFPA duldet.» Letzteres ist genau die Art von Bemerkungen, die Ricky Gervais auf Trab bringen. Natürlich weiss er, dass er nur deswegen erneut eingeladen wurde, weil die Einschaltquoten nach der Aufregung vom letzten Mal weiter steigen werden. Und dass niemand Ricky Gervais anheuert, um ihm zu sagen, was bei seinem Auftritt geduldet wird und was nicht.

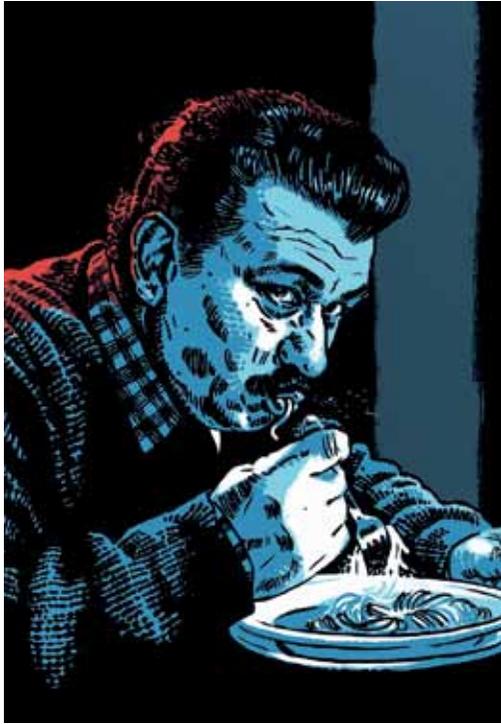
Golden Globes 2012: Die nach den Oscars wichtigsten Filmtrophäen werden am 15. Januar 2012 in Beverly Hills vergeben.



«Nichts gegen zwanzig Millionen Zuschauer»: der britische Komiker Gervais.

Kino mit Geschmack

Weltwoche-Filmkritiker Wolfram Knorr verbindet in einem wunderbaren kleinen Band die Leinwand mit der Küche und mit noch ein paar anderen Dingen. Von David Schnapp



Bildlegende Titel: Don Camillo.

Die Idee von *Weltwoche*-Filmkritiker Wolfram Knorr, Klassiker des Kinos auf ihre kulinarische Substanz hin anzuschauen, ist bestechend. Bevor man das Buch aufgeschlagen hat, kommen einem Ess-Szenen aus Filmen in den Sinn. Die Mafia-Brüder in «Good Fellas» zum Beispiel, die im Gefängnis über die perfekte Pasta-Sauce philosophieren und den Knoblauch mit einem Rasiermesser hauchdünn schneiden. Oder die legendäre Cheeseburger-Diskussion in «Pulp Fiction», wo der Unterschied zwischen einem amerikanischen *quarter pounder* und einem «Cheeseburger Royale» in Frankreich erläutert wird und man als Zuschauer sofort einen richtigen Burger essen möchte.

Das sind nur zwei spontane Einfälle, die in Knorrs Buch nicht mal vorkommen. Der Autor beschränkt sich auf insgesamt zwölf Klassiker des Films und zwölf dazugehörige Rezepte. Es beginnt bei Hitchcocks «Frenzy» (1972) und einem *english breakfast* und geht über «Ratatouille» (2007) – Rezept: Ratatouille – bis zu «Chocolat» (2000) und der Anleitung für eine raffinierte heisse Schokolade mit Vanille, Kardamom und Chili.

Auf rund sechs, sieben Seiten pro Titel verknüpft Knorr mühelos verschiedenste kulturelle und kulinarische Gegebenheiten, Essgewohnheiten und Küchenphilosophie der

Länder, in denen die Geschichten spielen, sowie Hintergründe zu den Regisseuren. Das ist schön und amüsant zu lesen, teilweise hoch spannend und immer appetitanregend – so, wie es in den Filmen selbst eigentlich auch ist.

Wie eine schnelle Google-Recherche ergibt, hat das Zentrum für Medien und Interaktivität der Justus-Liebig-Universität Giessen im Jahr 2005 eine Reihe zum Essen im Film gemacht. Und Knorr erwähnt in der Bibliografie zu seinem Buch die Textsammlung «Ist man, was man isst? – Essrituale im Film» von Anton Escher und Thomas Koeber (Hg.). Diese Idee scheint also durchaus auch andere Fachleute interessiert zu haben. Wolfram Knorr kommt das Verdienst zu, das Thema auf leichte, elegante Weise in ein Büchlein gegossen zu haben. Die holzschnittartigen Schwarzweiss-Illustrationen von Benjamin Güdel bringen dazu die Stimmung in den jeweiligen Ess- und Kochszenen schön zum Ausdruck, verraten aber leider wenig über das Essen an sich.

Der Hunger kommt

Dass es nach zwölf Filmen und Rezepten schon zu Ende ist mit den appetitlichen Geschichten, ist schade, jetzt, wo man so richtig Hunger hätte. Aber es gibt trotzdem ein bisschen was zu kochen. Die Rezepte sind mehrheitlich schlicht, haben aber bei aller Einfachheit immer das gewisse Etwas. Neben ganz simplen Zubereitungen wie jener von Parmesan-Spaghetti aus «Don Camillos Rückkehr» gibt es aber auch ein paar aufwendigere Gerichte wie «Schweinsragout auf französische Art» aus «Das Biest muss sterben» von Claude Chabrol oder Nudelsuppe aus «Tampopo» von Juzo Itami. Und als kulinarischer Höhepunkt treten «Wachteln in Rosenblättern» auf – aus «Bittersüsse Schokolade» von Alfonso Arau. Für das raffinierte Rezept werden ausser den Wachteln auch Rosenblütenknospen, Anissamen, Kastanien, eine Pitahaya-Frucht sowie Rosenwasser verkocht.

Knorr selbst sieht seine kulinarische Reise als Lobpreisung für echtes Essen, als einen Appell an den Genuss. Diese eigene Vorgabe hat er erfüllt, so überzeugend, dass man gerne ein Supplement hätte.

Wolfram Knorr: Geschmack im Film. Zwölf Klassiker mit zwölf Rezepten. Illustrationen von Benjamin Güdel. Echtzeit. 160 S., Fr. 32.–
Weltwoche-Leser erhalten das Buch für Fr. 29.–, Bestellungen unter www.echtzeit.ch/weltwoche

Crashkurs durch die ganze Musik

Von Peter Rüedi

Dies ist die verwirrendste CD des Jahres, und wir sind in diesen postpostmodernen Zeiten ja weiss Gott an jede Art von wilden Mixturen gewöhnt. Rock, Jazz, Songs, elektronische Soundscapes, Fetzen von Brutalo-Techno-Wummerbeats, versponnene, fast folk-artige Lyrik, aus Noise-Gewittern plötzlich ätherisch poetische Erleuchtungen (post tenebras lux, sozusagen): ein Crashkurs durch quasi alles, und immer schrammt die Karosse funkenstiebend gegen vorübersausende Leitplanken. Am Volant: Fredy Studer, Luzerner Drummer mit Jahrgang 1948. Wenn er seine neue Band mit zwei Sängerinnen (Joana Aderi und Joy Frempong), zwei Kontrabassisten (John Edwards und Daniel Sailer), ihm selbst an mal gefitzelter, mal entfesselter Perkussion (plus und vielfältig eingesetzte Elektronik) beschreibt, tönt das eigentlich ganz einfach: «Mir schwebt – grob gesagt – eine Verbindung von Song und Improvisation vor. Ich denke an eine Band, die nahtlos zwischen den beiden Formen wechselt und jederzeit zum Song zurückkehren oder diesen improvisatorisch in neue Zonen treiben kann.» Nur dass bei diesem hochenergetischen Rumpelstilz nichts einfach ist, sondern alles schräg, und selbst wenn da Oasen der Stille flimmernd im Dunst erscheinen, sind es Fata Morganas, denen allemal der nächste Sandsturm droht. Schräg ist schon der Name der Gruppe, Phall Fatale – weibliches Adjektiv zu einem doch eher männlichen Substantiv. Aber vielleicht ist das wieder mal nicht, was wir denken, verweist doch Studer mit seinem fastnachtserprobten *Lozärner* Humor auf anderes: Phall sei «die Bezeichnung für das schärfste Currygewürz in Indien». Curry ist bekanntlich eine Mischung. Auf die kommt's hier an. «Das, was nicht zusammengeht, zusammenbringen», sagt Studer. «Charcoal from Fire» ist eine der aufregendsten, unvorhersehbarsten, vielseitigsten CDs seit langem: poetisch und beunruhigend, elastisch und gewalttätig, brutal und sanft. Kein musikalischer Stil. Vielmehr ein Flug durch viele verschiedene Aggregatzustände von Musik, das gesprochene Wort und das Geräusch inbegriffen.



Phall Fatale: Charcoal from Fire. Kuenschli k031

«Kronenhalle» bricht mit Traditionen

Im legendären Zürcher Restaurant ist einiges im Umbruch. Und die Russen feiern wieder. *Von Hildegard Schwaninger*



Ende einer Ära: Blumenlieferantin Guhl.

Als **Regula Guhl** vor drei Jahren nach dem Tod **Maria Binders** das Blumenbindergeschäft an der Oberdorfstrasse übernahm, «erbte» sie auch den Auftrag «Kronenhalle». Jahrzehntlang hatte Maria Binder, enge Vertraute des Patrons **Gustav Zumsteg**, die Kelche mit der grandiosen Blütenpracht, die zum Lokal gehören wie die Picassos und Bonnardts an der Wand, geliefert. Jetzt endet eine Ära: Ab heute liefert ein Florist von der Nüschelerstrasse.

Andreas Wyss, der etwas raubeinige Geschäftsführer (Veston zu eng, Händedruck zu fest), zitierte Frau Guhl in die «Kronenhalle», erklärte, er habe einen Anbieter, der die Dekoration für 2000 Franken im Monat macht. Guhl, die mehr als das Doppelte verlangt, meint, eine solche Offerte könne nicht realistisch sein. «Wir liefern einmal in der Woche neue Blumen, täglich wässern und pflegen wir sie. Das geht nicht billiger.» Sie vermutet, der neue Lieferant **Christian Felix** könne nur darum so günstig sein, weil er den Auftrag «Kronenhalle» als Sponsoring über das Werbebudget abbuche. Für Guhl ist der Verlust nicht existenzbedrohend. «Wir haben noch andere Kunden. Aber es tut mir leid, dass Vertrauen, Konstanz, langjährige Zusammenarbeit nichts zählen.»

Andreas Wyss, der Geschäftsführer der «Kronenhalle», kann rechnen, das ist sein Auf-

trag. Die Auslagerung des Backoffice an die Kramer Gastronomie war sein Schachzug. Damit hat er vier Personen eingespart. Nicht nur deshalb schätzt ihn Stiftungsratspräsident **Peter Beglinger**. Beim Personal gibt es Mutationen. Immer neue Gesichter in der «Kronenhalle», wie Stammgäste feststellen. Erst der Weggang (über dessen Hintergründe nichts zu erfahren ist) von Restaurant-Chef **Paul Senn**, der 24 Jahre da und beliebt war; jetzt wurde Chef de Service **Marc Bernet** gefeuert, er fand einen Job im benachbarten «Odeon».

Von Betriebswirtschaft mag Wyss einiges verstehen, Kommunikation ist seine Sache nicht. Presseanfragen behandelt er nicht gerade klug, und manchmal sind die Konsequenzen schwerwiegend. So hängt ihm immer noch



Bildlegende Titel: Geschäftsführer Wyss.

nach, dass er – vor sechs Jahren(!) – einem deutschen Gastroführer das Fotografieren nicht gestattete. Seither wird er – von der Schweizer Presse bis zu *Spiegel* online – als Deutschenhasser verunglimpft. Ist er sicher nicht! **Andreas Wyss** versucht, die Tradition von **Gustav Zumsteg** aufrechtzuerhalten, dem jeder Gast willkommen war. **Zumsteg** war ein Mann mit Klasse. Wenn **Verena Gerhartz**, die als Enkelin der «Kronenhalle»-Gründerin **Hulda Zumsteg** – genetisch berechtigt – im Verwaltungsrat ist, den Kaugummi im Mund, die Zigarette in der Hand, vor dem Lokal sitzt: Was würde Onkel **Gustav** sagen?

Dass «Kronenhalle»-Gäste an Traditionen hängen, zeigt der jüngste Fall aus der Bar. Dort wurden die alten Vorhänge durch moderne ersetzt. Es gab einen Aufschrei unter den Gästen.

Und: **Andrea Kracht**, Besitzer des Hotels «Baur au Lac», ist neu im «Kronenhalle»-Verwaltungsrat.

Man muss es den Russen lassen: Wenn sie feiern, geht die Post ab. Seit die Russen – da grosszügig und gut betucht – bei uns beliebte Gäste und, seit sie nicht mehr bei jeder Bezahlung fette Dollarbündel aus der Tasche ziehen, auch gesellschaftsfähig sind, werden russische Weihnachten und russischer Silvester (nach dem julianischen Kalender eine Woche später als hierzulande) in den besten Hotels der Schweiz gefeiert. In Gstaad und



Party in Zürich: Botschafter Bratchikov.

St. Moritz knallen die Korke, und auch in Zürich fliesst der Wodka. Erstmals organisiert das Hotel «Storchen» russische Festtagspartys. Zur Weihnachtsfeier am 7. Januar, die eher besinnlich ablief, reiste der russische Botschafter **Igor Bratchikov** aus Bern an, zur Silvesterparty am 13. Januar kommt **Dr. Ihor Dir**, der Botschafter aus der Ukraine. **Jörg Arnold**, der Hoteldirektor, hat eine russische Frau, **Inna**. So wird stilecht gefeiert. Vom Münsterhof werden die Gäste in Kutschen zum Hotel «Storchen» gefahren, dort wird ihnen – noch vor dem Champagner – Brot mit Salz gereicht.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Ich, der Soziale

Unser Kolumnist geht aus in der Parallelwelt. Und gibt Tipps, für die richtige Welt zum Geldverdienen und Bücherlesen.
Von Mark van Huisseling

Vergangene Woche war ich in Zürich. Bevor ich erzähle, was los war in der Stadt beziehungsweise was man dort machte als MVH, kurz ein Nachtrag zu der Spalte von vor einer Woche. Auf dem Hang, über den die Bergbahn St. Moritz Dorf–Chantarella führt, werden Mehrfamilienhäuser gebaut. Interessant: Die Wohnungen darin werden für zirka 10 000 Franken pro Quadratmeter zu kaufen sein (eine 3-Zimmer-Wohnung etwa kostet rund eine Million oder, gemessen an den in St. Moritz herrschenden Verhältnissen, wenig mehr als ein Autoabstellplatz). Falls man «einheimisch» ist. Doch um «einheimisch» zu sein, muss man nicht dort geboren sein oder so. Es reicht, wenn man in der Gemeinde Wohnsitz hat respektive nimmt. Mit anderen Worten: Wer eine Ehefrau, Mutter, Grossmutter et cetera so weit bringen kann, sich in St. Moritz anzumelden, kann Wohneigentum zu, sagen wir, einem Drittel des üblichen Preises kaufen (und zudem erzählen, er/sie habe ein Apartment unterhalb des Hauses von Lakshmi Mittal). Von der (kleinen) Familie Ihres Korrespondenten, nur zum Sagen, wollte niemand in die Gemeinde. Deshalb werden andere Leute viel Geld verdienen, wenn in schätzungsweise 25 Jahren diese Marktkorrektur abgeschafft wird.

Jetzt Zürich. Das *grand total* der *social entries* in meinem Kalender für Woche 1 betrug null («Swiss Award 2011 – Die Millionen-Gala» sowie *Weltwoche*-«Weihnachtsfeier», Veranstaltungen mit halbfetten Namen also, finden heuer erst in KW 2 statt). Deshalb war die Zeit

richtig, meinen *Social-Media*-Auftritt auf den Stand anzuheben, auf dem man sich 2012 befinden sollte. Für die, die es wissen möchten: Ihr Korrespondent hat seit 2005 eine Homepage im World Wide Web (markvanhuisseling.ch); mvh.ch, nebenbei, wird benutzt vom Musikverein Herisau, das ist in Ordnung, und das Kürzel dieser MedienVielfalt Holding, der die *Basler Zeitung* gehört, übrigens, ist MVH. MVH war ein *early bird* im Netz, ein früher Vogel, aber irgendwie fing er wenig Würmer sozusagen. Das ist jetzt, natürlich, anders – sein Newsletter, den er donnerstags versendet, geht an, ich sage nur, Massen von Empfängern mit viel Bildung und hohem Einkommen, das sie gerne ausgeben (werden auch Sie Abonnent, gratis). Und diese Massen öffnen, lesen, klicken an, um meine Botschaft (beziehungsweise die meiner Werbekunden) zu nutzen...

Worüber ich sehr genaue Angaben habe beziehungsweise öffentlich machen könnte: Wer meine Post wann, wie oft, wo, auf was für ein Gerät et cetera herunterlädt. Ein Agent etwa, der Aufträge für seine Fotografen möchte, hat diese Woche 33-mal auf die Webseite zugegriffen. Ein Mitarbeiter eines Think-Tanks, der immer streng über die *Weltwoche* urteilt, 24-mal. Eine Selbständigerwerbende, mit der ich vor längerer Zeit kürzer, sagen wir, romantisch verbunden war (und die sagte, als wir uns sahen vor einiger Zeit, sie verfolge meine Arbeit nicht mehr), 9-mal. Mein Onkel Johann aus Melk (Niederösterreich) 8-mal. Und eine Society-Lady, die angekündigt hatte, sie verbringe den Jahreswechsel in Cabo San Lucas, nahm meine Mail in Illinois entgegen und so weiter. Als User ist man gläsern, kann man sagen.

Doch das, so sieht es aus, sind viele User gerne. Beispielsweise die, die ausserdem bei Twitter mitmachen und von dort in hoher Akkordfolge allen, die ihnen folgen, berichten, was sie zurzeit wo, weshalb, mit wem und so weiter machen. Ihr Kolumnist macht auch mit (@MyMVH). Er findet, und das war seine wichtigste Kurzbotschaft bis jetzt: «Wer mehr als sechs Tweets am Tag macht, hat wenig zu tun und weniger zu sagen.» Falls jemand wissen möchte, weshalb er überhaupt mitmacht bei sozialen Medien (weil er ja schon ein bisschen berühmt ist und auch eine Freundin bereits hat): «[We're Only] In ft For the Money», wegen des Geldes (Copyright: Frank Zappa, mit dem ich nicht bekannt war).

Zum Schluss die ernste Nachricht. Im «Merkeft», dem Katalog von Zweitausendeins, einem «Kulturversandhaus» (Eigenreklame), fand ich unter der Überschrift «Die Wimmelseite», wo unter anderem mein zweites Buch bestellt werden kann, «Hobalala – auf der Suche nach João Gilberto» von Marc Fischer, mit dem ich bekannt war. Er ist vergangenes Jahr, nachdem er «Hobalala» fertig geschrieben hatte, gestorben, mit vierzig. Kaufen und lesen Sie sein Buch, ich tue es auch.

Gesellschaft

Film-Eltern

Von Beatrice Schlag — Wer erzieht Kinder richtig? Niemand, sagt Hollywood.

Wer Jugendliche oder Eltern mit Kindern im Tram beobachtet, bekommt viel Ahnung, wie schwierig das Erziehen von Kindern geworden sein muss. Oder wie wenig es manche



Eltern schert, ob ihr Nachwuchs höflich ist oder seinen Mitmenschen unbekümmert auf die Nerven geht. Kein Zehnjähriger bietet seinen Sitzplatz mehr an, wenn ein alter Mann neben ihm steht. Er sieht ihn gar nicht, weil seine Augen starr aufs Handy gerichtet sind. Keine Mutter fühlt sich verpflichtet, zu Stosszeiten ihre Dreijährige auf den Schoss zu nehmen, weil das Tram «pumpenvoll» ist.

Nostalgie ist nicht angesagt. Früher gehörten Prügel und Ohrfeigen zur Erziehung, und Kinder mussten ihre Teller leer essen, ob ihnen dabei schlecht wurde oder nicht. Kein Mensch sehnt sich zurück nach abgerichteten Nachwuchs. Nur gelegentlich nach etwas freundlicherem. Aber wie zieht man den heran? Die Frage scheint zumindest in der westlichen Welt immer dringlicher. Anders ist nicht zu erklären, dass in Hollywood wie in Europa derzeit Millionenbudgets für hochbesetzte Filme ausgegeben werden, die weder Action noch Liebesdramen bieten.

Sie handeln von Eltern, die ihren Kindern nicht gewachsen sind oder Schuldgefühle haben, weil ihnen ihre Arbeit wichtiger ist als das Zusammensein mit Söhnen und Töchtern.

In Roman Polanskis «Carnage» schämt man sich mehr für die keifenden Erwachsenen als für ihre Kinder, die immer mehr wie Accessoires erscheinen, je länger der Film dauert. Im demnächst anlaufenden «The Descendants» spielt George Clooney den Vater zweier Töchter, der sich bestenfalls als Ersatz-Elternteil gefühlt hatte, bevor seine Frau verunglückte. Von dem, was in seinen Kindern vorgeht, hat er keinen Schimmer. Die Liste überforderter Film-Eltern lässt sich verlängern: «We Bought a Zoo», «We Need to Talk About Kevin», «Extremely Loud and Incredibly Close» und «Friends with Kids» sind nur einige der Titel, die dieses Jahr ganz unniedlich im Kino abhandeln, was Eltern im richtigen Leben umtreibt. Eigentlich müssten sie alle «Mission Impossible» heissen. Aber der Titel war bereits vergeben.

Im romantischen Wahnsinn

Was macht Männer bei Frauen erfolgreich? Eine Eroberungsanleitung für den Mann. Von Claudia Langenegger und Kat Menschik (Illustration)

Es war ein Drama. Da hatte Sarah lange nach einem Partner gesucht, hatte endlich zwei Verehrer an der Angel, aber was tat sie? Sie interessierte sich für einen dritten, der zwar positive Signale aussandte, aber nur ab und zu, und ihr insgesamt vor allem eins zu verstehen gab: Ich bin unnahbar und schwer zu kriegen.

Sarah, eine hübsche Frau, hatte noch alle Chancen, den Mann ihres Lebens zu finden. Die magische Limite von vierzig war noch nicht überschritten, sie war weder übergebildet noch übergewichtig und hatte vieles in der Welt gesehen. Der Richtige hatte schlicht ihren Weg noch nicht gekreuzt. Kein Wunder. Bei ihrem Lieblingshobby Yoga traf sie mehrheitlich auf Frauen, bei ihrem zweiten Lieblingshobby, dem Krimilesen, tauchten die Männer höchstens in literarischer Form auf, und an ihrem Arbeitsplatz, einer kleinen Buchhandlung, war die Auswahl an männlichen Exemplaren äusserst begrenzt.

Ernüchternder Gang an die Flirtbörse

«Klarer Fall fürs Internet», rieten ihre Freundinnen – was sie dann auch beherzigte. Sie meldete sich bei einer Flirtbörse an. Die Ausbeute war ernüchternd. Unter den gut zwanzig Rückmeldungen fanden sich mehrheitlich vereinsamte «Knorze», die nach Anschluss suchten, stark übergewichtige Mittvierziger, die an Wunder glaubten, Verzweifelte, die Standardbriefe schrieben. Aber es gab drei Ausnahmen unter all den Trostpreisen.

Ein Assistenzarzt, ein Personalberater und ein Webdesigner – männlich, auf der Suche. Sarah chattete, tauschte aus, lernte kennen. Dann antwortete einer der drei plötzlich ein paar Tage nicht mehr. Das machte ihn erst recht interessant: Er wurde flugs zu ihrem Favoriten, die zwei anderen hatten keine Chance mehr.

Sarah hat kein tiefenpsychologisches Problem, keine Bindungsangst oder anderweitige Störung, deren Ursache in frühkindlichen Erfahrungen liegt. Ihre Reaktion ist völlig normal: Frauen finden Männer attraktiv, bei denen sie nicht wissen, woran sie sind. Das ist wissenschaftlich belegt.

Die Psychologin Erin Whitchurch untersuchte an der Universität Virginia (USA), wie



Wozu die Selbsttäuschung? Traumpartner.

sich Ungewissheit auf unser Urteil der Attraktivität auswirkt. Das heisst: Wie toll finden wir eine Person, wenn wir nicht genau wissen, wie attraktiv sie uns findet?

Frauen finden Männer attraktiv, bei denen sie nicht wissen, woran sie sind.

Resultat der Studie: Unsicherheit bringt romantische Gedanken in Fahrt. Um bei Frauen Erfolg zu haben, macht der Mann am besten auf unnahbaren Macker, der seine Gefühle nicht offenbart.

Die Versuchskaninchen, allesamt Studentinnen der University of Virginia, hatten zugestimmt, dass für das Experiment Studenten einer anderen Uni ihre Facebook-Profile anschauten und beurteilten. Den Probandinnen

wurde gesagt, es werde die Effizienz von Facebook als Flirt-Website untersucht.

Den Frauen wurden daraufhin Profile der jungen Männer – angeblich alle Studenten, welche ihre Attraktivität beurteilt hatten – vorgelegt. Sie waren in drei Gruppen aufgeteilt: In der ersten waren diejenigen Männer, die ihnen die Höchstnote vergeben hatten, von der zweiten waren sie als mittelmässig taxiert worden, und von der dritten Gruppe Männer wurden die Probandinnen im Unklaren darüber gelassen, ob die Bewertung mittelmässig oder positiv gewesen war.

Nun gaben die Probandinnen ihre Meinung ab. Wie erwartet, fanden sie diejenigen Männer, die ihnen die höchste Punktzahl gegeben hatten, attraktiver als diejenigen, die sie als mittelmässig beurteilt hatten. Das ist das lapidare Gesetz der Reziprozität: «Wer mich mag, den mag ich auch.»



Am interessantesten fanden die Frauen aber diejenigen Männer, bei denen sie über die Beurteilung im Unklaren gelassen worden waren. Fazit: Am interessantesten ist derjenige, bei dem ich nicht weiss, wie toll er mich findet.

Genau wie bei Sarah und ihrer Internetbekanntschaft. Immer wieder gab es Stunden des Wartens und Zweifelns, wenn er gerade wieder mal nicht so schnell antwortete.

Der unnahbare Cowboy

Sind Frauen etwa geborene Masochistinnen? Nein, sie denken zu viel. Wenn sie nicht wissen, woran sie sind, fängt ihr Hirn zu rattern an. «Die Ungewissheit führt dazu, dass die Frauen über die betreffenden Männer nachdenken», erklärt Studienleiterin Whitchurch. «Je mehr wir über eine Person nachdenken, desto mehr glauben wir, diese zu mögen.» Was also rauskommt, sind haufenweise romanti-

sche Gedanken, die uns Interesse, Verknalltheit vorgaukeln. Ohne dass der andere überhaupt etwas dazutut. So hat sich wohl auch Sarahs Online-Flirt dank erfolgreicher Hirn-akrobatik in das Ebenbild eines Johnny Depp oder Brad Pitt verwandelt.

Der unnahbare Cowboy, der nichts preisgibt, ist das tatsächlich nach wie vor das erfolgreiche Modell? Trotz aller Emanzipation, trotz allem Feminismus? Scheint so. Ein unwissenschaftlicher Blick in Online-Blogs über Beziehungsthemen bestätigt das – die Sorte Mann, die sympathisch und aufmerksam ist, aber weder ja noch nein sagt, scheint das weibliche Geschlecht innert Kürze in romantischen Wahnsinn treiben zu können.

Aber wozu diese Selbsttäuschung, dieses Zuviel an Gedanken, die in die Irre leiten? Sollte die Frau nicht eher auf einen Partner abfahren, bei dem sie von Anfang an weiss, woran sie ist?

Sie kann so nach rationalen Argumenten denjenigen wählen, der ihr nach evolutionsbiologischer Logik die grössten Vorteile bietet.

Vielleicht. Aber die Romantisierung eines Gegenübers hat durchaus ihren Sinn. Je mehr man den Partner durch eine rosarote Brille anblickt, desto besser entwickelt sich eine Beziehung.

Eine 1997 veröffentlichte universitäre Studie der Psychologen Sandra Murray, John Holmes und Dale Griffin hat gezeigt, dass Liebespaare, bei denen ein Partner vom andern eine überhöhte, etwas verblendete Meinung hat, zufriedener sind und sich seltener zanken.

Je mehr man seinen Partner vergöttert, desto besser. Dieser hat sogar die Chance, sich tatsächlich in einen Prinzen zu verwandeln. Das

Je mehr man den Partner durch eine rosarote Brille anblickt, desto besser wird die Beziehung.

Psychologenteam beobachtete, dass ein Partner sich positiv verändern kann, wenn der andere ihn unbeirrt in günstigem Lichte sieht.

Die romantischen Gedanken nützen aber auch anderweitig – sie sind wohltuend und letztendlich gesundheitsfördernd.

Männer stehen auf eindeutige Signale

Whitchurch und ihr Team untersuchten während des Experiments nämlich auch den Gefühlszustand der Probandinnen. Überraschung: «Am besten fühlten sich diejenigen, welche die <ungewissen> Männer beurteilten», sagt sie. «Sie waren besser gelaunt als die anderen.»

Ihre Teamkollegen Timothy Wilson und Daniel Gilbert hatten schon vor längerer Zeit in einem andern Zusammenhang herausgefunden, dass Ungewissheit über den positiven Ausgang eines Ereignisses die Freude darüber verlängern kann. Im Klartext: Vorfreude hebt die Laune. Medizinische Studien (University of California, Irvine, 2007) bestätigten dies: Vorfreude erhöht den Endorphinspiegel und reduziert die Ausschüttung von Stresshormonen.

Fazit: Romantische Gedanken sind perfekte Stressabbauer und selbstproduzierte Stimmungsaufheller. Gute Laune ist garantiert. Einzige Nebenwirkung kann die Enttäuschung sein, sollte die rosa Brille mal verschwinden.

Und: Männer mögen es, wenn sie offensichtlich angehimmelt werden, denn sie mögen die Gewissheit. Der Mann bevorzugt weibliche Wesen, die eindeutige Signale versenden. Schwer zu erobernde Frauen – von denen lässt er lieber die Finger.

Sich in der Ungewissheit romantischen Träumen auszuliefern, ist also nichts, wofür eine Frau sich schämen muss. Im Gegenteil. Es ist gut für Seelenwohl und Gesundheit – wissenschaftlich belegt. ○

Dunkelblau bis rabenschwarz

Von Jürg Zbinden

1 — «Bleu de Chanel» ist – ab Ende Januar – auch als praktischer Travelspray erhältlich. Der Vaporisateur mit 20 ml Inhalt und zwei Refills ist ideal für die Reise und für unterwegs. Mit seiner handlichen Grösse findet er in jeder Tasche Platz. Ob zum Sport oder bei der Arbeit – der maskuline Duft ist stets parat. In den Boutiques Chanel für Fr. 104.–.

1



2 — Christian Diors legendären New Look aus dem Jahr 1947 gibt es ab dem 8. Februar endlich auch für die Wimpern. Eine Nano-Bürste soll für schwindelerregenden Blick sorgen. Der Flakon ist geringfügig kleiner, enthält jedoch dieselbe Menge Mascara. Weitere Details: ein Logomania-Silberring und ein Verschluss mit den Initialen CD. Der Preis: um Fr. 48.–. Im ausgewählten Fachhandel.

2



3



3 — Zenith ist bekannt für die Entwicklung von Zeitmessgeräten für die Militär- und Zivilluftfahrt. Das jüngste Modell: die «El Primero Stratos Flyback Striking 10th». Das ursprüngliche Modell, aus dem dieser Chronograf hervorgeht, die «Rainbow Flyback», wurde den Anforderungen des französischen Verteidigungsministers gemäss realisiert. Uhren für den militärischen Gebrauch müssen zahlreiche Anforderungen erfüllen, die um einiges höher sind als jene, die an eine zivile Verwendung gestellt werden. Die Zenith-Kreation verfügt über ein höchst widerstandsfähiges Gehäuse. Die einseitig drehbare, geriffelte Lünette ist mit einer kratzfesten Keramikscheibe ausgestattet, eine Telemeterskala ziert den Höhenring, und bei 6 Uhr befindet sich das springende Grossdatum. Das gewölbte Saphirglas erinnert an die verglaste Kuppel auf Flugzeugrumpfrücken, die der astronomischen Navigation dient und Astrokuppel genannt wird. Preis je nach Ausführung. Bezugsinfo: www.zenith-watches.com.



4

4 — Eine Konstante der Schweizer Mode ist seit vielen Jahren Dorothee Vogel. Ihr Patchwork-Minikleid «Tape» erinnert an die Swinging Sixties und kostet Fr. 1800.–. Bezug: salonprive@dorotheevogel.com.

5 — Wieder in Dorothee Vogel zeigt sich diese Garçonne. Schlichte Klasse signalisiert ihr schwarzer Blazer «Ticket» (Fr. 1100.–), über weisser Bluse «Tradition» (Fr. 498.–) und schwarzer Hose «Turn» (Fr. 550.–). Bezug: salonprive@dorotheevogel.com.

5



An der Himmelstür

Von *Andreas Thiel* — Heute fragen wir: Kommen Insider in den Himmel?

Petrus: Guten Morgen, Frau Uriella, sind Sie gut gereist?

Uriella: Die Holzbänke im Zug waren etwas hart. Bin ich im Himmel?

Petrus: Ja, aber bevor wir Sie reinlassen, müssen wir Ihnen ein paar Fragen stellen. Wir lassen nämlich nur bescheidene und ehrliche Menschen herein.

Uriella: Bitte! Prüfen Sie mich.

Petrus: Haben Sie sich auf Erden auf unanständige Weise bereichert?

Uriella: Nein, ich war stets ehrlich und bescheiden.

Petrus: Woher wussten Sie, dass brave Menschen in den Himmel kommen?

Uriella: Ich war ständig in Kontakt mit dem Himmel.

Petrus: So? Und wie das?

Uriella: Ich war Medium.

Petrus: Sie waren mittelmässig?

Uriella: Nein, ich war Mittlerin beziehungsweise medial.

Petrus: Hm, das macht hellhörig.

Uriella: Ich war sogar hellhörig.

Petrus: Sehr interessant. Bitte nehmen Sie dort drüben Platz.

Uriella: Ich war sogar hellhörig. Wir werden Ihren Fall etwas genauer prüfen.

Uriella: Wieso?

Petrus: Sie stehen unter Verdacht, Insiderwissen ausgenutzt zu haben.

Uriella: Ich möchte lieber von Insider-Glauben sprechen.

Petrus: Outsider glauben. Insider wissen.

Uriella: Können Outsider nicht glauben, was Insider wissen?

Petrus: Im Gegenteil, Outsider glauben oft nicht, was Insider wissen.

Uriella: Oh! Hier im Wartesaal sitzt einer, der aussieht wie Mahatma Gandhi.

Petrus: Das ist Mahatma Gandhi.

Uriella: Steht er auch unter Verdacht?

Petrus: Nein, im Gegenteil, er hat so bescheiden gelebt, dass er zu Fuss gekommen ist. Das hat sehr lange gedauert. Jetzt ist sein Visum abgelaufen.

Uriella: Da kommt ja noch einer.

Petrus: Guten Tag, Herr Ratzinger, wie war die Reise?

Benedikt XVI.: Die Strasse war holprig, und der Chauffeur sprach kein Latein, sondern nur Sanskrit und Altgriechisch. Ist dies das Paradies?

Petrus: Ja, aber bevor wir Sie reinlassen, müssen wir Ihnen noch ein paar Fragen stellen. Haben Sie sich dort unten auf unanständige Weise bereichert?

Benedikt XVI.: Nein, alles, was ich besass, gehörte der Kirche.

Petrus: In Bescheidenheit haben Sie aber auch nicht gelebt oder?

Benedikt XVI.: Sie werden mich doch wegen ein paar von jungfräulichen Nonnen bestickten Prachtgewändern nicht gleich verdammen wollen?

Petrus: Na, in die Hölle kommen Sie deswegen nicht gerade. Und da leider kürzlich das Fegefeuer geschlossen worden ist, werde ich Sie wohl oder übel sogar in den Himmel reinlassen müssen.

Benedikt XVI.: Stimmt, das Fegefeuer wurde unter meiner Ägide abgeschafft.

Petrus: Sie waren in den Prozess involviert?

Benedikt XVI.: Natürlich, ich war federführend.

Petrus: Aha! Dann nehmen Sie doch mal dort drüben Platz neben der Frau Uriella.

Uriella: Seht mal, da kommt ein Schwarzer mit dem Velo. Sind Schwarze im Himmel erlaubt?

Petrus: Herzlich willkommen, Herr Mandela, bitte treten Sie ein.

Mandela: Gibt es keine Restriktionen für Schwarze?

Petrus: Nein.

Mandela: Ich wusste es!

Petrus: Ach? Und woher?

Mandela: Es war so ein Gefühl.

Petrus: Sehr verdächtig. Haben Sie sich dort unten bereichert?

Mandela: Nein, das war meine Frau.

Petrus: Hm, na gut, kommen Sie rein. Ein Zweiter kommt mir mit dieser Antwort nicht durch.

Uriella: Oooh, das ist aber ein schönes Auto!

Petrus: Ah, Herr Hildebrand, herzlich willkommen!

Hildebrand: Wo bin ich hier?

Petrus: Na endlich mal einer, der über kein Insiderwissen verfügt. Haben Sie sich dort unten auf unanständige Weise bereichert?



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist. Der gebürtige Berner lebt in Indien.

Die ironische Wildsau

Von *Peter Rüedi*



Die pisanische Maremma boomt nach wie vor. Im Zentrum liegt Bolgheri mit seiner kilometerlangen Zypressenallee, deren Beginn die legendäre Tenuta San Guido mit ihrem Spitzenwein Sassicaia markiert. Aber hier liest sich die Geografie ohnehin wie eine Weinkarte. Le Macchiole, Michele Satta, Grattamacco, Guado al Tasso, Ornellaia sind nur ein paar der Super Tuscans. Die letzten beiden sind mit dem Namen Antinori verbunden: Guado al Tasso, weil das Gut zum Grossbetrieb gleichen Namens gehört, Ornellaia, weil Lodovico Antinori die Marke ab 1981 aufgebaut hatte, bevor sie, nach einigen Zwischenstationen, bei den Frescobaldi landete. Nun hat Marchese Lodovico in den Hügeln von Bibbona, nördlich an Bolgheri angrenzend, die Tenuta di Biserno aufgebaut. Unter, neuerdings, Beteiligung seines Bruders Piero, was insofern bemerkenswert ist, als deren Brüderlichkeit bislang eher die zwischen Kain und Abel war. (Martin Suter hatte schon recht, als er mir einmal riet, einen Thriller aus der Welt des Weinbaus zu schreiben: Nicht nur im Bordelais geht's zuweilen zu wie in «Denver Clan».) Jedenfalls sind die Weine im Zeichen des Wildschweins perfekt, allerdings auch zweifellos auf internationalen Geschmack hin produziert.

Der «Pino di Biserno» ist in der Version 2008, ein paar Stunden dekantiert, schon eine sehr harmonische, zugängliche Cuvée aus Merlot, Cabernet Sauvignon und vor allem Cabernet franc (Lodovico Antinoris Leidenschaft). Er charmiert durch frische, süsse Frucht (Erd- und Himbeeren, Weichseln), frisches Holz, eine Nuance Kaffee und Leder, eingebundene Tannine, einen langen Abgang (etwas viel Alkohol). Ein perfekt designer Wein.

Auch bei der kleineren Variante, dem «Insgoglio del Cinghiale», nimmt sich die Wildsau als Emblem eher ironisch aus. Obwohl sich der junge 2010er noch etwas ruppiger und rustikaler präsentiert. Weine für Wohlfühl-Trinker. Nichts für Öno-Fundamentalisten.

Tenuta di Biserno: Il Pino di Biserno 2008, Toscana IGT, 14,5 %. Bindella. Fr. 49.50

Tenuta di Biserno: Insgoglio del Cinghiale 2010.

Toscana IGT Bindella. Fr. 26.50

www.bindellaweine.ch



«ELISABETH» – das Musical

Die wahre Geschichte der Sissi. Das weltweit erfolgreiche Musical von Michael Kunze und Sylvester Levay gastiert auf seiner 20-Jahre-Jubiläum-Tournee vom 18. Januar bis 5. Februar 2012 in Basel.

Über zehn Millionen Zuschauer weltweit haben seit der Weltpremiere 1992 ihr Herz an «Elisabeth» – das Musical verloren. Mit ihrer dramatischen und herzergreifenden musikalischen Darstellung des Lebens der schönen Kaiserin schufen Michael Kunze und Sylvester Levay einen Klassiker, der sich zum erfolgreichsten deutschsprachigen Musical aller Zeiten entwickelt hat. Nun kommt die gefeierte Tourneeproduktion des Originalteams der Vereinigten Bühnen Wien wieder in die Schweiz und gastiert zum 20-Jahr-Jubiläum im Musical-Theater Basel.

Das Schicksal der schönen Kaiserin Elisabeth von Österreich hat ganze Generationen berührt und fasziniert zugleich. Unvergessen und Kult sind die Verfilmungen des Stoffes aus den 50er Jahren mit der unvergleichlichen Romy Schneider als Sissi und Karl Heinz Böhm als Kaiser Franz Joseph. Auch einer der bekanntesten Komiker Deutschlands Michael «Bully» Herbig hat sich des Stoffes in seinem erfolgreichen Zeichentrickfilm «Lissi» angenommen. Michael Kunze und Sylvester Levay haben sich der faszinierenden Persönlichkeit der Sisi – wie die Wiener ihre geliebte Kaiserin zu nennen pflegen – und ihrem bemerkenswerten

Leben von einer ganz anderen Seite genähert. Weg vom Kitsch, zeichnen sie das Leben der Kaiserin der Herzen als einen Lebensweg, der von Höhen und Tiefen, Glück und Zweifeln, Engagement und Rückzug erzählt.

Das Musical erzählt von einem Leben voller Glanz und Tragik, Auflehnung und Einsamkeit: Das Schicksal von Elisabeth hat viele Facetten. Ihr Leben am Wiener Hof, das wie ein Märchen begann, entwickelte sich schnell zu einem Drama voller Entbehrungen und Machtkämpfe. Ihre Geschichte, die mitreisende Musik (u.a. mit dem Welthit «Ich gehör nur mir»), prunkvolle Kostüme und das beeindruckende Bühnenbild auf Basis der Wiener Originalproduktion machen «Elisabeth» zu einem unvergesslichen Theatererlebnis. Die fesselnde Inszenierung wird auch Sie unweigerlich in ihren Bann ziehen. «ELISABETH» bringt Ihnen Sissis Schicksal nahe wie nie zuvor: hochdramatisch, zeitgemäss und unvergesslich!

Weitere Informationen:
www.elisabeth-musical.ch

Weltwoche-Spezialangebot

«ELISABETH» – das Musical

Freitag, 20. Januar 2012, 19.30 Uhr
 Freitag, 27. Januar 2012, 19.30 Uhr
 Freitag, 3. Februar 2012, 19.30 Uhr

Tickets um 20% reduziert

Kat. I	Fr. 111.–	statt 139.–
Kat. II	Fr. 95.–	statt 119.–
Kat. III	Fr. 79.–	statt 99.–
Kat. IV	Fr. 63.–	statt 79.–
Kat. V	Fr. 47.–	statt 59.–

Veranstaltungsort

Musical-Theater Basel

Bestellungen

Ticketcorner, Tel. 0900 800 800 (CHF 1.19/Min., Festnetztarif), sowie übliche Vorverkaufsstellen. Bei Buchung das Stichwort «Weltwoche» angeben.

Das Angebot ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar und gilt, solange Vorrat.

Veranstalter

Freddy Burger Management
www.musical.ch



Auto

Gondeln durch Stadt und Land

Den Toyota Yaris mag man, weil er nicht mehr sein will als ein solider Kleinwagen. *Von David Schnapp*

Zugegeben: Der Toyota Yaris hatte es schwer. Als ich ihn zum Test abholte, stieg ich gerade aus einem Rolls-Royce Ghost aus (*Weltwoche* Nr. 51/52, 2011). Es ist hart, wenn man diese perfekt gedämmte Welt aus Leder und Holz verlassen muss und in ein kleines Universum aus robusten Kunststoffen und Sitzen mit «Stoffpolster» (Prospekt) tritt.

Trotzdem gefiel es mir überraschend schnell und überraschend gut im neuen Yaris, dem japanischen Polo, wenn man so will. Auch wenn die grosszügigen Hartplastikflächen nicht gerade zum Berühren einladen, fühlt

man sich im Innern des Kleinwagens schnell zu Hause. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Bedienung ausgesprochen übersichtlich ist. Im Zentrum des Armaturenrägers schlägt das neue Multimediaherz «Touch & Go» mit Farbbildschirm, Navigation, perfekter iPod-Anbindung, Rückfahrkamera und sogar mit Internetfunktionen (Google Local Search u. a.). Das braucht zwar kaum jemand in einem Auto, aber zurzeit hält das Internet auf breiter Front Einzug in die Unterhaltungssysteme moderner Fahrzeuge.

Motor und Motörchen

Mein Testwagen war mit dem Vierzylindermotor ausgestattet, der sich in der Toyota-Ingenieurssprache 1.33 Dual-VVT-i nennt, 99 PS leistet und gemäss Norm 5,1 Liter Benzin auf 100 Kilometer verbraucht. In der Realität war es wie immer etwas mehr: 7,5 Liter zeigte der Bordcomputer an, nachdem wir einige hundert Kilometer unterwegs gewesen waren – in dezent sportlicher Fahrweise. Das ist auch im Winter kein Spitzenwert, vor allem, weil der Motor nicht gerade spritzig wirkt und nur

schwerfällig aus tiefen Drehzahlen heraus beschleunigt. Auch kleine Passfahrten sind nicht gerade das Jagdrevier des Yaris. Trotzdem gibt es für ganz bescheidene Fahrer den Yaris noch eine Nummer kleiner, mit Einlitermotörchen, drei Zylindern und 69 PS.

Das serienmässig tiefergelegte Fahrwerk hingegen hat überzeugt, es ist eher auf der Komfortseite und gleicht schlechte Strassen erstaunlich souverän aus. Motor und Fahrwerk machen in Zusammenarbeit aus dem Yaris keine Kanonenkugel. Der in Frankreich gebaute Kleinwagen ist eher ein gemütlicher Kompakt-Cruiser, mit dem man entspannt durch Stadt und Land gondeln möchte.

Preislich orientiert sich der Yaris am erwähnten Konkurrenten VW Polo. Die Grundversion mit 69 PS kostet mit 19 100 Franken etwa gleich viel wie der vergleichbare Volkswagen. Unser Testwagen in der Ausstattungslinie «Style» kommt auf 25 400 Franken, das ist kein Discountpreis, aber fair. Dafür ist das Multimediasystem mit zusätzlichen Kosten von 790 Franken ein Schnäppchen.

Der Yaris ist vielleicht kein Auto mit Coolness-Faktor, in das man sich sofort verliebt – wie zum Beispiel in den Toyota IQ. Den Yaris mag man, weil er unkompliziert und solide ist und nicht mehr sein will als ein gutgemachter Kleinwagen. Und das machen die bei Toyota wirklich gut.

Toyota Yaris Style 1.33

Leistung: 99 PS, Hubraum: 1329 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 175 km/h
Preis: Fr. 25 400.–



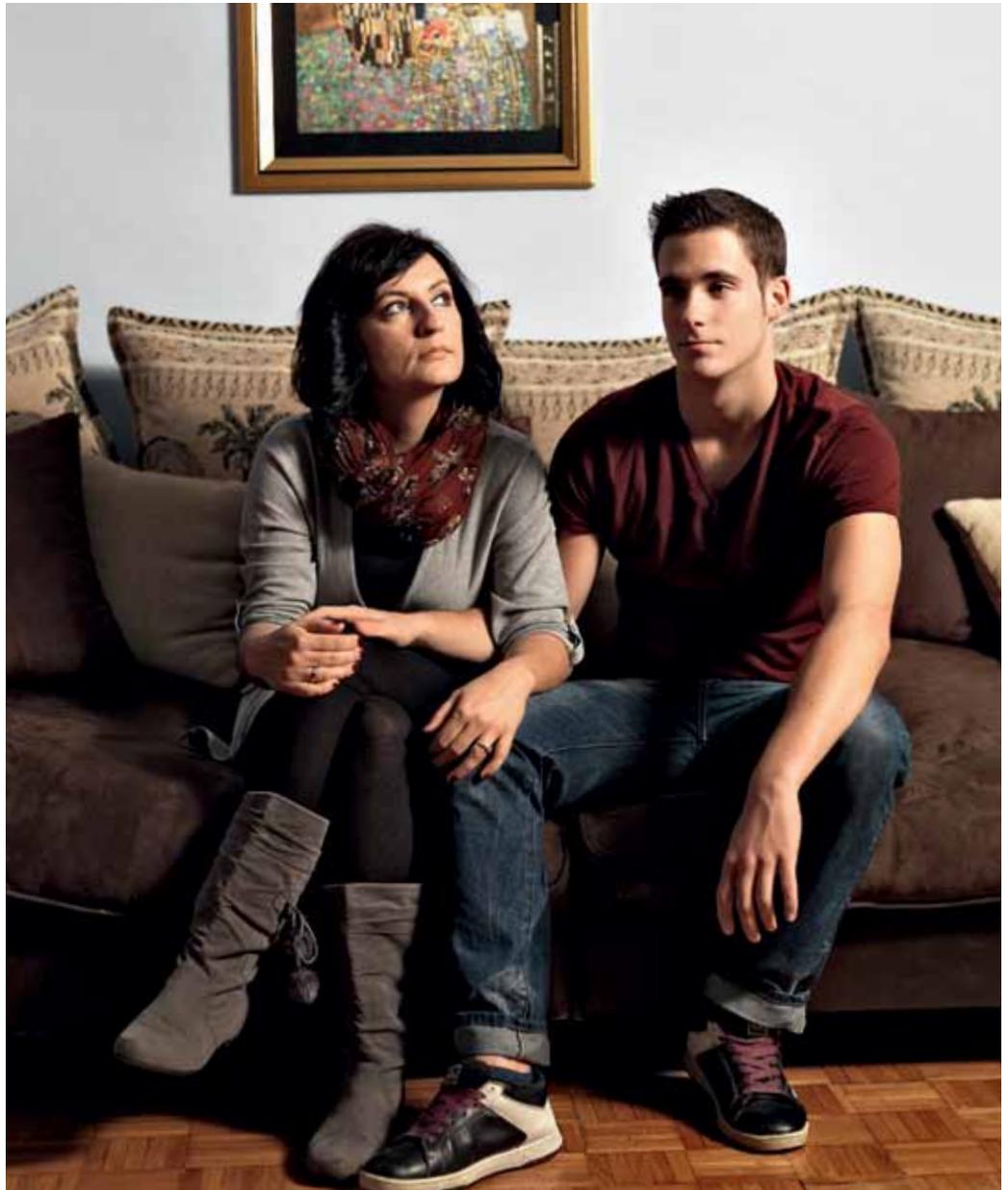
Strafbar verliebt

Die Handballtrainerin Renata Juras, 43, und der Schüler Ervin Unterlechner, 15, heiraten, wenn er volljährig ist. Ihre Beziehung sorgte weltweit für Schlagzeilen.

Renata: Der Richter verurteilte mich wegen sexueller Handlungen mit einem Minderjährigen zu einer bedingten Haftstrafe von 22 Monaten. Ich gab im Vorfeld alles zu, verhielt mich kooperativ und finde im Übrigen, dass man das Schutzalter nicht senken, sondern erhöhen sollte. Es fehlt mir nicht an Verantwortungsgefühl, ich sehe die grundsätzliche Problematik: Das Machtgefälle bei einem derartigen Altersunterschied ist gross, vor allem wenn der Partner erst dreizehn ist. Die weltweite Aufmerksamkeit, auch die Verurteilung durch die Öffentlichkeit haben uns schwer belastet, aber nicht auseinandergebracht. Wir sind jetzt seit zwei Jahren zusammen, und als mir Ervin im vergangenen Sommer während einer Donau-Schiffahrt in Budapest einen Heiratsantrag machte, sagte ich sofort und überglücklich ja.

Ervin: Man unterstellte Renata einiges und mir natürlich auch. Meine Mutter ist neun Jahre jünger als meine Verlobte, ihre Tochter fünf Jahre älter als ich. Verkehrte Welt? Vielleicht. Unsere Geschichte zeigt aber auch, dass die Liebe Berge versetzen kann und keine Grenzen kennt. Manche sehen es anders, und das Wort «Missbrauch» hat mich immer am meisten gestört. Ich wurde nicht vergewaltigt, ich bin kein Opfer und geistig auch nicht unterbelichtet, wehrlos oder abhängig. In der Diskussion ging es um das Prinzip, das ist uns schon klar. Wenn der Mann so viel älter und das Mädchen beinahe noch ein Kind wäre, würde ich es auch eigenartig finden. Die meisten Menschen, die mich erleben, sprechen hören und sehen, sagen, ich wirke erwachsen, überlegt und reif. Halt wie ein Mann, und genau so fühle ich mich auch. Dass Renata nicht nur ein Spleen war, eine Teenagerdummheit, und ich für sie ein schnelles Abenteuer, zeigt der Umstand, dass wir zusammengeblieben sind. Heute bin ich bereit, Verantwortung zu übernehmen für mich und unsere Zukunft. Aber der Weg dazu war schon ein wenig hart.

Renata: Es kam so: Vor zwei Jahren begann ich die U-13-Mannschaft der Knaben beim Handballverein ZV McDonald's in Wiener Neustadt zu trainieren. Ich bin eine ziemlich ehrgeizige Trainerin, mit nettem Geplänkel halte ich mich nicht auf. Ich wollte den Knaben keine



«Es war wunderschön und schrecklich zugleich»: Liebespaar Juras (l.), Unterlechner.

Kollegin sein, sondern ein Chef. Sonst ist eine Juniorentruppe nicht zu bändigen, das wusste ich aus Erfahrung. Bald führte ich die Mannschaft zu Erfolgen, die uns niemand zugetraut hätte. Ervin war der beste Handballspieler der Truppe. Wir waren uns sympathisch und lernten einander natürlich sehr gut kennen. Wir kamen uns bei einem Turnier in Kroatien näher, selbstverständlich, ohne dass irgendetwas geschah. Wieder daheim, fuhr ich Ervin nach den Spielen jeweils nach Hause. Dann kam diese verhängnisvolle Nacht.

Ervin: Zu diesem Zeitpunkt liebte ich längst alles an ihr: die grossen grünen Augen und ihre Hilfsbereitschaft, ihre Warmherzigkeit und ihr Temperament.

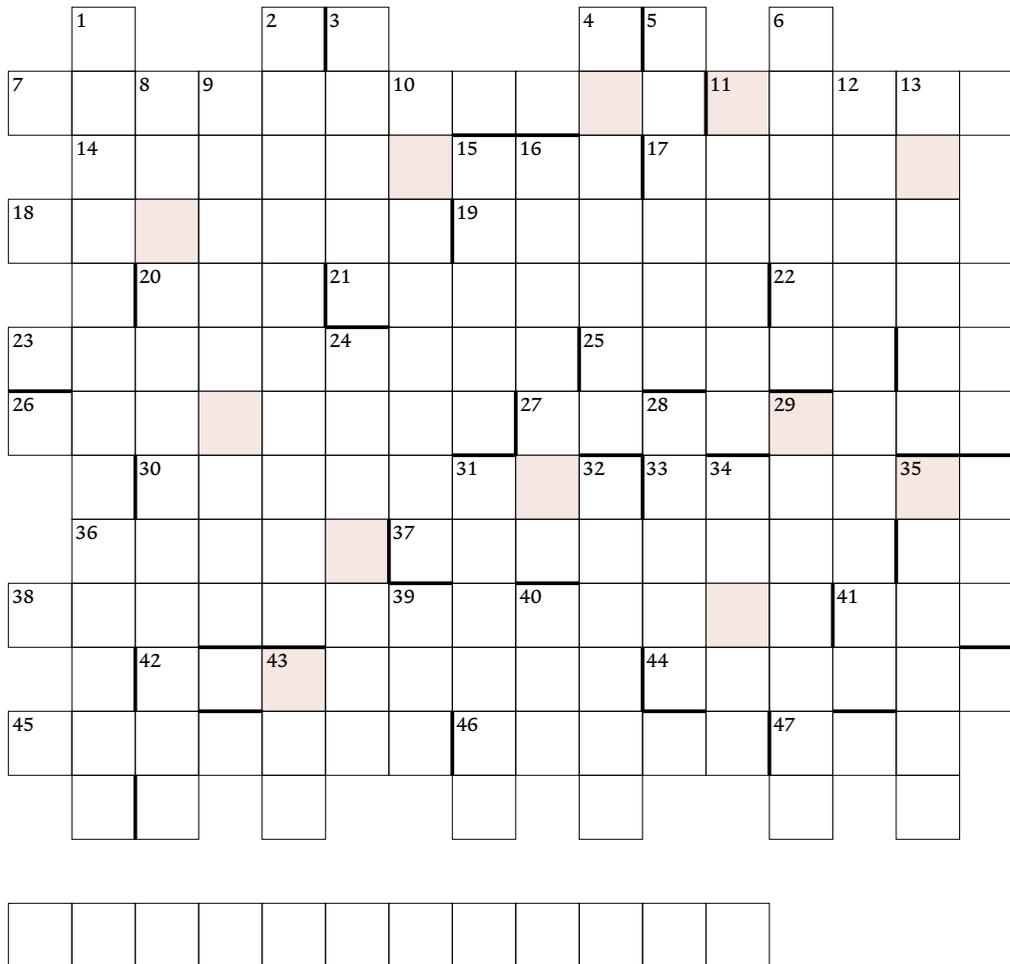
Renata: Es war dunkel und still im Wageninnern, Schnee fiel auf die Windschutzscheibe, als mich Ervin an sich zog und küsste. Ich war wie in Trance. Es war wunderschön und schrecklich zugleich. Er war 13, ich 27 Jahre

älter. Ich dachte an meine Töchter, an deren Vater, an die Mannschaft, und auf der Rückfahrt überschlugen sich meine Gedanken. Ich sah die Katastrophe auf mich zukommen und hatte Schuldgefühle. In den folgenden Wochen malte ich mir tausendmal aus, wie hässlich die Entdeckung sein würde. Aber gegen unsere Gefühle kamen wir beide nicht an. Wieso nicht? Weil wir uns Hals über Kopf ineinander verliebt hatten. Geheim halten wollte ich unsere Liebe aber nicht, das wäre mir verwerflich und schmutzig vorgekommen. Wenn man so will, war ich bereit zu sühnen, denn ich ermahnte Ervin mehrmals, seiner Mutter von uns zu erzählen, und selbstverständlich informierte ich im Gegenzug meine Töchter.

Nächste Woche: Teil 2, «Stark genug»

Renata Juras: 41 und 14. Edition A, 2011. 192 S., Fr. 31.90

Protokoll: Franziska K. Müller

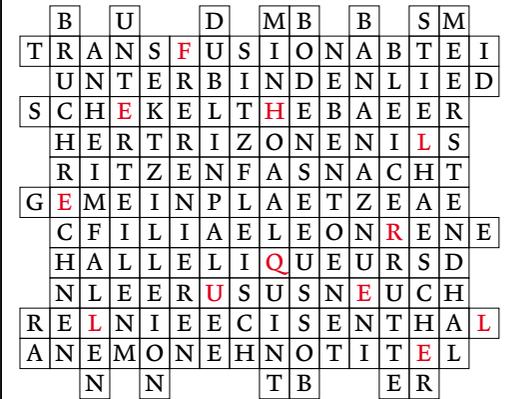
**Lösungswort** — Kunststoffinnereien und ihre Herstellung

Die eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 7 Ihre arabische Schwester im Kinderzimmer ist Fulla. 11 Bestimmt die senkrechte Lage in der Wassertiefe. 14 Ihre Nullen sind giga. 17 Wir erlauben uns einen Scherz mit lateinischem Spass (j=i). 18 Der Begleiter ist bei Mails diplomatisch. 19 Wein(geheim)kundler und sein Bund? 20 Gerade Kopfsteher müssen auf der Hut sein. 21 Rac-3,4-Methylendioxy-N-methylamphetamin ist entaktogen (y=i). 22 System mit 34 Antigenen. 23 Der Betrüger ist nicht korrekt gesteigert. 25 Nicht nur von den senfgelben Chips sollte man besser keinen essen (j=i). 26 Auf dem Seitenbrett werden Speisen kredenzt. 27 Nordfrankreich fehlt hier der Kopf, beim Welschland ist er verdreht. 30 Ärmlich wie eine Gemeinde in der Küche. 33 Ein Pferd von Omar, aber mit unreinem Blut. 36 Die Gruppe trägt gern Mützel. 37 Plötzliche tempomässige Zurückhaltung. 38 Gleich- und vierseitig bipyramidales Antiprisma. 41 Trägt lügen so, wie trügen trug. 42 Ort mit den Nummern 5315 und 6682. 44 Der Sportrehbock gehört auch dazu. 45 Ianus ist einer der bekanntesten. 46 Spöttische Komplexverbindungen. 47 Eine mit Gnomon tickt nicht.

Senkrecht — 1 Die sanfte Art der rücksichtsvollen Berührung. 2 Emulgierter Flüssigkeitspender und Textillieferant. 3 Mit Gabel ist Circus Milvus. 4 Offenes Musikgebirge im zentralen Niger. 5 Reife Teilung des Ploidiegrads. 6 Roccaille und coquille in stilistischer Verschmelzung. 8 Ein (oft) echter Hit unter Höflingen. 9 Fürs Milieu hat es die falsche Farbe. 10 Gebrauchsüberlassener Fruchtzieher. 11 Sue spielte Marlenes feschen Diminutiv. 12 Trunken hat der Integre keinen Witz. 13 Störrische Dummheit gibts auch mit jungen Kühen. 15 Heller Wein zu Tau gestreckt. 16 Meerenge Motorstadt. 24 Darwin- und Gaullismus haben namentlich dieselbe Wurzel. 28 Der Himmelsmünchner mag lieber Bier. 29 Ist nur das halbe Salz in der Suppe. 31 Wenn Holländer beichten wird Bernern der Reif rau. 32 Findet man, wenn die andern ganz Ohr sind. 34 Ungehobelt attackiert wie vom Fuchs. 35 Die Surrealisten liebten es mit ihr zu nuscheln. 39 Hunger kann sich dazu auswachsen. 40 Die bekannteste Kochschule der USA hat im Geheimen zentrale Intelligenz. 43 Unmöglicher Zeitpunkt der Lande.

© Daniel Krieg - Rätsel Agentur

Lösung zum Denkanstoss Nr. 249

Waagrecht — 9 TRANSFUSION (Trans Fusion; Blubber = Fettschicht v. Walen) 15 ABTEI (Abt-Ei) 17 UNTERBINDEN (Binden) 18 LIED 19 SCHEKEL (eh. Gewichtsmass) 20 THEBAEER (Thebäische Legion) 21 HER (= engl. ihr; v. h. Reh) 22 TRIZONEN (Westdeutschland) 23 NILS (= skand. Nikolaus) 25 RITZEN 27 FASNACHT (Fas = ius sacrum (Sakralhandlungen)) 31 GEMEINPLÄTZE 35 FILIAE (Tochtergeschwülste) 36 LEON (Huber, eh. CH-Moderator; altes span. Königreich) 37 RENE (... Descartes, frz. Philosoph † 1650) 38 HALLE (grösste Stadt in Sachsen-Anhalt) 39 LIQUEURS 43 LEER (...mond) 44 USUS (us = engl. uns) 45 NEUCH (...ätel) 46 RELNI (Inler, CH-Fussballer; Gökhan = Himmelsherrscher) 48 EEC (= EWG; in «Greece») 49 ISENTHAL (Ort im Kt. UR) 50 ANEMONE (Windröschen) 51 HNO (Tec...) 52 TITEL

Senkrecht — 1 BRUCHRECHNEN 2 UNTERTEILEN (Unter = Spielkarte) 3 DUBLIN (= Schwarzer Tümpel; Baile Átha Cliath = Stadt der Furt an der Schilfhürde) 4 MINHO (span.-port. Fluss) 5 BODENSEE 6 BANANA (bot. «musa» = Muse) 7 STIEL (Sprossachse; ...augen, ...eichen) 8 MEER 10 ANHEIMFALLEN (an Heim fallen) 11 SEKT 12 FRERE («... Jacques») 13 SITZFLEISCH 14 NEBENTOENE 16 BLEI (= lat. plumbum) 24 STENDHAL (frz. Autor † 1842) 26 ZILLE (= Weidling; Heinrich, dt. Zeichner † 1829) 28 AAL (v. h. Laa) 29 CER (von Ceres) 30 HAESCHER 32 NIEREN (Spanische ... = Stierenhoden) 33 PALUE («Die weisse Hölle vom Piz ...») 34 ZNUENI («... näh» von «Stiller Has») 40 QUINT 41 USSOB (bossu = frz. bucklig) 42 RUTTE (Mark, niederl. Politiker; mittelalt. Schiessmaschine) 47 ION (... Tiriak, Tennismanager)

Lösungswort — FEHLERQUELLE

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Polymere Werkstoffe,
Feinchemikalien/Engineering

Im Durchschnitt ist jeder
pro Jahr 8 Tage krank.



Wir interessieren uns nicht für den Durchschnitt, wir interessieren uns für Sie. Deshalb sind wir mit kostenloser medizinischer Beratung rund um die Uhr für Sie da.

Informieren Sie sich in einer der 120 Agenturen, per Telefon 0844 277 277 oder auf www.css.ch. **Ganz persönlich.**



CSS

Versicherung